

Neue gespaltene Schweiz?

Eine quantitative Analyse der Schweizer Cleavage-Landschaft bei eidgenössischen Volksabstimmungen in den Themenbereichen Wirtschaft und Soziales sowie Migration (1985-2009)

Bachelorarbeit
zur Erlangung des
Bachelorgrades
der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der
Universität Luzern

vorgelegt von

Tobias Arnold
von Spiringen/Uri

Eingereicht am: 13.3.2012

Gutachter: Prof. Dr. André Bächtiger

Abstract

Im Rahmen dieser Arbeit wird mittels quantitativen Verfahren die Entwicklung gesellschaftlicher Konfliktlinien bei Volksabstimmungen im Zeitraum von 1985 bis 2009 untersucht. Als Datengrundlage dienen die VOX-Nachabstimmungsumfragen, deren kürzlich erfolgte Harmonisierung Vergleiche über einen längeren Zeitraum hinweg ermöglichen. Die Analyse konzentriert sich auf zwei Themenbereiche: Wirtschaft/Soziales und Migration. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass der Themenbereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik trotz fortwährender Polarisierung auf elitärer Ebene zusehends frei von gesellschaftlichen Konflikten ist. Der Themenkomplex der Migrationspolitik hingegen birgt neues Konfliktpotenzial, der insbesondere Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Berufsqualifikationen, sowie die beiden Sprachregionen West- und Deutschschweiz voneinander trennt. Die normativen Konflikte in der Ausländerpolitik stehen stellvertretend für die neue Identitätsdebatte in der Schweiz. Im Kontext einer zunehmend globalisierten und interdependenten Welt hat sich auf nationaler Ebene eine Nachfrage nach Tradition und kultureller Abgrenzung entwickelt. Der Einbezug der elitären Ebene in die Analyse hat ergeben, dass diese Nachfrage eher der Auslöser, anstatt die Folge der neuartigen SVP-Opposition bei kulturellen Öffnungs-Abgrenzungs-Fragen ist.

INHALTSVERZEICHNIS

Tabellenverzeichnis	4
Abbildungsverzeichnis	4
1. Einleitung	5
2. Theoretischer Teil.....	8
2.1 Das Cleavage-Konzept nach Lipset und Rokkan	8
2.2 Die Cleavage-Definition nach Bartolini und Mair	11
2.3 Drei theoretische Konzepte zur Entwicklung von Cleavages	13
2.3.1 Alignment	13
2.3.2 Dealignment	14
2.3.3 Realignment	15
2.4 Die Cleavage-Forschung in der Schweiz	17
2.4.1 Der Zentrum-Peripherie-Konflikt.....	17
2.4.2 Der Kirche-Staat-Konflikt.....	18
2.4.3 Der Konfessionscleavage	19
2.4.4 Der Sprachencleavage.....	20
2.4.5 Der Stadt-Land-Cleavage	22
2.4.6 Der Klassencleavage	26
2.5 Ingleharts These für die Schweiz: Der Öffnungs-Abgrenzungs-Cleavage.....	28
2.5.1 Strukturelles und normatives Element.....	28
2.5.2 Organisatorisches Element: Die „neue“ SVP auf der „neuen“ kulturellen Achse.....	29
2.6 Cleavages im Kontext einer Konkordanzdemokratie.....	31
2.6.1 Konkordanz: ein Entscheidungssystem des „power sharing“	31
2.6.2 Konkordanz und ihre konfliktdämpfende Wirkung	32
2.6.3 Niedergang der Konkordanz?	34
2.7 Zusammenfassung der theoretischen Ausführungen	35

3. Methode und Daten	38
3.1 Methode	38
3.2 Datengrundlage.....	38
3.3 Auswahl der Volksabstimmungen	39
3.4 Operationalisierung der Cleavages	41
4. Empirischer Teil.....	43
4.1 Ebene der Eliten.....	43
4.1.1 Wirtschaft und Soziales.....	43
4.1.2 Migration	44
4.2 Ebene der Stimmbürger/innen.....	46
4.2.1 Wirtschaft und Soziales.....	46
4.2.2 Migration	50
4.3 Konkordanz als Kontext	54
4.3.1 Wirtschaft und Soziales.....	54
4.3.2 Migration	56
4.4 Fazit	59
5. Diskussion der Ergebnisse.....	61
5.1 Konfessionscleavage	61
5.2 Sprachencleavage.....	61
5.3 Stadt-Land-Cleavage	63
5.4 unqualifizierte WählerInnen – vom Klassenkampf zur Globalisierungsangst .	65
5.5 Konkordanz: kaum konfliktlindernde Wirkung	66
6. Konklusion	67
7. Bibliographie.....	69
8. Anhang	74
Anhang 1: Datenquellen für die Analysen	74
Anhang 2: Informationen zu den ausgewählten Volksabstimmungen	74
Anhang 3: Regressionsmodelle zu den einzelnen Abstimmungen (Abschn. 4.2) .	75
Anhang 3.1: Wirtschaft und Soziales	75
Anhang 3.2: Migration	79

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: mögliche Konstellationen eines Konkordanzsystems	33
Tabelle 2: Auswahlkriterien für Volksabstimmungen	39
Tabelle 3: Übersicht der ausgewählten Volksabstimmungen mit inhaltlicher Interpretation der Ja- und Nein-Voten.....	40
Tabelle 4: Operationalisierung der Cleavages.....	41
Tabelle 5: Entwicklung des Parteienkonsenses bei Volksabstimmungen im Bereich Wirtschaft und Soziales	44
Tabelle 6: Entwicklung des Parteienkonsenses bei Volksabstimmungen im Bereich Migration.....	45
Tabelle 7: Einfluss der Cleavage-Variablen auf die Zustimmung für einen starken Sozialstaat (1985-2008).....	46
Tabelle 8: Einfluss der Cleavage-Variablen auf die Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik (1987-2009)	50
Tabelle 9: Unterschied der Cleavage-Intensitäten zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsvorlagen mit und ohne SP-Opposition	54
Tabelle 10: Unterschied der Cleavage-Intensitäten zwischen den Vorlagen zum Arbeitsgesetz I und Arbeitsgesetz II	56
Tabelle 11: Unterschied der Cleavage-Intensitäten zwischen migrationspolitischen Vorlagen mit und ohne SP-Opposition.....	57
Tabelle 12: Unterschied der Cleavage-Intensitäten zwischen migrationspolitischen Vorlagen mit und ohne SVP-Opposition	58
Tabelle 13: Unterschied der Cleavage-Intensitäten zwischen migrationspolitischen Vorlagen mit und ohne Elitenkonsens	59

Abbildungsverzeichnis

Grafik 1: Neue Zweidimensionalität des politischen Raums mit den jeweils zu erwartenden parteilichen Oppositionen.....	30
Grafik 2: Hypothesenmodell	36
Grafik 3: marginaler Effekt der Cleavage-Variablen auf die Wahrscheinlichkeit einem starken Sozialstaat zuzustimmen.....	47
Grafik 4: marginaler Effekt der Cleavage-Variablen auf die Wahrscheinlichkeit einer restriktiven Migrationspolitik zuzustimmen	51
Grafik 5: Zusammenfassung der empirischen Befunde bezogen auf das Hypothesenmodell	60

1. Einleitung

Wie denken Herr und Frau Schweizer politisch? Ein Blick auf Volksabstimmungen zeigt: sehr unterschiedlich. Sei es nun der viel zitierte „Röstigraben“ oder ein steiles Stadt-Land-Gefälle. Gesellschaftliche Gräben können im Kontext von Volksabstimmungen bisweilen ziemlich tiefe Konturen annehmen. In kaum einem anderen Land können diese Konfliktlinien derart öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt werden. Man denke an die Kartographierung der kantonalen Ja-Stimmenanteile oder an die kantonsinternen Analysen des Abstimmungsverhaltens, die Unterschiede zwischen ländlichen Randgemeinden und Kantonshauptorten unverblümt aufzeigen können. Die direkte Demokratie fördert nicht nur die Integration, sie fungiert auch als Spiegel unserer gesellschaftlichen Heterogenität. Die Diversität ist ein wichtiges Wesensmerkmal und zu Recht wird sie in politischen Reden immer wieder hochgepriesen. Umso wichtiger ist es jedoch, dass man die Gräben nicht negiert, sondern sich deren Existenz bewusst ist. Nur so ist es möglich Brücken zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu bauen und so die Vielfalt der Schweiz produktiv im politischen Kontext zu nutzen. Hieran orientiert sich diese Arbeit. Anhand der Schweizer Abstimmungsdemokratie setzt sie sich wissenschaftlich mit den gesellschaftsinternen Konfliktlinien auseinander.

In der Politikwissenschaft genießt die Analyse sozialer Konflikte seit jeher grosse Beachtung. Insbesondere seit der Einführung des Cleavage-Konzepts durch Lipset und Rokkan im Jahre 1967 hat auch eine theoretisch fundierte Diskussion eingesetzt. Cleavage – auf Deutsch Spaltung oder Graben – meint im sozialwissenschaftlichen Kontext einen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Der Fall Schweiz ist hierfür besonders interessant. Die Errichtung des Bundesstaats im Jahre 1848 ist nicht auf eine bestehende ethnische, sprachliche und kulturelle Homogenität zurückzuführen. Das Projekt „Schweiz“ basierte stattdessen schon immer auf dem Konzept einer multikulturellen Nation. Nebst den Interessenskonflikten zwischen den liberalen und den konservativen Kantonen bildete auch die Mehrsprachigkeit eine Herausforderung für den nationalstaatlichen Zusammenschluss. Später sieht die Forschung im Kontext der Industrialisierung auch in den Gegensätzen zwischen Stadt und Land sowie zwischen Arbeit und Kapital neue Cleavages. Zahlreiche wissenschaftliche Beiträge haben die allgemeine Entwicklung dieser Konfliktlinien in der Schweiz un-

tersucht (vgl. Zürcher 2006; Bolliger 2007). Diese Arbeit geht einen Schritt weiter und bezieht die Analyse der Cleavage-Landschaft auf einzelne politische Themenbereiche. Unterschieden wird zwischen ökonomisch und kulturell definierten Sachfragen. Zu Ersteren gehören die Bereiche der Arbeitsmarkt- und der Sozialversicherungspolitik. Zu Letzteren werden migrationspolitische Vorlagen beigezogen. Die Analyse orientiert sich dabei an folgender Leitfrage:

Inwiefern lässt sich bei migrationspolitischen Volksabstimmungen im Vergleich zu wirtschafts- und sozialpolitischen Sachvorlagen eine unterschiedliche Entwicklung der Cleavage-Strukturen erkennen?

Die vorliegende Arbeit schliesst somit eine bestehende Forschungslücke, indem sie die Langzeitentwicklungen der gesellschaftlichen Konfliktlinien nicht global, sondern in konkreten Politikbereichen thematisiert. Sie argumentiert, dass eine fundierte Analyse der nationalen Cleavage-Landschaft zwischen verschiedenen Themenbereichen differenzieren muss.

Bezogen auf die Frage der Entwicklung von Cleavages hat in der westeuropäischen Politikwissenschaft eine kontroverse Diskussion eingesetzt. Während die Einen von einem fortwährenden Einfluss der traditionellen Konfliktlinien auf politisches Handeln ausgehen, postulieren die Anderen deren Funktionsverlust aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen des 20. Jahrhunderts. Eine dritte Forschungslinie sieht gar die Herausbildung eines neuen Cleavages. Im Kontext der Globalisierung wird eine neue Opposition zwischen Verlierern und Gewinnern der zunehmenden Entnationalisierung beobachtet (Kriesi et al. 2006). Normativer Konfliktpunkt zwischen diesen beiden Gruppen bildet vor allem die kulturell und gesellschaftspolitisch bedingte Identitätsfrage der Schweiz in einem veränderten, globalisierten internationalen Umfeld. Während Globalisierungsverlierer die Isolation befürworten, sehen Globalisierungsgewinner in einer kulturellen Öffnung ihre politischen Forderungen erfüllt (Kriesi et al. 2006). Auch diese Arbeit berücksichtigt diese neue Forschungslinie und untersucht anhand der Volksabstimmungen zur Migrationspolitik, inwiefern der Identitätsdebatte in der Schweiz tatsächlich gesellschaftsinterne Konflikte unterliegen.

Der Rückgriff auf Volksabstimmungen macht klar, dass sich diese Arbeit primär auf die Identifizierung gesellschaftlicher Gräben fokussiert. Eine Berücksichtigung der elitären Ebene ist für den Fall der Schweiz jedoch unerlässlich. Aus einer institutionellen Perspektive entspricht die Schweiz einer Konsensusdemokratie, deren Merk-

mal mitunter die Beteiligung aller grossen gesellschaftlichen Strömungen am politischen Entscheidungsprozess ist (Lijphart 1999). Diesem unter dem Begriff der Konkordanz bekannten Entscheidungssystem wird in der Forschung eine dämpfende Wirkung auf gesellschaftliche Konflikte nachgesagt. Schon Lijphart (1969) hat in der Ausarbeitung seines Modells der „consociational democracy“ darauf hingewiesen, dass eine derart multikulturelle Nation wie die Schweiz nur aufgrund eines auf Konsens und Inklusion ausgerichteten Systems politische Instabilität verhindern kann. Die neuere Forschung hat diese Überlegungen ausgearbeitet und erachtet die Positionierung der Eliten zu politischen Sachvorlagen als wichtige Kontextbedingung für Konfliktlinien. Gemäss theoretischen Überlegungen sollten bei intaktem Parteienkonsens Cleavages bereits auf elitärer Ebene verarbeitet werden, ohne dass sie auf gesellschaftlicher Ebene bei Abstimmungen je zu Tage treten.

Unter Berücksichtigung der neueren Forschungsansätze lässt die oben erwähnte Leitfrage weitere interessante Fragestellungen zu: *Führen neue, kulturell bedingte Identitätsfragen tatsächlich zu einem neuen sozialen Konflikt zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung? Wie beeinflusst dieser neue Themenkomplex die Entwicklung der traditionellen Cleavages? Haben die Eliten tatsächlich einen Einfluss auf die Intensität gesellschaftsinterner Gräben?*

Anhand quantitativer Verfahren werden diese Fragen beantwortet. Datenbasis bilden Individualdaten der repräsentativen VOX-Nachabstimmungsumfragen. Aufgrund einer kürzlich erfolgten Harmonisierung der Datensätze ist erstmals ein Langzeitvergleich eidgenössischer Volksabstimmungen mit Individualdaten möglich. Die Datenverfügbarkeit ermöglicht Analysen innerhalb des Zeitraums von 1985 bis 2009. Insgesamt werden Befragungsdaten zu 36 Sachvorlagen beigezogen.

Den theoretischen Teil dieser Arbeit gibt Abschnitt 2 wieder. Nach der Erläuterung der methodischen Vorgehensweise in Abschnitt 3, werden in Abschnitt 4 die aus den theoretischen Überlegungen ableitbaren Hypothesen getestet. Die Ergebnisse werden in Abschnitt 5 eingehender diskutiert, bevor in der Konklusion mit einem Ausblick abgeschlossen wird.

2. Theoretischer Teil

Im folgenden Kapitel wird die Thematik gesellschaftlicher Konfliktlinien theoretisch durchdrungen. Nebst der wissenschaftlichen Debatte zum Cleavage-Begriff in den Abschnitten 2.1 und 2.2, wird in Abschnitt 2.3 auf die drei Konzepte Alignment, De-alignment und Realignment eingegangen. Sie eignen sich insbesondere für die Analyse der Entwicklung von Cleavages. Ausserdem dienen sie als Basis für die Ausführungen zu den einzelnen Cleavages in der Schweiz. In dieser Arbeit wird zwischen traditionellen Cleavages (Abschnitt 2.4) und einem neuen kulturellen Cleavage (Abschnitt 2.5) unterschieden. Während Erstere schon länger Bestandteil der wissenschaftlichen Diskussion sind, wird Letzterer erst seit kurzem eingehender thematisiert. In Abschnitt 2.6 wird auf den potenziellen Einfluss der elitären Ebene auf gesellschaftliche Konflikte eingegangen, bevor in Abschnitt 2.7 ein Fazit der theoretischen Ausführungen gezogen wird.

2.1 Das Cleavage-Konzept nach Lipset und Rokkan

Den ersten bedeutenden wissenschaftlichen Beitrag zur Analyse von gesellschaftlichen Konfliktlinien erbrachten Lipset und Rokkan im Jahre 1967. In ihrem Buch „Party Systems and Voter Alignments“ führten sie das Konzept der „Cleavages“ ein, an dem sich zahlreiche Forschungsarbeiten noch bis heute orientieren. Der englische Begriff „Cleavage“ bedeutet Graben oder Spaltung und meint im Kontext der sozialwissenschaftlichen Diskussion einen gesellschaftlichen Konflikt. Das Konzept beinhaltet die Annahme, dass soziale Gruppen aufgrund ihrer unterschiedlichen Lage innerhalb einer Gesellschaft unterschiedliche Interessenslagen entwickeln, die dann wiederum für Konflikte verantwortlich sind (Ladner 2004: 275). Lipset und Rokkan (1967) identifizieren für Westeuropa vier solche Interessenskonflikte: jene zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Kirche und Staat, zwischen Stadt und Land und zwischen Arbeit und Kapital. Bei der Erklärung zur Herausbildung solcher Konfliktlinien legen sie den Fokus auf makroökonomische und -soziologische Veränderungen, welche die Interessenskonflikte zwischen sozialen Gruppen determinieren. Diese Konfliktlinien wiederum bilden die Basis für die Entstehung von Parteien, weswegen

die Cleavage-Theorie auch in der westeuropäischen Parteienforschung grosse Beachtung genießt (vgl. Ladner 2004). Ladner (2004: 34) sieht die Stärke des Konzepts insbesondere darin, dass die Herausbildung von Parteien auf konkrete gesellschaftliche Prozesse zurückgeführt wird, anstatt lediglich auf die ideologische oder weltanschauliche Basis von Parteien zu verweisen. Lipsets und Rokkans (1967) Ausführungen thematisieren denn auch in differenzierter Weise wie historische Umwälzungen in Westeuropa zu den vier identifizierten Cleavages beitragen.

Der *Zentrum-Peripherie-Cleavage* nahm seinen Anfang bei den Gründungsbemühungen von Nationalstaaten in Westeuropa. Gemäss Lipset und Rokkan (1967: 14) umfasste er den Konflikt zwischen einer „central nation-building culture“ und der ethnisch, sprachlich oder religiös bedingten Peripherie. Bolliger (2007: 65) spricht im gleichen Kontext von „peripheren Gruppen“, die ihre „eigene Identität und Lebensweise [...] der Einflussphäre des nationalen Zentrums entziehen“ möchten. In dieser Perspektive können nicht nur ökonomisch bedingte Interessensunterschiede, sondern auch Befürchtungen ethnischer Gruppen vor Kultur- und Identitätsverlust zu Konflikten führen.

In gleicher Weise wie der Zentrum-Peripherie-Cleavage entstammte auch der Konflikt „*Kirche vs. Staat*“ aus der nationalen Revolution. Die Bildung von Nationalstaaten hatte die strikte Trennung von Kirche und Staat zur Folge. Dieser Prozess der Säkularisierung beinhaltete viel Konfliktpotenzial über die Rolle und die Rechte der kirchlichen Institutionen innerhalb eines neu gebildeten Nationalstaats. Lipset und Rokkan (1967: 15) verweisen jedoch explizit darauf, dass es bei diesem Cleavage nicht primär um Macht und Einfluss der Kirche geht, sondern viel eher um unterschiedliche Moral- und Gesellschaftsvorstellungen. Genau wie der Zentrum-Peripherie-Cleavage beschränkt sich somit auch diese Konfliktlinie nicht auf rein ökonomisch definierte Interessensunterschiede. Die zentralen Akteure, welche diesen Cleavage bedienen, sind auch hier politische Organisationen, insbesondere Parteien. Lipset und Rokkan (1967: 15) sprechen von „parties of religious defense“. Parteien also, die auf einer Religion beruhen und diese im politischen Kontext vertreten. Der Cleavage teilt somit meist konfessionell unterschiedliche Parteien mit divergierenden Ansichten über das Verhältnis von Kirche und Staat (Bolliger 2007: 66).

Während die Konflikte „Zentrum vs. Peripherie“ und „Kirche vs. Staat“ als Erbe der nationalen Revolution gesehen werden, entstammen die Interessensunterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen Arbeit und Kapital aus der industriellen Revolution.

Beim *Stadt-Land-Cleavage* beziehen sich Lipset und Rokkan (1967) auf die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen zwischen ländlichen und städtischen Regionen. Während auf dem Land noch heute die Agrarwirtschaft und das Kleingewerbe die Wirtschaftsstruktur bestimmen, führte die industrielle Revolution in den Städten nebst der Arbeiterklasse auch zur Herausbildung einer städtischen Bourgeoisie. Da die Landbevölkerung ihre Lebensmittel zu einem möglichst guten Preis verkaufen wollte, stand sie für protektionistische, preisschützende Massnahmen ein. Diese Forderung wiederum kollidierte mit den Interessen der städtischen Bewohner, welche tiefere Preise, herbeigeführt durch eine freie Marktordnung, bevorzugten (Lipset/Rokkan 1967: 20f.). Lipset und Rokkan (1967) belassen es jedoch nicht bei dieser rein ökonomischen Herleitung eines Interessenskonflikts. Sie weisen zusätzlich darauf hin, dass eine kulturelle Opposition die Voraussetzung ist, damit sich die ökonomischen Stadt-Land-Konflikte überhaupt im Parteiensystem niederschlagen (Lipset/Rokkan 1967: 21).

Der *Arbeit-Kapital-Cleavage* ist der wohl bekannteste gesellschaftliche Konflikt, der auch in allen westeuropäischen Ländern grosse Spuren in der Parteienlandschaft hinterlassen hat. Historisch gesehen nahm die Konfliktlinie seinen Ursprung in der Bildung einer städtischen Arbeiterklasse im Zuge der industriellen Revolution. Zentrale politische Anliegen wie etwa die Höhe des Lohns, angemessene Arbeitsbedingungen oder bessere Arbeitsverträge führten zur Gründung national agierender sozialistischer Parteien (Lipset/Rokkan 1967: 21). Lipset und Rokkan (1967: 21) weisen weiter darauf hin, dass auch in kultureller Hinsicht eine gegenseitige Entfremdung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern existiert hat. Die traditionell klassenkämpferische Sichtweise auf die Arbeitsverhältnisse zwischen Arbeitern und Besitzenden haben beide Autoren jedoch nicht übernommen. So erwähnen sie etwa, dass die Einbindung sozialistischer Parteien in lokale und nationale politische Entscheidungszentren zu einer Entspannung des Klassenkonflikts geführt hat (Lipset/Rokkan 1967: 22). Ausserdem verweisen sie darauf, dass sich seit dem zweiten Weltkrieg der Lebensstandard einer breiten Bevölkerung verbessert hat, was zur Herausbildung einer

„new middle class“ geführt habe (Lipset/Rokkan 1967: 22). Lipset und Rokkan (1967) haben mit ihren Überlegungen somit bereits in den 60er Jahren eine Entschärfung des Arbeit-Kapital-Cleavages angedeutet. In einem späteren Abschnitt gilt es noch aufzuzeigen, inwiefern die Forschung auch in der Schweiz diese Entwicklung feststellt.

Insgesamt hat das Konzept von Lipset und Rokkan (1967) noch bis heute eine grosse Bedeutung für die europäische Politikwissenschaft. Indem es sich nicht nur auf die gesellschaftlichen Strukturen eines Konflikts fokussiert, sondern auch Wirkungen dieser auf die Parteienlandschaft berücksichtigt, wird das Werk nicht nur in der Wahlforschung, sondern auch in der Parteienforschung häufig rezipiert. Diese Erkenntnis beschränkt sich nicht auf einzelne Länder. Lipset und Rokkan (1967) sind ihrem Anspruch gerecht geworden und haben ein theoretisches „framework“ erstellt, das sich auf praktisch alle westeuropäischen Länder anwenden lässt. Im Laufe der wissenschaftlichen Diskussion ist der Cleavage-Begriff jedoch immer diffuser geworden. Ein Umstand, der nicht zuletzt auf die fehlende Definition von Lipset und Rokkan zurückzuführen ist.

2.2 Die Cleavage-Definition nach Bartolini und Mair

Ein Überblick über die bisherige Cleavage-Literatur lässt schnell erkennen, dass ein gesellschaftlicher Konflikt in verschiedenster Weise interpretiert werden kann. Insbesondere hinsichtlich der Bestandteile eines sozialen Grabens werden jeweils unterschiedliche Prioritäten gesetzt (Ladner 2004: 282). In der neueren Literatur hat sich jedoch die Definition von Bartolini und Mair (1990) durchgesetzt. Die beiden Autoren unterscheiden drei Ebenen eines Cleavages, wobei jede Ebene als Voraussetzung gesehen wird, um von einem kompletten Cleavage sprechen zu können.

Die erste Ebene umfasst ein *empirisches Element*. Es betrifft die sozio-strukturelle Fundierung eines Konflikts (Bartolini/Mair 1990: 215). Der Begriff „sozio-strukturell“ verweist auf die Vorstellung, dass sich gesellschaftliche Konflikte aus der Veränderung von Makrostrukturen ergeben. Die den Konflikten unterliegenden Interessensunterschiede müssen jedoch nicht zwingend ökonomischer Natur sein. Ladner (2004: 287) differenziert zwischen sozioökonomischen, demografischen und sozio-

kulturellen Teilungsachsen. Letztere verweist darauf, dass auch kulturelle Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen (bzw. Milieus) als strukturelle Basis für einen Cleavage gesehen werden können. Mit der Einführung des empirischen Elements grenzen Bartolini und Mair (1990) den Cleavage-Begriff auch gegenüber dem Ideologiebegriff ab. Ideologische Differenzen zwischen zwei Gruppen machen erst dann einen Cleavage aus, wenn dem Konflikt auch eine strukturelle Basis unterliegt. Genauso sind aber auch rein strukturell bedingte Oppositionen noch keine Cleavages, wenn den oppositionellen Gruppen das Bewusstsein über Interessensunterschiede fehlt.

Bartolini und Mair (1990) sprechen hierbei von einem *normativen Element*, welches die zweite Ebene ihrer Definition ausmacht. Sie verweist auf die Wichtigkeit von Wertvorstellungen, Weltanschauungen und Identitäten, die zu einer „self consciousness“ innerhalb von Gruppen führt (Bartolini/Mair 1990: 214). Erst durch diese Faktoren kann ein „Cleavage-Bewusstsein“ entstehen.

Die diesem Bewusstsein unterliegenden Interessen und Ideologien werden durch das *organisatorische Element* politisch artikuliert. Es umfasst somit die organisatorische Ausdifferenzierung eines Konflikts. Bartolini und Mair (1990: 214) umschreiben es als ein Set von „Interaktionen, Institutionen und Organisationen“, die zur politischen Artikulation von Cleavages führen. Auch wenn in dieser Definition verschiedenste politische Organisationen denkbar wären, fokussiert sich der grösste Teil der Cleavage-Forschung hierbei auf Parteien. Dies entspricht auch der Tradition von Lipset und Rokkan (1967), welche mit ihrem Beitrag die Erklärung der westeuropäischen Parteienlandschaft zum Ziel haben.

Insgesamt ist die Cleavage-Definition von Bartolini und Mair (1990) wohl eine der komplexesten. Sie besticht jedoch durch ihre analytische Schärfe, indem sie verschiedene Bestandteile eines Cleavages identifiziert und dabei allen vorherigen Definitionsversuchen gerecht wird. Wendet man das Konzept in strikter Weise an, verfällt man weder einem strukturellen oder soziologischen Reduktionismus (von Beyme 2000: 64), noch läuft man Gefahr, Cleavages auf ideologische Konflikte zu beschränken. Auch in dieser Arbeit soll am Verständnis von Bartolini und Mair (1990) festgehalten werden. Es ermöglicht eine theoretisch fundierte Identifizierung gesellschaftlicher Konfliktlinien, ohne die Ebene der Parteien ganz ausser Acht zu lassen.

2.3 Drei theoretische Konzepte zur Entwicklung von Cleavages

Neben der Identifizierung und Beschreibung von Cleavages, interessiert sich die Forschung auch für deren Entwicklung. Hierfür bedient man sich meist der Begriffe Alignment, Dealignment und Realignment. Obwohl sich die drei Konzepte primär auf den für diese Arbeit weniger interessierenden Wandel von Parteienstrukturen beziehen, eignen sie sich auch für eine differenzierte Analyse von Veränderungen der Konfliktlinien auf gesellschaftlicher Ebene.

2.3.1 Alignment

Lipsets und Rokkans (1967) grundlegende Erkenntnis, dass die nationale und industrielle Revolution zu ähnlichen Parteienstrukturen in ganz Westeuropa geführt haben, wird bis heute kaum in Frage gestellt. Den viel umstritteneren Beitrag der beiden Autoren umfasst die These der „frozen-party-systems“. Diese leiten sie aus der Beobachtung ab, dass die im frühen 20. Jahrhundert entstandenen Cleavages bis in die 60er Jahre hinein ihre Prägungskraft für die westeuropäischen Parteiensysteme nicht verloren haben (Lipset/Rokkan 1967: 50f.). Lipset und Rokkan (1967) führen an dieser Stelle den Begriff „Alignment“ ein, der die langfristige Hinwendung von Individuen in gesellschaftlichen Klassen zu ihrer jeweiligen politischen Organisation meint. Bezogen auf die für diese Arbeit interessierenden Fragestellungen liesse dieses Konzept somit eine Persistenz der gesellschaftlichen Cleavage-Strukturen erwarten.

Diese äusserst kühne Annahme¹ wurde von der Forschung inzwischen stark in Frage gestellt (vgl. etwa Ladner 2004). Selbst Mair (2001), ein gewichtiger Vertreter der „frozen-party-systems“, gesteht ein, dass man die These auf die Ebene der Parteien beschränken muss. Gesellschaftliche Konfliktlinien als eingefroren zu bezeichnen, hält er für zu gewagt, denn „no society is, or has been, frozen“ (Mair 2001: 27).

¹ Inwiefern Lipset und Rokkan den heutigen Interpretationen ihres Beitrags beipflichten, ist durchaus fraglich. Streng genommen haben sie in ihrem Beitrag nicht explizit auf ein „Festfrieren“ gesellschaftlicher Konfliktlinien hingewiesen. Sie interpretieren die „frozen-Party-These“ eher dahingehend, dass die entstandenen Loyalitäten zwischen den sozialen Gruppen und den jeweiligen Parteien zu einer „Verengung des Wählermarkts“ geführt haben, was das Aufkommen neuer Parteien erschwert hat (Lipset/Rokkan 1967: 134f.)

2.3.2 Dealignment

Als Antwort auf das Alignment-Konzept wurde der Begriff „Dealignment“ eingeführt. Er geht davon aus, dass das politische Handeln der Wählerinnen und Wähler immer weniger durch traditionelle gesellschaftliche Konfliktlinien beeinflusst wird (Dalton 2002: 189). Bei der Frage nach den Gründen für diesen Funktionsverlust von sozialen Klassen wird vielfach auf gesellschaftliche Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verwiesen. In der Soziologie werden diese meist unter dem Begriff der „Individualisierung“, der die „Herauslösung aus traditionellen Bindungen“ meint, subsumiert (Heidenreich 1996: 24).² Bezogen auf die Cleavage-Forschung erscheint diese These durchaus legitim. So dürfte der Vormarsch der Säkularisierung in westlichen Ländern (Inglehart/Norris 2004; Bolliger 2007: 101f.) durchaus dämpfend auf konfessionelle Spaltungen wirken. Auch den Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur werden Wirkungen auf die Cleavage-Landschaft nachgesagt. Während die Industrialisierung einen Rückgang der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung zur Folge hatte, führte die Tertiärisierung zur Erosion des klassischen Industriearbeiters (Bolliger 2007: 98). Bezogen auf die Schweiz werden diese beiden Wirtschaftsentwicklungen für den Stadt-Land- und den Arbeit-Kapital-Konflikt später noch detaillierter diskutiert.

Da das klassenbasierte Wählen eine immer geringere Erklärungskraft für politische Wahlen zu haben scheint, konzentriert man sich zusehends auf kurzfristige Faktoren. In diesem Kontext hat sich zuletzt eine Forschungslinie gebildet, die von einem „Issue-voting“ ausgeht. Diese Theorie besagt, dass sich Bürger bei der Parteiwahl vermehrt an der Positionierung der Parteien zu wichtigen, öffentlich bekannten und polarisierenden Sachfragen orientieren (Kriesi/Sciarini 2004: 727). Empirische Untersuchungen in der Wahlforschung stützen diese These. Für den britischen Raum wurde bereits in den 70er Jahren Evidenz dafür gefunden, dass bei nationalen Parlamentswahlen klassenbasiertes Wählen abgenommen hat und stattdessen die Issue-Positionierungen der Parteien an Bedeutung gewonnen haben (Crewe/Särilvik 1983; Clarke/Stewart 1984; Alvarez et al. 2000). Auch in der Schweiz konnten Kriesi und Sciarini (2004) bei den Wahlen 1999 ähnliche Entwicklungen beobachten.

² Für eine detailliertere soziologische Diskussion des Individualisierungsbegriffs vgl. Beck 1983.

Obwohl die These des „Issue-Voting“ bzw. des Dealignment sich primär auf die Parteiwahl bezieht, lässt sie doch auch Schlussfolgerungen über Einstellungen zu politischen Sachvorlagen zu. Implizit geht der Ansatz davon aus, dass sich Individuen nicht mehr über eine soziale Klasse identifizieren, sondern ihre politische Einstellung unabhängig von soziodemografischen Merkmalen ausbilden. In dieser Sichtweise verlieren Cleavages an Bedeutung und vermögen keinen Erklärungsansatz mehr für normative Einstellungen zu liefern. Mit anderen Worten: politische Auseinandersetzungen funktionieren unabhängig von gesellschaftlichen Strukturen.

Fragt man spezifisch nach den Issues, die bei politischen Entscheidungen eine Rolle spielen, wird seit den 70er Jahren auf neue Themen verwiesen, die in der Forschung als „neue Politik“ bezeichnet werden (Bornschiefer/Helbling 2005: 26). Diese neuen Sachfragen betreffen etwa die aufkommende Umweltfrage oder Gleichberechtigungsdebatten. Neuere Ansätze argumentieren, dass sich bei diesen Issues gar ein neuer Cleavage herauskristallisiert.

2.3.3 Realignment

Mit seinem Buch „The Silent Revolution“ wies Inglehart (1977) in den 70er Jahren auf einen Wertewandel in der Nachkriegszeit der westlichen Welt hin. Er sieht darin einen neuen Konflikt zwischen „Materialisten“ und „Postmaterialisten“. Während Erste primär um die materielle Sicherheit bzw. wirtschaftliche Prosperität besorgt sind, halten Letztere immaterielle Werte, wie das politische Mitspracherecht, die Gleichberechtigung, den Umweltschutz oder die Redefreiheit hoch (Inglehart 1977: 28; 1997). Gemäss Inglehart (1977) werden diese Werte zur Zeit des Erwachsenwerdens ausgebildet. So kommt er zum Schluss, dass es sich beim Gegensatz Materialismus vs. Postmaterialismus um einen Generationenkonflikt handelt. Im Gegensatz zu älteren Generationen, die durch ihre Prägungen im Krieg eine besonders starke Orientierung an materieller Sicherheit ausgebildet haben, konnten Nachkriegsgenerationen bereits in ihrer Sozialisationsphase in Zeiten von wirtschaftlichem Wachstum und globalem Frieden postmaterielle Werte ungeachtet materieller Sorgen entwickeln (Inglehart 1977: 21f.). Mit dieser These argumentiert Inglehart ähnlich wie Maslow (1943), der mit seiner berühmten Bedürfnispyramide die Befriedigung grundlegender Existenz-

und Sicherheitsbedürfnisse als Voraussetzung für die Entwicklung höherer, moralischer Werte sieht.

Inglehart belässt es jedoch nicht bei der Skizzierung eines Generationenkonflikts. Er hält es für möglich, dass auch innerhalb von Generationen unterschiedliche Einstellungen zu postmaterialistischen Werten herrschen können.

„The overall economic level [...] has risen markedly, but not everyone has shared equally. If our hypothesis is accurate, the more prosperous members of a given age group should be more Post-Materialist than the less prosperous ones.“ (Inglehart 1977: 72)

Um diese individuellen Unterschiede auch innerhalb von Generationen fassen zu können, führt Inglehart den Begriff der „formative affluence“ ein. Er meint die materielle Sicherheit in der Sozialisationsphase eines Individuums (Inglehart 1977: 73). Je höher diese Sicherheit ist, desto eher werden postmaterialistische Werthaltungen erwartet.

Da sich der sozioökonomische Stand während der Sozialisation insbesondere in der schulischen Ausbildung bemerkbar macht, sieht Inglehart (1977: 73-75) im Bildungsniveau die optimale Variable zur empirischen Umsetzung des „formative affluence Konzepts“.³ Diese Wahl der Operationalisierung begründet er weiter damit, dass erhöhte kognitive Fähigkeiten die Aufnahme neuer Ideen und Werte erleichtert (Inglehart 1977: 75). Postmaterialistische Wertorientierungen sind demnach insbesondere an höheren Schulen und Universitäten zu erwarten (Bolliger 2007: 73).

Auch wenn Inglehart (1977) mehrheitlich von einem „value conflict“ anstatt von einem Cleavage spricht, bleibt die Frage, inwiefern der Wertewandel auch zu einem neuen sozialen Konflikt im Sinne von Bartolini und Mair (1990) geführt hat. In der internationalen Literatur wird diese Realignment-These kontrovers diskutiert (Oesch/Rennwald 2010: 344). Der auf die Schweiz bezogene Forschungsstand zeigt Abschnitt 2.5 auf. Zuvor wird jedoch auf die traditionellen Cleavages nach Lipset und Rokkan (1967) eingegangen.

³ Der Berufsstatus, eine andere Möglichkeit zur Operationalisierung der „formative affluence“, erweist sich für Inglehart (1977: 73) als weniger hilfreich, da er die materielle Sicherheit während der Sozialisation unberücksichtigt lässt und nur als Indikator für den aktuellen sozioökonomischen Status eines Individuums dient.

2.4 Die Cleavage-Forschung in der Schweiz

Basierend auf den Überlegungen von Lipset und Rokkan (1967) hat sich auch in der Schweizer Politikwissenschaft eine Forschungstradition gebildet, die sich systematisch mit gesellschaftlichen Konfliktlinien auseinandersetzt. Neben dem Cleavage-Konzept aus den 60er Jahren wird in der neueren Forschung auch der Beitrag von Bartolini und Mair (1990) berücksichtigt, deren Einführung des organisatorischen Elements auch eine fundierte Analyse der Wirkung von Cleavages auf die Parteienlandschaft ermöglicht hat. Die Schweiz als multikulturelle Nation in Westeuropa stellt hierbei einen besonders interessanten Fall dar. Im Folgenden soll der Forschungsstand über die einzelnen Cleavages in der Schweiz sowie deren Entwicklung wiedergegeben werden.

2.4.1 Der Zentrum-Peripherie-Konflikt

Der von Lipset und Rokkan (1967) identifizierte Zentrum-Peripherie-Konflikt ist der historisch Älteste, gleichzeitig aber auch einer der Bedeutendsten für die Schweiz. Seinen Höhepunkt erreichte er zu Zeiten der Nationalstaatsgründung im 19. Jahrhundert. Der Staatsgründung gingen Auseinandersetzungen zwischen einer liberal-zentralistischen Bewegung und den katholisch-föderalistischen Sonderbundskantonen voraus (Andrey 1986). Im sogenannten Sonderbundskrieg unterlagen die Sonderbundsmitglieder dem zentralistisch orientierten Freisinn, was zur Bildung des Nationalstaats im Jahre 1848 führte (Andrey 1986: 629f.). Die freisinnige Parteienfamilie entsprach somit der von Lipset und Rokkan (1967: 14) erwähnten „central nation-building culture“, die zu Gegenbewegungen der katholisch-konservativen Kräfte geführt hat. Auch wenn die neu gebildete Verfassung einen äusserst föderalen Staat mit grösstmöglicher Autonomie seiner Gliedstaaten vorsah (Bolliger 2007: 77), nahmen die Katholisch-Konservativen noch lange den peripheren Pol ein, indem sie auch nach 1848 den Alleingang der politischen Integration vorzogen (Linder 2005: 37). Altermatt (1989: 97-216) spricht in diesem Kontext gar von einer „katholischen Sondergesellschaft“.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Konfliktlinie „Zentrum vs. Peripherie“ tiefgehende Spuren im Schweizer Parteiensystem hinterlassen hat. Mit der Gründung des Bundesstaates 1848 etablierte sich auf nationaler Ebene die freisinnig-demokratische

Partei (kurz FDP). Auch wenn sich die katholisch-konservative Seite erst 1912 auf nationaler Ebene organisiert hat, ist das ganze 19. Jahrhundert durch eine organisatorische Ausdifferenzierung des politischen Katholizismus gekennzeichnet.⁴ Schon anfangs des 19. Jahrhunderts gab es erste kleinere Katholikenparteien⁵. Ausserdem bauten die Katholiken eigene Gewerkschaften, Zeitungen und andere vorparteiliche Organisationen auf (Linder 2005: 37). Die vergleichsweise späte Bildung der Konservativen Volkspartei (heutige Christlichdemokratische Volkspartei, kurz CVP) ist somit eher der dezentralen Parteienstruktur in der Schweiz (Ladner 2006: 318) geschuldet und darf nicht über die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende politische Organisation des Zentrum-Peripherie-Cleavages hinwegtäuschen.

Orientiert man sich bei der Cleavage-Identifizierung am Modell von Bartolini und Mair (1990), kann man beim Zentrum-Peripherie-Cleavage sowohl ein normatives, wie auch ein organisatorisches Element erkennen. Die normative Komponente manifestiert sich im Konflikt um die Festlegung bundesstaatlicher Kompetenzen. Die Organisation des Cleavages lässt sich anhand der beiden Parteien FDP und CVP bis heute beobachten. Ein Blick auf den Cleavage zwischen Kirche und Staat lässt auch Schlüsse auf die strukturelle Basis des Zentrum-Peripherie-Konflikts zu.

2.4.2 Der Kirche-Staat-Konflikt

Auch der Gegensatz zwischen Kirche und Staat fällt in die Zeit der Schweizer Nationalstaatsgründung. Ging es beim Zentrum-Peripherie-Cleavage um die Regelung der bundesstaatlichen Kompetenzen, standen sich beim Kirche-Staat-Cleavage die beiden Prinzipien Religion und Laizismus gegenüber. Während die katholisch-konservative Seite die Autorität der kirchlichen Institutionen hochhielt, setzte sich das freisinnig-protestantische Lager für eine strikte Trennung von Kirche und Staat ein (Moos 1997: 164). Insbesondere zur Zeit der Verfassungsrevision von 1874 zeigten sich die unterschiedlichen Wertvorstellungen hinsichtlich bildungspolitischen, ehe- oder kirchenrechtlichen Fragen (Linder 2005: 38). Die Geschichtswissenschaft interpretiert diesen normativen Konflikt als „Kulturkampf“ (Zürcher 2006: 77f.; Stadler 1996: 21-29; Moos 1997: 174).

⁴ Zürcher (2006: 80) verweist zwar darauf, dass der politische Katholizismus lange „keine einheitliche Bewegung“ war und sich nur „lose organisiert“ hat. Aufgrund der einheitlichen religiösen Basis darf jedoch trotzdem von einer politischen Organisation des Katholizismus gesprochen werden (Zürcher 2006: 80).

⁵ Altermatt, Urs (2010): Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), in: Historisches Lexikon der Schweiz (Online Version). Version vom 29.12.2011, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17377.php>.

2.4.3 *Der Konfessionscleavage*

Der Kirche-Staat-Konflikt in der Schweiz wurde folglich durch dieselben politischen Akteure organisiert wie der Zentrum-Peripherie-Konflikt. Die Katholisch-Konservativen widersetzten sich sowohl einer zunehmenden Kompetenzausweitung des Bundesstaats, wie auch einem Autoritätsverlust der Kirche. Das freisinnig-protestantische Lager nahm bei beiden Fragen eine progressiv-liberale Position ein.⁶ Die politische Organisation beider Bewegungen wurde durch eine einheitliche konfessionelle Basis sichergestellt. Aus diesem Grund lassen sich nicht nur in organisatorischer, sondern auch in struktureller Hinsicht Parallelen zwischen den beiden von Lipset und Rokkan (1967) identifizierten Cleavages ziehen. Bei beiden gesellschaftlichen Konfliktlinien stehen sich mit dem katholischen und dem protestantischen Lager zwei Konfessionen gegenüber. Dies veranlasst Bolliger (2007: 76-78) dazu, von einem „Konfessionscleavage“ zu sprechen und die Unterscheidung von Lipset und Rokkan (1967) fallen zu lassen. Er argumentiert, dass es sich bei den beiden Gegensätzen „Zentrum vs. Peripherie“ und „Kirche vs. Staat“ lediglich um zwei „normative Dimensionen“ des übergeordneten „Konfessionscleavages“ handelt (Bolliger 2007: 76). Auch diese Arbeit wird sich an diesem Verständnis orientieren. Dies steht im Einklang mit dem Cleavage-Konzept von Bartolini und Mair (1990), da sich ein strukturelles (Katholiken vs. Protestanten), ein normatives (föderal-religiös vs. zentralistisch-laizistisch) und ein organisatorisches Element (CVP⁷ vs. FDP) erkennen lässt.

Die politische Opposition von Katholiken und Protestanten prägt zwar bis heute noch die Schweizer Parteienlandschaft. Die konfessionell bedingten Spannungen haben sich mit der Zeit jedoch kontinuierlich entschärft. Verantwortlich für diese Entwicklung war mitunter die politische Integration der Katholiken. Nach der Einführung des fakultativen Referendums 1874 bekundete der Freisinn zunehmend Mühe, seine Politik durchzusetzen. Die Abtretung eines Bundesratssitzes an die Katholiken war die logische Folge davon (Bolliger/Zürcher 2004). Das 1918 eingeführte Proporzwahlrecht führte weiter zu einer Erstarkung der Katholiken einerseits und der Sozialisten ande-

⁶ An dieser Stelle soll nicht der Eindruck entstehen, dass in beiden Lagern eine komplette ideologische Homogenität herrschte. Die Katholisch-Konservativen hatten auch mit inneren Konflikten zu kämpfen und auch im Freisinn gab es ausreissende konservativere Flügel (Zürcher 2006). In der Tendenz trifft die ideologische Gegenüberstellung jedoch zu.

⁷ Im Folgenden wird von der CVP gesprochen, da sich die empirische Analyse nicht auf Zeiträume konzentriert, in denen die CVP einen anderen Namen hatte.

rerseits (Linder 2005: 39). Die konfessionellen Spannungen wurden fortan durch den gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus überdeckt (Wigger 1997: 359-362). Nach dem zweiten Weltkrieg entschärften sich die normativen Konflikte weiter, indem die „Christlichdemokratische Volkspartei“ (CVP) die Trennung von Kirche und Staat akzeptierte und mit dem neuen Namen die Entwicklung zu einem „weltoffenen politischen Katholizismus“ unterstrich (Linder 2005: 39). Diese Entwicklung ist im Kontext des gesellschaftlichen Säkularisierungsprozesses zu verstehen, der auch die Katholiken in der Schweiz nicht unberührt liess (Geissbühler 1999). Zu ethischen Fragen gibt es zwar heute noch vereinzelte Einstellungsunterschiede (Hermann/Leuthold 2003: 52) und auch bei Parteiwahlen zeigen empirische Analysen zum Beispiel für Deutschland einen fortwährenden Einfluss des Katholizismus auf (Magin et al. 2009). Im Hinblick auf die in dieser Arbeit behandelten Themenbereiche dürfte der Konfessionscleavage jedoch kaum noch eine Bedeutung haben.

2.4.4 Der Sprachencleavage⁸

Bezogen auf den Zentrum-Peripherie-Konflikt lässt sich für den Fall der Schweiz eine weitere potenzielle Konfliktlinie erkennen: der Sprachencleavage. Anders als die meisten Staaten Westeuropas basiert die Gründung des Schweizer Bundesstaats nicht auf einem einheitlichen kulturellen und sprachlichen Hintergrund (Linder 2005: 30). Nebst der Spaltung zwischen Protestanten und Katholiken stellten die sprachlichen Minderheiten ein weiteres Konfliktpotenzial dar. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, näher auf die potentielle sprachliche Konfliktlinie einzugehen.

Ein Blick auf die Schweizer Parteienlandschaft zeigt, dass die „sprachliche Heterogenität der Schweiz [...] nicht zu starken und dauerhaften ethnischen Parteien geführt“ hat (Bolliger 2007: 84).⁹ Gründe werden in der Forschung unterschiedliche angeführt. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass die Schweiz ihre sprachliche Vielfalt nicht negiert, sondern die gesamte Staatsbildung schon immer als ein Projekt der multikulturellen Integration verstanden hat (Linder 2005: 30; Widmer 2004: 1). Des Weiteren herrschte in der Schweiz eine vorteilhafte „cross-cutting-Cleavage-

⁸ Da sich die Forschung hauptsächlich auf Unterschiede zwischen der West- und der Deutschschweiz fokussiert, konzentrieren sich sowohl die theoretischen Ausführungen, wie auch die empirischen Analysen auf den Konflikt „Westschweiz vs. Deutschschweiz“.

⁹ An dieser Stelle sei jedoch auf die „Lega dei ticinesi“ und das „Mouvement Citoyens Romands“ verwiesen, welche als sprachregionale Parteien gelten. Sie sind jedoch in quantitativer Hinsicht von kleinerer Bedeutung und legen ihren Fokus auch nicht exklusiv auf die Verteidigung sprachregionaler Interessen.

Struktur“. Damit ist die fehlende Deckungsgleichheit der konfessionellen und sprachlichen Grenzen gemeint, welche eine stärkere Akzentuierung der sprachlich-kulturellen Unterschiede verhinderte (Lipset/Rokkan 1967: 42). Schliesslich lässt sich festhalten, dass die Westschweiz lange Zeit kein tieferes Wohlstandsniveau als die Deutschschweiz aufwies (Büchi 2003: 294f.)

Ungeachtet der fehlenden politischen Organisation des Sprachencleavages gibt es eine Vielzahl von Literatur, die sich dem sogenannten „Röstigraben“ widmet. Die Sozialgeografen Hermann und Leuthold (2003: 48) erwähnen etwa, dass „politische Auseinandersetzungen zwischen Deutsch und Welsch¹⁰ [...] so alt wie der schweizerische Bundesstaat“ seien. Ging es anfangs noch um die Bewahrung der Westschweizer Autonomie, konnte die Forschung mit der Zeit auch ein unterschiedliches Staatsverständnis zwischen den beiden Sprachregionen feststellen. Während die Westschweizer einen ausgeprägten Sozialstaat befürworten, sind die Deutschschweizer traditionelle Vertreter einer Ideologie der Selbstverantwortung (von der Weid et al. 2002: 63-65). Die ökonomische Forschung erkennt in den unterschiedlichen Einstellungen zu Arbeitsnormen zwischen der Deutschschweiz und der französischen Schweiz gar die Ursache für die längere durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der Westschweiz (Brügger et al. 2009). In letzter Zeit stellen Hermann und Leuthold (2003: 48-51) darüber hinaus Mentalitätsunterschiede bezogen auf aussenpolitische Fragen fest. Die Abstimmung zum EWR-Beitritt vom 6. Dezember 1992 zeigte erstmals auch in der medialen Öffentlichkeit die unterschiedlichen Vorstellungen der West- und der Deutschschweiz über die Rolle der Schweiz in einer zunehmend globalisierten Welt (Kriesi et al. 1996). Während die Westschweizer im Beitritt der Schweiz einen wichtigen Schritt hin zur kulturellen Öffnung sahen, befürchtete die Mehrheit der Deutschschweizer einen Verlust der nationalen Identität (Menzi 2010).

Die ideologischen Differenzen zwischen den Sprachregionen werden in der Literatur auch theoretisch begründet. Neben den historisch bedingten Unterschieden in der Einstellung zu einer zentralistischen Staatsordnung (von der Weid et al. 2002: 52-54), lassen sich auch gesellschaftliche Makroprozesse als Ursache erkennen. So hat etwa die abnehmende Bedeutung von Konfessions- und Klassenkonflikten zu einer verstärkten Wahrnehmung sprachregionaler Spannungen geführt (Altermatt 1996: 149). Hinzu kommt die unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaftslage. Seit den

¹⁰ „Welsch“ steht hier für Westschweiz und meint den französischsprachigen Teil der Schweiz.

90er Jahren blieb die Deutschschweiz stärker verschont vor Rezessionen als die lateinischen Sprachregionen (Büchi 2003: 266; Bächtiger/Steiner 2004: 46).

Auch für den sich zeitgleich im Höhepunkt befindenden Sprachenkonflikt bei der europäischen Integrationsfrage findet die Literatur Erklärungsansätze. Büchi (2003: 266f.) verweist darauf, dass die Deutschschweizer als Mehrheit in der Schweiz einen Identitäts- und Autonomieverlust der Nation eher befürchten als die sich in der Minderheit befindenden Westschweizer. Gleichzeitig gilt es zu bedenken, dass die Frage nach dem Verhältnis der Schweiz zum Ausland auf nationaler Ebene geklärt werden muss. Ein föderalistischer Ansatz, der um die bestmögliche politische Lösung auf kleinstem territorialem Raum besorgt ist, kann hier nicht verfolgt werden (Kriesi et al. 1996: 96). Schliesslich weist die Literatur auch auf die Rolle der Medien hin. Einerseits wird angeführt, dass die mediale Berichterstattung auf Sprachregionen konzentriert sei, was die Herausbildung regionaler Identitäten fördere (Altermatt 1996: 152f.). Andererseits tragen die Medien gerade mit der politischen Berichterstattung zur Wahrnehmung eines persistenten „Röstigrabens“ bei. Bolliger (2007: 143) verweist beispielhaft auf die populär gewordene Kartographierung des kantonalen Stimmverhaltens im Rahmen von Volksabstimmungen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Sprachendiversität der Schweiz trotz fehlender sprachregionaler Parteien dennoch Potenzial für politische Konflikte birgt. Da diese Arbeit nicht nur auf der Ebene der Parteien argumentiert, sondern primär gesellschaftsinterne Konfliktlinien identifizieren will, soll der Sprachencleavage ebenfalls in die Analyse einbezogen werden. Dies, obwohl der Schweizer Sprachenkonflikt aufgrund des fehlenden organisatorischen Elements kein Cleavage im Sinne von Bartolini und Mair (1990) darstellt.

2.4.5 Der Stadt-Land-Cleavage

Da die Konflikte zwischen Stadt und Land in den Höhepunkt der industriellen Revolution fallen, hat der Stadt-Land-Cleavage zur Zeit der Bundesstaatsgründung noch keine Rolle gespielt. Erst etwa ein halbes Jahrhundert später haben sich auch in der Schweiz Interessenskonflikte zwischen den agrarwirtschaftlich-ländlichen Regionen und den von der Industrialisierung geprägten Städten ergeben. Wie von Lipset und Rokkan (1967) angedeutet, handelte es sich mitunter um ökonomische Interessens-

gegensätze. Die vom Kleingewerbe und der Landwirtschaft abhängige Landbevölkerung stand für eine Umverteilung von den Städten in die Randregionen und gegen den Preiszerfall von Konsumgütern ein (Bolliger 2007: 79). Politisch organisiert wurde dieser Konflikt durch die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (kurz BGB). Die ersten Kantonalparteien in den 1910er Jahren waren eine Abspaltung vom Freisinn, welcher zunehmend Mühe bekundete, die ökonomischen Interessenskonflikte zwischen Stadt und Land parteiintern zu beschwichtigen (Gruner 1977: 87). Durch die Einführung des Proporzwahlrechts begünstigt, konnte sich die BGB auch auf nationaler Ebene etablieren, was letztendlich 1936 zur Gründung einer Landespartei führte (Ladner 2006: 320). Die politische Organisation blieb jedoch auf die protestantischen Kantone beschränkt und richtete sich primär gegen die zu „industrie- und konsumentenfreundliche Politik“ des Freisinns (Gruner 1977: 152). In den katholischen Landesteilen war die BGB kaum bedeutsam, da die gewerblichen und landwirtschaftlichen Interessen von den Katholisch-Konservativen ausreichend bedient wurden (Gruner 1977: 150-153).

Die Spannungen zwischen der neuen BGB und dem alten Freisinn nahmen jedoch nie dramatische Züge an. Nebst ihren ökonomischen Interessen zeichnet sich die Bauernpartei zwar auch durch immaterielle Werte wie Unabhängigkeit, Patriotismus und Konservativismus aus (Junker 1977: 514; Bolliger 2007: 81). Mit dieser Ideologie unterschied sie sich jedoch nur „unscharf“ vom Freisinn und den Katholisch-Konservativen (Junker 1977: 516). Durch die privilegierte Stellung der Landwirtschaft im zweiten Weltkrieg wurde das bäuerliche Landleben ausserdem über die Parteigrenzen hinweg zum Inbegriff der Schweizer Identität (Baumann/Moser 1999: 301; Linder 2006: 19). Gleichzeitig führte sie auch zu einem politischen Bekenntnis zur Landwirtschaft, indem den Bauern eine „gewissermassen staatliche Existenzgarantie“ verfassungsmässig zugesichert wurde (Jost 1986: 796; Armingeon 2006: 683). Dies untermauerte noch stärker die bereits davor erfolgte Integration der BGB in den Bürgerblock.¹¹

Die von der BGB organisierten Konflikte beschränkten sich somit weitgehend auf den ökonomischen Interessensgegensatz zwischen der produzierenden Landwirtschaft und der konsumierenden Stadtbevölkerung. In anderen Themenbereichen gab es kaum Spannungen, was Bolliger (2007: 82) dazu veranlasst, von einer „weitgehend

¹¹ Die Integration erreichte seine formale Bedeutung mit der Aufnahme eines BGB-Bundesrats im Jahre 1929 (Junker 1977: 517).

entschärften [...] Konfliktlinie zwischen Stadt und Land“ in der Nachkriegszeit zu sprechen. Diese Interessensharmonie schien sich auch danach fortzusetzen. Noch bis in die 90er Jahre blieb die „Strategie eines [...] hohen Selbstversorgungsgrads“ durch die Landwirtschaft vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs unbestritten (Bolliger 2007: 132). Gleichzeitig dürfte auch der numerische Rückgang des Bauernstandes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Baumann/Moser 1999: 86) zu einer Entspannung des ökonomischen Konflikts zwischen dem primären und dem sekundären Sektor geführt haben.

Trotz dieser Tatsachen haben empirische Untersuchungen aufzeigen können, dass der Stadt-Land-Cleavage auch weiterhin persistent ist (vgl. Bolliger 2007). Antworten auf diesen paradoxen Umstand lassen sich in der jüngeren Literatur finden. Besonders stark betont wird die seit den 90er Jahren einsetzende Liberalisierungswelle der internationalen Märkte. Die Frage nach dem wirtschaftlichen Öffnungsgrad der Schweiz führte zur Interessensdisharmonie zwischen der binnenmarkt- und der weltmarktorientierten Industrie (Armingeon 2006: 692). Zu Ersterer zählen insbesondere die Landwirtschaft und das Kleingewerbe. Sie befürworten eine Fortführung der protektionistischen Wirtschaftspolitik, welche noch aus den Erfahrungen der Kriegszeit herrührt. Die in der Agrarwirtschaft beispielhaft implementierte Doktrin der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gerät durch die Globalisierung jedoch zusehends unter Druck (Linder 2005: 391f.; Bolliger 2007: 132).

Eine eher auf weltanschauliche Aspekte ausgerichtete Forschungslinie stützt die These der fortwährenden Kluft zwischen Stadt und Land weiter. Die Sozialgeografen Hermann und Leuthold (2003) sprechen von Unterschieden in den „politisch-mentalenen Profilen“ zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung. Sie argumentieren, dass aufgrund der zunehmenden Möglichkeit der Trennung von Arbeitsplatz und Wohnort, der Wohnortsentscheid vermehrt ein Milieuentcheid sei (Hermann/Leuthold 2003: 35f.). Konservative Menschen wählen eher ländliche Regionen, wo traditionelle Werte und Sitten stärker verharren als in den Städten (Hermann/Leuthold 2003: 38). Die kaum vorhandene Anonymität, gepaart mit sozialem Erwartungsdruck, drängt ausserdem progressiv-liberale Kräfte auf dem Land zurück (Hermann/Leuthold 2003: 38). Diese wiederum konzentrieren sich eher auf urbanere Gebiete, wo sich durch die neuen Berufe der Dienstleistungs- und Wissensgesell-

schaft eine gebildete und wohlhabende Mittelschicht etabliert hat (Hermann/Leuthold 2002: 4; 2003: 36). Auch wenn innerhalb der nicht-ländlichen Bevölkerung zwischen verschiedenen weltanschaulichen Profilen unterschieden werden muss¹², grenzt sie sich dennoch in einem Punkt von der ländlichen Ideologie ab: Mit ihrer „reformorientierten-weltoffenen“ Werthaltung bildet sie den Gegenpol zum „weltverschlossenen-bewahrenden“ Konservativismus in ländlichen Regionen (Hermann/Leuthold 2002: 8).

Den starken Fokus auf Mentalitäten könnte man auch als Vernachlässigung des makrosoziologischen und -ökonomischen Cleavage-Hintergrunds kritisieren. Hermann und Leuthold (2003) entgegnen dem jedoch, dass die weltanschaulichen Unterschiede durchaus auch auf gesellschaftliche Entwicklungen zurückzuführen sind. Neben der bereits erwähnten Tertiärisierung spielt hierbei auch die Globalisierung eine Rolle. Die zunehmende Konzentrierung auf Metropolen führt zu Profiteuren in den Städten und zu einer „schleichenden Auszehrung“ auf dem Land (Hermann/Leuthold 2003: 39). Diese Sichtweise entspricht der zuvor präsentierten These, dass Globalisierungsentwicklungen zur Verschärfung des Stadt-Land-Cleavages beitragen.

Nebst der scheinbar verharrenden normativen Kluft zwischen Stadt und Land lässt sich auch die organisatorische Ausdifferenzierung des Cleavages noch heute im Schweizer Parteiensystem erkennen. Die Namensänderung der BGB zur „Schweizerischen Volkspartei“ (kurz SVP) zeigt jedoch, dass sich die Partei nicht mehr exklusiv auf ländliche Regionen fokussieren will. Inwiefern die SVP bei Volksabstimmungen überhaupt noch die ländlichen Interessen vertritt, wird sich bei der empirischen Analyse zeigen müssen. Die neuere Forschung sieht die transformierte SVP nämlich nicht mehr primär als Bauernpartei, sondern als organisatorische Ausdifferenzierung eines neuen Cleavages, der in Abschnitt 2.5 wiedergegeben wird.

¹² Hermann und Leuthold (2002; 2003) differenzieren nicht nur zwischen Stadt und Land. Sie verweisen zusätzlich noch auf das städtische Umland, wo sich im Gegensatz zum eher linksliberalen Stadtkern eine rechtsliberale Oberschicht etabliert hat. Der Begriff „rechtsliberal“ grenzt sich insofern von „linksliberal“ ab, als dass er primär eine wirtschaftliche anstatt eine gesellschaftliche Öffnung propagiert. Da die zur Verfügung stehenden empirischen Daten leider keine Differenzierung zwischen Kernstadt und Umland machen, muss diese Unterscheidung an dieser Stelle jedoch fallen gelassen werden.

2.4.6 *Der Klassencleavage*

Der für das Parteiensystem wohl wichtigste Cleavage war der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, im Folgenden auch Klassencleavage genannt. Aus ihm entstand die bis heute prägende Zweiteilung der politischen Landschaft in ein linkes (Arbeitsseite) und ein rechtes Lager (Kapitalseite). Seine strukturelle Basis bekam die Spaltung durch die Industrialisierung, welche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer breiten, sozioökonomisch schlecht dastehenden Arbeiterschicht führte (Zürcher 2006: 94f.; Linder 2005: 48). Die politische Organisation des Klassencleavages setzte in der Schweiz trotz der frühen Industrialisierung jedoch eher spät ein (Geissbühler 2001). Die „Sozialdemokratische Partei“ (kurz SP) wurde im Jahre 1888 offiziell gegründet und radikalisierte sich erstmals 1904, als sie mit ihrem neuen Parteiprogramm einer stark am Marxismus orientierten Doktrin folgte (Gruner 1977: 127). In der Folge konnte sie unter Mithilfe der neu eingeführten Proporzwahl auch im Nationalrat Fuss fassen (Bolliger 2007: 83). Das Verhältnis zum Bürgerblock blieb aber über den ersten Weltkrieg hinaus angespannt (Kunz/Morandi 1998: 152). Erst am Vorabend des zweiten Weltkriegs näherte sich die SP insbesondere durch die Abkehr vom Antimilitarismus den bürgerlichen Parteien an, was ihr den ersten Bundesratssitz einbrachte (Zürcher 2006: 97). Auch ihre Fundamentalopposition dem Kapitalismus gegenüber legten die Sozialdemokraten ab (Linder 2005: 51). Mit dem zweiten Bundesratssitz der SP 1959 war die bis ins 21. Jahrhundert fortwährende „Zauberformel“ geboren und die SP hatte nun endgültig auch politischen Einfluss über den Nationalrat hinaus errungen (Linder 2005: 51). Damit hat sich die Schweiz ganz im Sinne von Lijphart (1969; 1999) zu einer „Konsensusdemokratie“ entwickelt, in der alle politischen Strömungen an der politischen Macht beteiligt sind (vgl. Abschnitt 2.6).

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben gesellschaftliche Entwicklungen zu strukturellen und normativen Veränderungen des Klassencleavages geführt. Linder (2005: 51) verweist auf das Wirtschaftswachstum in der Nachkriegszeit, welches förderlich für die Entschärfung der Konfliktlinie war. Ganz im Sinne der Sozialdemokraten weitete der Staat seine wirtschafts- und sozialpolitischen Tätigkeiten aus, womit er „bedeutende Funktionen in der Entwicklung zur schweizerischen Wohlstandsgesellschaft erfüllte“ (Linder 2005: 52). Selbst im wirtschaftlichen Abschwung in den 70er Jahren sieht die Forschung keine Verschärfung des Konflikts. Die Zunahme der Beschäftigungen im Dienstleistungssektor führte zu einer numerischen Abnahme der

traditionellen Arbeiterklasse (Geissbühler 2001: 73f.). Die ehemals rein materiell geprägten Interessensgegensätze zwischen dem besitzenden Unternehmertum und den lohnabhängigen Industriearbeitern gerieten zusehends in den Hintergrund. Neben dieser unter dem Begriff Tertiärisierung bekannten Entwicklung wird in der Literatur auch die Individualisierung der Gesellschaft erwähnt, welche zur Erosion des Klassenbewusstseins geführt habe (Geissbühler 2001: 78-81). Steinbach (1992: 76) erwähnt in ähnlichem Kontext, dass mitunter die zunehmenden Aufstiegschancen für Lohnabhängige zu mehr Heterogenität innerhalb der Arbeiterschicht und letztendlich zum Ende der Arbeiterkultur geführt haben.

Trotz dieser Veränderungen verharrt der Gegensatz zwischen Links und Rechts noch heute als wichtiges Orientierungsraster für die Einordnung politischer Einstellungen. Auch wenn er sich nicht mehr nur auf materielle Interessensgegensätze zwischen Arbeit und Kapital beschränkt, sieht die Forschung seine Hauptcharakteristik immer noch im normativen Konflikt „Sozialstaat“ vs. „ökonomische Eigenverantwortung“ (Hermann/Leuthold 2003: 15-18). Aus diesem Grund werden auch in dieser Arbeit eidgenössische Abstimmungen zu Themen der Arbeitsmarktregulierung und der Sozialversicherungen als Datenbasis für die Analyse des Klassencleavages verwendet. Die zuvor aufgezeigten theoretischen Überlegungen lassen jedoch keine Verschärfung dieses Konflikts vermuten. Bezogen auf die bisherige Forschung hält Bolliger (2007: 138) gar fest, dass die „Klassenzugehörigkeit für das Wahlverhalten in den meisten westlichen Ländern eine immer weniger wichtige Rolle“ spiele. Ein weiteres Indiz für eine Abschwächung des Arbeit-Kapital-Konflikts liefert die Wertewandelsthese von Inglehart (vgl. 2.3.3). Er hat schon 1977 darauf hingewiesen, dass die Sozialdemokratie zusehends als Hort für Postmaterialisten fungiere (Inglehart 1977: 61f.), womit das traditionelle Bild einer Arbeiterpartei verschwindet. Auch für die Schweiz gibt es empirische Evidenz für diese These (Ladner/Brändle 2001: 278-282; Oesch/Rennwald 2010: 347).¹³

Der Materialismus-Postmaterialismus-Konflikt hinterlässt seine Spuren jedoch nicht nur bei der Sozialdemokratie. In der Schweiz hat sich in Anlehnung an Ingleharts Theorie eine These entwickelt, die von einem neuen Öffnungs-Abgrenzungsgegensatz ausgeht. Ein Gegensatz, der insbesondere im Hinblick auf die SVP interessant ist.

¹³ Bezogen auf die Schweiz wird insbesondere die Grüne Partei im Kontext des Materialismus-Postmaterialismus-Konflikts genannt. Da sich der auf die Parteien bezogene Teil dieser Arbeit jedoch auf die Bundesratsparteien konzentriert, wird auf die Rolle der Grünen nicht weiter eingegangen.

2.5 Ingleharts These für die Schweiz: Der Öffnungs-Abgrenzungs-Cleavage

Die von Inglehart (1977) angesprochene Wertewandelsthese hat im politischen System zu postmaterialistischen Orientierungen der etablierten Sozialdemokratie einerseits und zur Herausbildung grüner Parteien andererseits geführt. Kitschelt und McGann (2003: 186) weisen darauf hin, dass die „Breite und Intensität [dieser] Bewegungen und Parteien [...] einen rechts-autoritären Gegenschlag unter den kulturell und ökonomisch Unterprivilegierten“ provoziert hat. Kriesi et al. (2006) nehmen diese These auf und verknüpfen sie mit dem gesellschaftlichen Prozess der Globalisierung. Sie verweisen damit sowohl auf ein strukturelles, wie auch auf ein normatives Element eines neu aufkommenden Cleavages hin.

2.5.1 Strukturelles und normatives Element

Kriesi et al. (2006) argumentieren, dass die Globalisierungsentwicklungen der letzten Jahrzehnte die Gesellschaft in ein Lager der „winners“ und ein Lager der „losers“ teilte. Zu den „winners“ zählen Unternehmer und Arbeitnehmer/innen in eher exportorientierten Branchen sowie kosmopolitisch orientierte Bürger. Die „losers“ der Globalisierung lassen sich in traditionell geschützten Sektoren, wie in der Landwirtschaft oder im Kleingewerbe als auch in der unqualifizierten Arbeiterschaft finden. Genauso sind auch Bürger, die sich stark mit der Nation identifizieren gegenüber einer Globalisierung skeptischer eingestellt als das kosmopolite Bürgertum (Kriesi et al. 2006: 922). Von den Globalisierungsprozessen, welche die Gesellschaft in diese zwei Lager teilen, unterscheiden Kriesi et al. (2006: 922) drei Arten: eine wirtschaftliche (zunehmende internationale Konkurrenz), eine kulturelle (zunehmende Einwanderung aus nichteuropäischen Kulturkreisen) und eine politische Dimension (zunehmende Konkurrenz zwischen Nationalstaat und supranationalen Akteuren). Trotz dieser Dreidimensionalität scheint die normative Konflikthaftigkeit zwischen Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern primär kulturell definiert zu sein (Oesch/Rennwald 2010). Während Erstere für eine internationale Öffnung der Schweiz einstehen, sehen Letztere in der Bewahrung der nationalen Souveränität und Identität ihre politischen Forderungen erfüllt (Kriesi et al. 2006: 922). Die Forschung interpretiert diesen Gegensatz als Konflikt zwischen „Öffnung“ und „Abgrenzung“ (Bornschier/Helbling 2005: 32). Diese Begrifflichkeit hebt zwar die normative Konflikthaftigkeit hervor. Die Unterscheidung zwischen „winners“ und „losers“ zeigt jedoch, dass

der Öffnungs-Abgrenzungs-Konflikt auch mit gesellschaftlichen Strukturen verbunden werden kann. Da die Forschung zu den „losers“ primär ökonomisch unterprivilegierte und beruflich schlechter qualifizierte Gesellschaftsschichten zählt, lassen sich hinsichtlich des strukturellen Elements sogar Parallelen zwischen dem Öffnungs-Abgrenzungs- und dem Arbeit-Kapital-Cleavage ziehen (vgl. Abschnitt 3.4).

2.5.2 Organisatorisches Element: Die „neue“ SVP auf der „neuen“ kulturellen Achse

Der neue „Öffnungs-Abgrenzungs-Cleavage“ ist kein spezifisch schweizerisches Phänomen. Kriesi et al. (2006) können in ihren Analysen ähnliche Tendenzen in ganz Westeuropa ausmachen. Dies zeigt sich auch in der westeuropäischen Parteienforschung, die eine neue Welle rechtspopulistischer Parteien erkennt. Oesch und Rennwald (2010: 47) umschreiben deren Programmatik wie folgt:

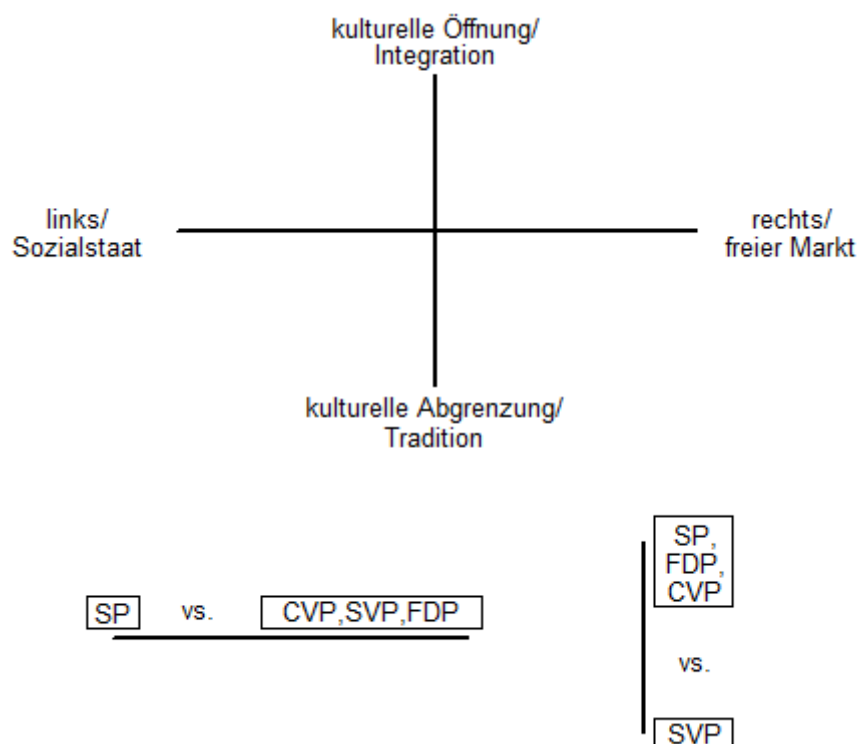
„Right-wing populist parties [...] defend the principles of national demarcation against open borders, of cultural homogeneity against multicultural relativism, and of traditional authority against individualistic equality.“

Rechtspopulistische Parteien scheinen somit den von Kriesi et al. (2006) identifizierten „Öffnungs-Abgrenzungs-Cleavage“ politisch zu organisieren. Das Zitat zeigt weiter, dass sich diese Organisation weniger auf ökonomische, sondern primär auf kulturelle und gesellschaftspolitische Aspekte fokussiert.

Bei der Frage nach der Organisation des schweizerischen Öffnungs-Abgrenzungs-Cleavages wird einheitlich auf die SVP verwiesen. Von einer ursprünglichen Bauernpartei hat sie sich in den letzten Jahrzehnten mit ihrer Politik der Isolation kontinuierlich zur Partei der Globalisierungsverlierer gewandelt. Empirische Studien zeigen tatsächlich, dass die heute grösste Schweizer Partei ihren Aufstieg insbesondere ihrer EU-kritischen Haltung und der damit verbundenen Frage nach dem Identitätsverlust der Schweiz zu verdanken hat (Kriesi 2005: 257f.). Zürcher (2007) argumentiert ähnlich und sieht die beiden Abstimmungen zum UNO- sowie zum EWR-Beitritt als Geburtsstunde der „neuen“ SVP. Die aus der Wählerschaft entstandene Nachfrage nach einer Politik der kulturellen Abgrenzung wird gemäss Theorie somit nicht durch eine neue, sondern durch eine reformierte Partei bedient. Dies manifestiert sich insbesondere in der Zunahme der Oppositionspositionen der SVP vor allem in aussen-, ausländer- und asylpolitischen Fragen (Zürcher 2007: 71).

Die zunehmende Isolation der SVP in diesen Themenbereichen lässt eine Transformation des politischen Raums erwarten. Neben der klassischen Links-Rechts-Achse, die den Gegensatz „Staat vs. Markt“ umfasst, geht man neuerdings auch von einer neuen kulturellen Achse mit einem libertären und einem traditionellen Pol aus (vgl. etwa Hermann/Leuthold 2003; Kriesi et al. 2006; Oesch/Rennwald 2010). Grafik 1 veranschaulicht diese neue Zweidimensionalität der Politik. Sie verdeutlicht zugleich die theoretisch zu erwartenden parteilichen Oppositionen bei beiden Achsen. Während sich auf der Links-Rechts-Achse klassischerweise das linke und das bürgerliche Lager gegenüberstehen, bedient die SVP am traditionalistischen Pol der kulturellen Achse als einzige Partei die Nachfrage nach einer Abgrenzungspolitik. Kriesi et al. (2006: 926) erklären dies damit, dass die anderen Parteien aufgrund interner Zerrissenheit und ihrer grundsätzlich positiven Einstellung zur Globalisierung keine so markante Positionierung auf dieser neuen Politikdimension aufweisen.

Grafik 1: Neue Zweidimensionalität des politischen Raums mit den jeweils zu erwartenden parteilichen Oppositionen¹⁴



Inwiefern die neue kulturelle Achse jedoch auch einen neuen Cleavage repräsentiert, wird sich in der Analyse zeigen. Die politische Artikulation der kulturellen Abgrenzung

¹⁴ Q: eigene Darstellung in Anlehnung an Kriesi et al. 2006: 925.

durch die SVP reicht hierfür nicht aus. Es bräuchte zusätzlich eine Bestätigung der These von Kriesi et al. (2006), die auch auf gesellschaftlicher Ebene von einer objektiv identifizierbaren Gruppe der Globalisierungsverlierer ausgeht, welche sich in ihren normativen Einstellungen von den Profiteuren der Globalisierung unterscheidet. Eidgenössische Sachvorlagen zum Themenbereich der Ausländerpolitik bilden eine geeignete Datenbasis, um diese These zu testen.

Neben den traditionellen Cleavages „Katholiken vs. Protestanten“, „Deutschschweiz vs. Westschweiz“, „Stadt vs. Land“ und „Arbeit vs. Kapital“ wird der Öffnungs-Abgrenzungs-Cleavage somit als fünfte Konfliktlinie in die Analyse miteinbezogen. Um die theoretischen Ausführungen abzuschliessen soll jedoch noch auf den institutionellen Rahmen von Cleavages eingegangen werden. Für den Fall der Schweiz stellt sich dieser als besonders relevant heraus.

2.6 Cleavages im Kontext einer Konkordanzdemokratie

In der international vergleichenden Forschung wird die Schweiz meist als Prototyp einer „consociational democracy“ gesehen. Dieses Modell geht auf die Arbeiten von Lijphart (1968; 1969; 1999) zurück und bezieht sich auf das politische Entscheidungssystem als Ganzes (Linder 2005: 301). Die Diskussion dieses Entscheidungssystems ist im Rahmen einer Arbeit, die sich mit Cleavages auseinandersetzt, unerlässlich.

2.6.1 Konkordanz: ein Entscheidungssystem des „power sharing“

Das Modell der „consociational democracy“, später in ausdifferenzierterer Form auch „consensus democracy“ genannt, kann auf Deutsch mit dem etwas geläufigeren Begriff der „Konkordanz“ umschrieben werden. Der inflationäre Gebrauch des Begriffs macht eine wissenschaftliche Diskussion jedoch nicht wirklich leichter. Eine Orientierung an Lijpharts Vorstellungen kann hierbei Abhilfe schaffen. Er umschreibt die Konkordanzdemokratie als ein System, „that emphasizes consensus instead of opposition, that includes rather than excludes, and that tries to maximize the size of the ruling majority instead of being satisfied with a bare majority“ (Lijphart 1999: 33). Im Zentrum steht somit die gegenseitige Machtkontrolle, im Englischen mit Begriffen wie

„power sharing“ oder „checks and balances“ übersetzt. Anstatt Macht zu zentralisieren und eine Mehrheit über eine Minderheit entscheiden zu lassen, wird auch den Minderheitspositionen eine Vetomacht gegeben (Vatter 2008: 5). „Konkordanz“ bezeichnet somit keinen Politikstil, sondern „eine Reihe von festen Grundstrukturen und entsprechende[n] Funktionsabläufen“ im Rahmen des politischen Entscheidungsprozesses (Linder 2005: 301). Damit kann gemäss Hall (1986: 19) trotz fehlender verfassungsmässiger Verankerung von einer Institution gesprochen werden.

Gemäss Lijphart (1999: 33) ist die Schweiz das beste Beispiel einer „consensus democracy“. Insbesondere das fakultative Referendum beinhaltet einen „Zwang“ zur Konkordanz, da alle referendumsfähigen Positionen beim Entscheidungsprozess berücksichtigt werden müssen (Neidhart 1970: 287; Linder 2005: 246). Bereits in den Abschnitten zu den einzelnen Cleavages wurde aufgezeigt, wie direktdemokratische Elemente zur Herausbildung einer Mehrparteienregierung geführt haben (vgl. Abschnitte 2.4.3 und 2.4.6). Linder (2005: 301) weist weiter auf den Föderalismus und das Proporzwahlrecht als wichtige Faktoren für die Herausbildung der Konkordanz hin. Dies entspricht auch der Vorstellung von Lijphart (1999), der darüber hinaus noch weitere Punkte, wie etwa ein starker Bikameralismus oder die Unabhängigkeit von Parlament und Regierung anführt.¹⁵ Damit unterstreicht er die Gegensätze zum berühmten britischen Westminster-Modell, das auf Machtkonzentration und einem Mehrheitswahlsystem beruht (Lijphart 1999: 9-21).

2.6.2 Konkordanz und ihre konfliktdämpfende Wirkung

Lijpharts Ausführungen lassen sich dahingehend interpretieren, dass er auch in normativer Hinsicht ein Befürworter konsensorientierter Demokratien ist. Insbesondere bei heterogenen Gesellschaften erachtet er die Fragmentierung von Macht als Voraussetzung für politische Stabilität (Lijphart 1968; 1969). Er verweist hierbei auf die Ebene der Eliten, wo Prozesse der Kompromiss- und Konsensfindung gesellschaftliche Konflikte vorbeugen können (Lijphart 1969: 212f.):

„The leaders of the rival subcultures may engage in competitive behaviour and thus further aggravate mutual tensions and political instability, but they may also make deliberate efforts to counteract the immobilizing and unstabilizing effects of cultural fragmentation.”

¹⁵ Lijphart hat insgesamt zehn Punkte einer „consociational democracy“ herausgearbeitet. Für eine Abhandlung all dieser Punkte für die Schweiz vgl. Lijphart 1999: 34-41.

Bei letzterer Variante führt die Integration aller gesellschaftlichen Interessen auf der elitären Ebene zu Konsensentscheidungen mit einer über die sozialen Gräben reichenden Legitimität. Gesellschaftliche Konflikte werden damit nicht offen ausgetragen, sondern bereits auf der elitären Ebene aufgenommen und verarbeitet. Da es sich bei der Konkordanz jedoch um keine formale Institution mit Sanktionen bei Nichtbefolgung handelt, muss auch eine zweite Situation eingeführt werden. So ist es theoretisch denkbar, dass sich nicht alle Gruppen an der Konsensfindung beteiligen und aus der Konkordanz ausscheren. Hierbei kann von einer gescheiterten Konkordanz gesprochen werden (Bolliger 2007:48). In dieser Arbeit wird das Vorliegen einer intakten Konkordanz an den Positionierungen der Bundesratsparteien FDP, CVP, SVP und SP festgemacht. Sobald mindestens eine Partei aus dem Kompromiss ausschert wird von einer gescheiterten Konkordanz gesprochen. Bolliger (2007: 52) identifiziert in diesem Zusammenhang vier mögliche Konstellationen:

Tabelle 1¹⁶: mögliche Konstellationen eines Konkordanzsystems

		Alignment	
		Intakt	Abwesend
Parteien- konkordanz	Intakt	(a) Wirksame Konkordanz	(b) Unwirksame Konkordanz
	Gescheitert	(c) Manifester Cleavage	(d) Offener Parteienwettbewerb

Bei einer gescheiterten Konkordanz sind die Konflikte sowohl auf gesellschaftlicher, als auch auf elitärer Ebene vorhanden, was in den Worten von Bolliger (2007: 51) zu „manifesten Cleavages“ führt. Tabelle 1 weist noch auf ein weiteres Element einer wirksamen Konkordanz hin: das Alignment. Fehlt die Kooperation zwischen Elite und Basis, ist ein elitärer Konsens nutzlos, da er von den gesellschaftlichen Lagern nicht übernommen wird (Bolliger 2007: 51). In diesem Fall würden die Parteien ihre Einflussmöglichkeit über gesellschaftliche Cleavages verlieren, was die Schlichtung von Konflikten erschwert oder gar verunmöglicht.

Dass für den Fall der Schweiz jedoch durchaus von gewissen Steuerungsfähigkeiten der Eliten ausgegangen werden kann, zeigen die empirischen Analysen von Trechsel und Sciarini (1998). Ausgehend von ihrer Leitfrage „Do elites matter?“ gehen sie der

¹⁶ Q: abgeändert aus Bolliger 2007: 52.

Frage nach, inwiefern in der halbdirekten Demokratie der Schweiz die Eliten den Ausgang von Plebisziten noch beeinflussen können. Datenbasis bilden die Nationalratsabstimmungen zu allen nationalen Sachvorlagen seit 1947 (Trechsel/Sciarini 1998: 100). Die Ergebnisse sind zweierlei. Zwar wird klar, dass kleine „minimum winning coalitions“ von knapp 50% im schweizerischen Politsystem wenig Chancen haben, ihre Forderungen im plebiszitären Kontext durchzubringen. Bei Gesetzesvorlagen etwa, die alle dem fakultativen Referendum unterliegen, braucht es Mehrheiten von mindestens 65%, damit die Wahrscheinlichkeit für die erfolgreiche Referendumsergreifung einer Minderheit bei weniger als 50% liegt (Trechsel/Sciarini 1998: 110). Die Analysen zeigen aber auch, dass Eliten durch die Bildung grosser Koalitionen die Ergebnisse von Volksabstimmungen durchaus in die Richtung ihrer Parolen lenken können. Je grösser die Koalitionen sind, desto kleiner wird die Wahrscheinlichkeit einer elitären Niederlage bei Volksabstimmungen. Dieser Zusammenhang ist einzig bei fakultativen Referenden etwas schwächer (Trechsel/Sciarini 1998: 111f.).

Insgesamt vermögen die Ergebnisse der beiden Autoren aufzuzeigen, dass die Eliten auch im Schweizer Politsystem mit direktdemokratischen Institutionen durchaus über gewisse Einflussmöglichkeiten verfügen. Dies liesse erwarten, dass eine funktionierende Konkordanz bei Volksabstimmungen auch auf gesellschaftliche Polarisierungen eine lindernde Wirkung hat.

2.6.3 Niedergang der Konkordanz?

Selbst wenn sich die These der Cleavage-Schlichtung bei intakter Parteienkonkordanz bestätigen sollte, wäre es verfehlt, neuere Entwicklungen in der Schweizer Konsensdemokratie zu vernachlässigen. In der politikwissenschaftlichen Diskussion wird nämlich vermehrt ein Niedergang der Konkordanz postuliert. Vatter (2008) kommt durch die Anwendung des „consensus model“ von Lijphart (1999) zum Schluss, dass sich die Schweiz zusehends von einer beispielhaften Konsensusdemokratie zu einer normalen kontinentaleuropäischen Verhandlungsdemokratie gewandelt hat. Als Indizien hierfür erkennt er mitunter die zunehmende parteipolitische Polarisierung sowie eine Abkehr von „kollegialer Konsenssuche“ hin zu einer „konfrontativ geprägten Konfliktaustragung“ (Vatter 2008: 36f.). Insbesondere die Zunahme der fallweisen Opposition der SVP scheint symptomatisch für diese Entwicklung zu sein (Zürcher 2007).

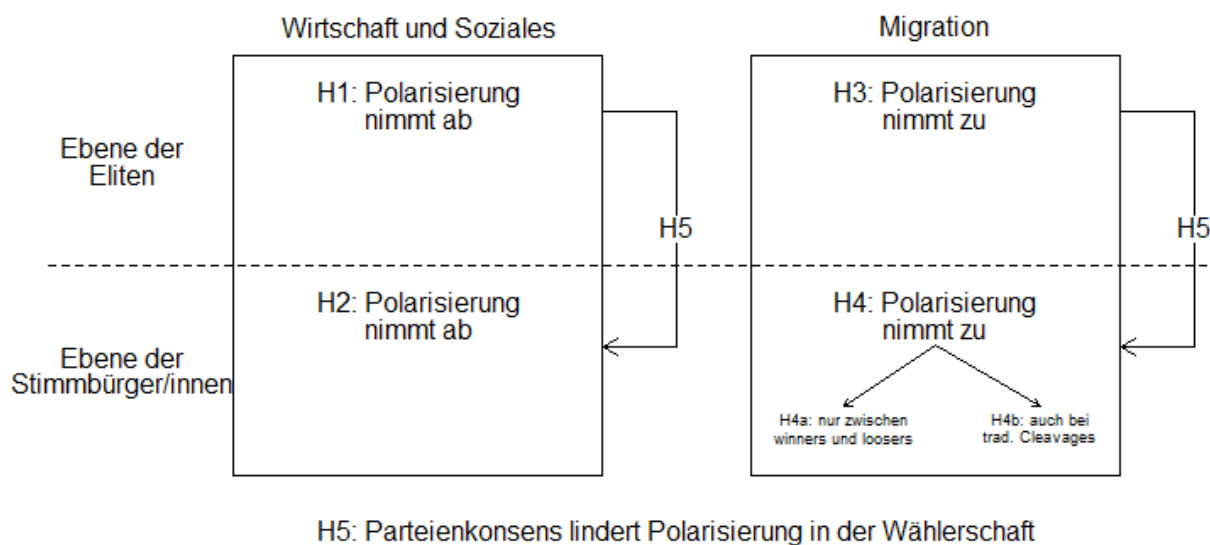
Gemäss der Konkordanztheorie nach Lijphart (1968; 1969; 1999) birgt dieser angebliche Niedergang der Konkordanz die Gefahr einer Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen. Im empirischen Teil wird getestet, inwiefern die Cleavage-Intensität bei Volksabstimmung von der Parteienkonkordanz abhängt. Der für diese Arbeit gewählte Zeitraum von 1985 bis 2009 lässt Vergleiche zwischen Abstimmungen mit und Abstimmungen ohne funktionierende Konkordanz zu.

2.7 Zusammenfassung der theoretischen Ausführungen

Die bisherigen theoretischen Ausführungen lassen sich anhand mehrerer Hypothesen zusammenfassen. Grafik 2 stellt diese schematisch dar. Die Analyse der Schweizer Cleavage-Landschaft bezieht sich in dieser Arbeit auf zwei spezifische Themenbereiche. Einerseits konzentriert sie sich auf Volksabstimmungen im Bereich *Wirtschaft und Soziales*, worunter Themen der Arbeitsmarktregulierung oder der Renten- und Arbeitslosenversicherung fallen. Andererseits werden potenzielle soziale Konflikte innerhalb von Volksabstimmungen, welche die *Migrationspolitik* betreffen, aufgeschlüsselt. Während der erste Themenbereich auf den ökonomisch definierten Links-Rechts-Gegensatz abzielt, repräsentieren die migrationspolitischen Fragen den Konfliktpunkt der neuen kulturellen Achse zwischen kultureller Öffnung und kultureller Abgrenzung.

Neben der thematischen Unterscheidung, wird auch zwischen zwei Ebenen differenziert. Einerseits werden die Cleavage-Intensitäten gesellschaftsimmanent, das heisst auf der Ebene der Stimmbürger/innen beobachtet. Andererseits ist auch die Positionierung der Eliten zu den einzelnen Sachfragen von Interesse. Der im Hypothesenmodell aufgeführte Begriff „Polarisierung“ steht stellvertretend für einen Konflikt: Entweder durch eine gescheiterte Parteienkonkordanz auf der elitären Ebene oder durch stark unterschiedliches Abstimmungsverhalten zwischen gesellschaftlichen Gruppen auf der Ebene der Stimmbürger/innen. In einem letzten Schritt wird auf die Interaktion der beiden Ebenen eingegangen, um die Wirkungsmacht des Parteienkonsenses empirisch zu prüfen.

Grafik 2: Hypothesenmodell



Die auf den Themenbereich *Wirtschaft und Soziales* bezogenen Hypothesen 1 und 2 zeigen auf, dass von keiner Verschärfung des traditionellen Links-Rechts-Konflikts in ökonomischer Hinsicht ausgegangen wird. Die Hypothesen beziehen sich insbesondere auf den Forschungsstand zum Arbeit-Kapital-Cleavage, der eine Erosion der Arbeiterklasse einerseits und des Klassenbewusstseins andererseits konstatiert (vgl. Abschnitt 2.4.6). Die anderen Cleavages sind kaum von normativen Konflikten in Bereichen der Arbeitsmarkt- und der Sozialversicherungspolitik betroffen. Einzig beim Sprachenkonflikt birgt die Frage nach dem Sozialstaat ernsthaftes Konfliktpotenzial. Wie in Abschnitt 2.4.4 bereits erwähnt, entpuppt sich die französische Schweiz als stärkere Befürworterin eines Umverteilungsstaates. Aufgrund der staatlichen Ausweitungen der sozialpolitischen Tätigkeiten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Linder 2005: 52), dürfte der normative Gegensatz „Sozialstaat vs. freier Markt“ seine Brisanz jedoch auch im Kontext des „Röstigrabens“ verloren haben.

Hypothesen 3 und 4 zielen auf die neue kulturelle Achse im Kontext der Theorien von Inglehart (1977) und Kriesi et al. (2006) ab. Indem zwischen einer qualifizierten und einer unqualifizierten Wählerschaft unterschieden wird (vgl. Abschnitt 3.4), soll eruiert werden, inwiefern sich bei ausländerpolitischen Vorlagen die These eines neuen Konflikts zwischen Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern bestätigen lässt. Von Interesse ist auch eine allfällige zeitliche Entwicklung. Da die Literatur den neuen Cleavage explizit mit dem Globalisierungsprozess in Verbindung setzt, dürfte sich der Konflikt seit dem Ende des Kalten Kriegs kontinuierlich verschärft haben.

Die theoretischen Arbeiten zum neuen Cleavage gehen jedoch über die schlichte Identifizierung eines neuen Konflikts hinaus. Es wird zusätzlich argumentiert, dass gleichzeitig die traditionellen Cleavages zwischen Klassen, Religionen, Ethnien oder Kulturen an Bedeutung verloren haben (vgl. Kriesi 1998: 166). Der Forschungsstand zu den einzelnen Cleavages stützt diese These jedoch nicht vollumfänglich. So wird etwa auch beim Stadt-Land-Cleavage ein normativer Konflikt zwischen Öffnung und Tradition erwartet. Die Stadt scheint eher ein Hort gebildeter Leute zu sein, wo sich neue postmaterialistische Werte leichter etablieren. Das Land hingegen erkennt in der Globalisierung eine neue Bedrohung, was in eine konservativ-weltverschlossene Ideologie mit einer starken Betonung der Nation und ihrer Identität mündet.

Auch der Sprachencleavage scheint vom neuen kulturell beladenen Öffnungs-Abgrenzungs-Diskurs nicht unberührt zu bleiben. Die bereits erwähnte EWR-Abstimmung lässt erahnen, dass die Westschweiz eher den Pol der kulturellen Öffnung einnimmt und die Deutschschweiz die Bewahrung der nationalen Identität hochhält.

Da somit in Teilen der Literatur sowohl zum Stadt-Land- wie auch zum Sprachencleavage die Frage nach der kulturellen Öffnung eine Rolle zu spielen scheint, wird Hypothese 4 weiter ausdifferenziert. Die Literatur ist sich nicht einig darüber, ob der neue normative Gegensatz zwischen Öffnung und Abgrenzung einen neuen Cleavage auf Kosten traditioneller Spaltungen hervorbringt (Hypothese 4a) oder ob der neue Cleavage durch eine Verschärfung bereits bestehender Konflikte begleitet wird (Hypothese 4b).

Bezogen auf Hypothese 3 ist sich die Literatur jedoch einig. Die SVP wird als Vertreterin der Globalisierungsverlierer gesehen, was sich auch in einer zunehmenden Polarisierung auf Parteebene bemerkbar machen sollte. Hypothese 5 bezieht sich letztlich auf die Konkordanztheorie nach Lijphart (1968; 1969; 1999). Besässe die Theorie Gültigkeit, müsste man bei intakter Konkordanz eine Entschärfung der Cleavages erwarten.

3. Methode und Daten

Vor dem empirisch-analytischen Teil dieser Arbeit erläutert das folgende Kapitel die methodische Vorgehensweise. Da sich die Analysen auf Sekundärdaten stützen, wird neben der statischen Methodenwahl (Abschnitt 3.1) auch auf die Datensätze und die darin enthaltenen Variablen eingegangen (Abschnitte 3.2 bis 3.4).

3.1 Methode

Im empirischen Teil dieser Arbeit soll mittels Individualdaten der Einfluss unabhängiger Cleavage-Variablen auf den abhängigen Sachverhalt des Abstimmungsverhaltens geschätzt werden. Da die abhängige Variable stets dichotom ist, wird auf das Verfahren der multiplen binär logistischen Regression zurückgegriffen. Einerseits soll zum Zeitpunkt einzelner Abstimmungen gerechnet werden, andererseits werden Modelle entwickelt, welche die gesamte Zeitspanne der Analyse (1985-2009) umfassen. Bei letzterer Vorgehensweise liegt eine Datenstruktur mit zwei Ebenen vor: die auf Individuen bezogenen Daten einerseits und die auf die einzelnen Abstimmungen bezogenen Kontextfaktoren andererseits. Um diese Datenstruktur in angemessener Weise zu berücksichtigen, wird auf ein Mehrebenenmodell zurückgegriffen (vgl. Steenbergen/Jones 2002). Dieses Modell stellt in Rechnung, dass Fälle innerhalb des gleichen Kontexts (hier also innerhalb einer gleichen Abstimmung) voneinander abhängig sind. Bei Nichtberücksichtigung dieses Umstands werden Standardfehler unterschätzt, was zur Häufung irrtümlicher Signifikanzbefunde führt (Steenbergen/Jones 2002: 220).

3.2 Datengrundlage

Die Analyse stützt sich auf Individualdaten der VOX-Umfragen, welche als Nachabstimmungsbefragungen ein repräsentatives Abbild über das Stimmverhalten der Schweizer Bürgerinnen und Bürger geben.¹⁷ Die Datensätze beinhalten mitunter

¹⁷ vgl. Swiss foundation for research in social sciences FORS (2012): Voxit. Die standardisierten Nachabstimmungsumfragen. Version vom 20.1.2012, URL: <http://forsdata.unil.ch/projects/voxit/>.

auch die für diese Arbeit relevanten Fragen nach Religion, Wohnort, Sprachregion oder beruflicher Qualifikation. Der grosse Vorteil von Individualdaten liegt darin, dass man im Gegensatz zu Aggregatsanalysen keinem ökologischen Fehlschluss unterliegen kann (vgl. Diaz-Bone 2006: 91f.). Stattdessen lassen sich die Effekte individueller Faktoren untersuchen.

VOX-Umfragen werden in der Schweiz seit 1977 durchgeführt. Sämtliche Nachabstimmungsumfragen zwischen Juni 1981 und November 2009 wurden harmonisiert (Stand Januar 2012). Damit ist die Vergleichbarkeit der Datensätze auch über einen längeren Zeitraum hinweg gewährleistet. Aufgrund lückenhafter Datenerhebung in den frühen 80er Jahren muss die Analyse jedoch auf den Zeitraum von 1985 bis 2009 beschränkt werden.

3.3 Auswahl der Volksabstimmungen

Die Auswahl eidgenössischer Volksabstimmungen in den Bereichen *Wirtschaft und Soziales* sowie *Migration* orientiert sich an der thematischen Einteilung aller bisherigen Volksabstimmungen im Rahmen des Buchprojekts „Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848-2007“ von Linder et al. (2010), sowie deren Online Datenbank swissvotes.ch.¹⁸ Ausgewählt wurden alle Volksabstimmungen, für welche VOX-Daten verfügbar sind und die gemäss gewissen Kriterien in einen der beiden Themenbereiche fallen. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die jeweiligen Auswahlkriterien. Die Angaben der Themenbereiche beziehen sich auf die Terminologie von swissvotes.ch.

Tabelle 2: Auswahlkriterien für Volksabstimmungen

<p>Für den Themenbereich Wirtschaft und Soziales werden Volksabstimmungen berücksichtigt, die...</p> <p>(1) ...unter <i>Arbeit und Beschäftigung</i> oder...</p> <p>(2) ...unter <i>Rentenversicherung</i> oder...</p> <p>(3) ...unter <i>Arbeitslosenversicherung</i> aufgeführt sind.</p> <p>Nicht berücksichtigt werden Volksabstimmungen, die primär unter die Themenbereiche <i>nationale Identität, Berufsbildung, Aussenpolitik, Energiepolitik, Steuerpolitik</i> und <i>Geld- und Währungspolitik</i> fallen.</p>	<p>Für den Themenbereich Migration werden Volksabstimmungen berücksichtigt, die...</p> <p>(1) ...unter <i>Ausländerpolitik</i> oder...</p> <p>(2) ...unter <i>Flüchtlingspolitik</i> aufgeführt sind.</p> <p>Nicht berücksichtigt werden Volksabstimmungen, die primär unter die Themenbereiche <i>Bodenrecht</i> oder <i>Aussenpolitik</i> fallen.</p>
---	--

¹⁸ Année Politique Suisse / www.swissvotes.ch (2012): Datensatz der eidgenössischen Volksabstimmungen ab 1848. Bern: Institut für Politikwissenschaft, Version vom 20.1.2012, URL: <http://www.swissvotes.ch>.

Tabelle 3: Übersicht der ausgewählten Volksabstimmungen mit inhaltlicher Interpretation der Ja- und Nein-Voten¹⁹

Wirtschaft und Soziales		Befürworter/in eines starken Sozialstaats stimmt...	Migration		Befürworter/in einer restriktiven Ausländerpolitik stimmt...
1	I: für eine Verlängerung der bezahlten Ferien (10.3.1985)	JA	21	FR: Asylgesetz (5.4.1987)	JA
2	I: Herabsetzung Rentenalter (12.6.1988)	JA	22	FR: BG Aufenth. und Niederl. der Ausländer (5.4.1987)	JA
3	I: Herabsetzung Arbeitszeit (4.12.1988)	JA	23	I: Begrenzung Einwanderung (4.12.1988)	JA
4	FR: BB Arbeitslosenversicherung (26.9.1993)	NEIN	24	OR: BB erleichterte Einbürg. junge Ausländer (12.6.1994)	NEIN
5	FR: BG über AHV (25.6.1995)	NEIN	25	FR: Verbot Rassendiskriminierung (25.9.1994)	NEIN
6	I: Ausbau AHV und IV (25.6.1995)	JA	26	FR: Zwangsmassnahmen Ausländerrecht (4.12.1994)	JA
7	FR: BG Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (1.12.1996)	NEIN	27	I: gegen illegale Einwanderung (1.12.1996)	JA
8	FR: BB Finanzierung Arbeitslosenversicherung (28.9.1997)	NEIN	28	FR: Asylgesetz (13.6.1999)	JA
9	I: 10. AHV Revision ohne Erhöhung Rentenalter (27.9.1998)	JA	29	FR: Massnahmen Ausländer- und Asylbereich (13.6.1999)	JA
10	FR: BG Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel II (29.11.1998)	NEIN	30	I: Regelung der Zuwanderung (24.9.2000)	JA
11	I: Flexibilisierung AHV (26.11.2000)	JA	31	I: gegen Asylrechtsmissbrauch (24.11.2002)	JA
12	I: Rentenalter 62 für Frau und Mann (26.11.2000)	JA	32	OR: BB erleicht. Einbürgerung 2. Generation (26.9.2004)	NEIN
13	I: kürzere Arbeitszeit (3.3.2002)	JA	33	OR: BB Bürgerrechtserwerb 3. Generation (26.9.2004)	NEIN
14	FR: BG obligatorische Arbeitslosenversicherung (24.11.2002)	NEIN	34	FR: BG über AusländerInnen (24.9.2006)	JA
15	FR: 11. AHV-Revision (16.5.2004)	NEIN	35	FR: Änderung Asylgesetz (24.9.2006)	JA
16	OR: BB Finanzierung AHV durch Anhebung der MWST (16.5.2004)	JA	36	I: demokratische Einbürgerungen (1.6.2008)	JA
17	FR: Arbeitsgesetz Ladenöffnungszeiten (27.11.2005)	NEIN	37	I: Minarettverbot (29.11.2009)	JA
18	I: Nationalbankgewinne für AHV (24.9.2006)	JA			
19	I: flexibles AHV-Alter (30.11.2008)	JA			

I = Initiative; FR = fakultatives Referendum; OR = obligatorisches Referendum; BB = Bundesbeschluss; BG = Bundesgesetz

¹⁹ Für weitere Informationen zu den Abstimmungen siehe Anhang 2.

Unter Anwendung der Auswahlkriterien wurden 19 Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsvorlagen sowie 17 asyl- und ausländerpolitische Sachvorlagen gewählt. In einem nächsten Schritt musste die inhaltliche Bedeutung des Ja- bzw. Nein-Votums bei jeder Abstimmung interpretiert werden. Dies, da z.B. bei wirtschaftspolitischen Themen ein Ja-Votum in Abstimmung A der Befürwortung eines ausgeprägten Umverteilungsstaats entsprechen kann, während es in Abstimmung B das Gegenteil meint. Beim Themenbereich Wirtschaft und Soziales wurde darum eruiert, welches Abstimmungsverhalten als Befürwortung eines starken Sozialstaats interpretiert werden kann. Gleichermassen wurde im migrationspolitischen Bereich danach gefragt, welches Abstimmungsvotum der Befürwortung einer restriktiven Ausländerpolitik entspricht. Tabelle 3 zeigt einen Überblick über alle ausgewählten Abstimmungen und den inhaltlichen Bedeutungen der Ja- bzw. Nein-Voten. Die aufgeführten Nummern gelten in den folgenden Analysen stellvertretend für die jeweiligen Abstimmungen.

3.4 Operationalisierung der Cleavages

Da Cleavages gemäss Definition einen sozialen Graben zwischen zwei gesellschaftlichen Gruppen repräsentieren, wird bei deren Operationalisierung auf dichotome Variablen zurückgegriffen. Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Messbarmachungen.

Tabelle 4: Operationalisierung der Cleavages

Cleavage	Operationalisierung
Konfessionscleavage	Dummy-Variable <i>katholisch</i>
Sprachencleavage	Dummy-Variablen <i>Westschweizer/in</i> bzw. <i>Tessiner/in</i> ²⁰
Stadt-Land-Cleavage	Dummy-Variable <i>ländliche Wohnregion</i>
Klassencleavage	Dummy-Variable <i>Höchstabschluss oblig. Schule oder Berufslehre</i>
Öffnungs-Abgr.-Cleavage	

²⁰ Die Theorie zum Sprachencleavage bezieht sich kaum auf die italienische Schweiz. Darum wird die Variable „Tessiner/in“ lediglich als Kontrollvariable einbezogen, ohne vertieft auf die empirischen Befunde einzugehen. Für eine fundierte Analyse des Abstimmungsverhaltens des Tessins wären ausserdem höhere Fallzahlen wünschenswert.

Die empirische Umsetzung des Konfessions-, Sprachen- und Stadt-Land-Cleavages bildet kein Problem. Als umständlicher erweist sie sich beim Klassen- und beim Öffnungs-Abgrenzungs-Cleavage. Die Datenlage ermöglicht weder eine Differenzierung nach Berufsverhältnis und Tätigkeit (Klassencleavage), noch nach Berufssektor (Öffnungs-Abgrenzungs-Cleavage). Aus diesem Grund wird ein pragmatischer Ansatz gewählt und bei beiden Cleavages zwischen unqualifizierten und qualifizierten Stimmbürger/innen unterschieden. Zur unqualifizierten Bevölkerungsgruppe zählen Personen mit einer obligatorischen Schule oder einer Berufslehre als Höchstabschluss. Qualifizierte Personen weisen einen höheren Abschluss auf. Für den Klassencleavage erscheint diese Operationalisierung als probat, da im Zuge der Tertiärisierung die traditionelle, lohnabhängige Arbeiterklasse am ehesten anhand einer niedrigen Berufsqualifikation ermittelt werden kann.²¹ Auch für den Gegensatz zwischen „winners“ und „losers“ der Globalisierung lässt sich argumentieren, dass die Bildungsabstinenz ein idealer „Proxy“ für Globalisierungsverlierer ist. Neben Inglehart (1977), der Materialisten primär aufgrund eines tieferen Bildungsniveaus von Postmaterialisten unterscheidet, verweisen auch Kriesi et al. (2008: 7) im Kontext ihrer Cleavage-Theorie auf die Wichtigkeit der Bildung bei der Wahrnehmung der Globalisierung:

„Education has a “liberalizing” effect, i.e. it induces a general shift in political value orientations towards cultural liberalism [...]. Moreover, higher education has also become an indispensable asset for one’s professional success.”

Eine niedrigere Berufsqualifikation wird demnach als besonders grosse Hypothek im Zeitalter der Globalisierung gesehen und scheint das gewichtigste Attribut der „losers“ zu sein. Folglich wird in dieser Arbeit argumentiert, dass es sich beim Öffnungs-Abgrenzungs-Cleavage um die gleiche strukturelle Basis wie beim Klassencleavage handelt. Die beiden Konfliktlinien dürften sich jedoch hinsichtlich des normativen und des organisatorischen Elements voneinander unterscheiden.

²¹ Dies bestätigt sich auch, wenn man sich auf jene VOX-Datensätze bezieht, bei denen nach der Berufstätigkeit gefragt wurde. Sowohl bei den niedrigen Angestellten, wie auch bei den Fabrikarbeitern machte der Anteil der unqualifizierten Personen mehr als 80% aus.

4. Empirischer Teil

Im folgenden Abschnitt werden die zuvor aufgeführten Hypothesen anhand quantitativer Verfahren getestet. Zuerst wird auf die Polarisierungsentwicklungen auf der elitären Ebene eingegangen (Abschnitt 4.1), bevor die Veränderungen der gesellschaftsinternen Konflikte aufgegriffen werden (Abschnitt 4.2). Im dritten Teil wird die Interaktion zwischen der elitären und der gesellschaftlichen Ebene thematisiert (Abschnitt 4.3). Abschnitt 4.4 fasst die Ergebnisse abschliessend zusammen.

4.1 Ebene der Eliten

Um das theoretische Konstrukt der Konkordanz im Kontext eidgenössischer Volksabstimmungen zu operationalisieren, bedient sich diese Arbeit der jeweiligen Parteiparolen der Bundesratsparteien FDP, CVP, SVP und SP. Alternativ wird der Konsens auf der elitären Ebene auch anhand der Geschlossenheit im Nationalrat gemessen.²² Die Daten zu den Parolen der Bundesratsparteien und der Geschlossenheit des Nationalrats entstammen jeweils der Online-Datenbank [swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).²³

4.1.1 *Wirtschaft und Soziales*

Ein Blick auf Tabelle 5 verdeutlicht, dass bei Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsvorlagen ein Konsens der Bundesratsparteien eher die Ausnahme statt die Regel ist. Nur in drei von insgesamt 19 Vorlagen waren sich alle vier Parteien hinsichtlich ihrer Abstimmungsparole einig. In allen restlichen 16 Vorlagen ergab sich ein konstantes Bild: die SP scherte aus dem Parteienkonsens aus und ging in die Opposition gegen die bürgerlichen Parteien.²⁴ Diese Zweiteilung in ein linkes und ein bürgerliches Lager blieb bei Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsthemen über die Jahrtausendwende hinweg bedeutend. Die SP scheint ihrer Tradition als Vertreterin eines starken

²² Die nationalrätliche Geschlossenheit wird errechnet, indem die Stimmenzahl der Mehrheit durch die Anzahl aller abgegebenen Stimmen dividiert wird.

²³ *Année Politique Suisse* / www.swissvotes.ch (2012): Datensatz der eidgenössischen Volksabstimmungen ab 1848. Bern: Institut für Politikwissenschaft, Version vom 20.1.2012, URL: <http://www.swissvotes.ch>.

²⁴ Einzig bei der Vorlage Nr. 7 (BG Arbeit, Industrie und Gewerbe, 1996) gesellte sich zur SP auch die CVP in die Oppositionsrolle. Mit der FDP und der SVP gab es mit den damaligen Kräfteverhältnissen jedoch immer noch eine bürgerliche Mehrheit. Ausserdem gaben nicht weniger als 12 CVP-Kantonalsektionen eine divergierende Parole heraus (Bolliger 2010a).

Sozialstaats weiterhin treu zu bleiben. Diese Erkenntnis bestätigt sich auch bei der Betrachtung der Nationalratsabstimmungen zu den einzelnen Vorlagen. Bis in die heutige Zeit umfasst die nationalrätliche Geschlossenheit meist weniger als 70%. Korreliert man diese Geschlossenheit mit den jeweiligen Jahreszahlen der Abstimmungen ergibt sich eine Korrelation von $r=-0.22$. Der Zusammenhang ist zwar schwach. Aufgrund des negativen Vorzeichens kann von einer funktionierenden Konkordanz im Nationalrat aber zweifellos nicht ausgegangen werden. Die elitäre Ebene im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich war und ist weiterhin durch die Polarisierung zwischen links und rechts gekennzeichnet.

Tabelle 5: Entwicklung des Parteienkonsenses bei Volksabstimmungen im Bereich Wirtschaft und Soziales

Nr.	Jahr	SP in Opposition	Konsens im NR (%)	Nr.	Jahr	SP in Opposition	Konsens im NR (%)
1	1985	X	66	11	2000	X	62
2	1988	X	76	12	2000	X	62
3	1988	X	68	13	2002	X	70
4	1993	X	92	14	2002	X	66
5	1995		84	15	2004	X	60
6	1995	X	71	16	2004		75
7	1996	X	53	17	2005	X	63
8	1997	X	62	18	2006	X	67
9	1998	X	62	19	2008	X	68
10	1998		92				

4.1.2 Migration

Blickt man in gleicher Weise auf den Themenbereich der Migrationspolitik, zeigt sich ein differenzierteres Bild. Aus Tabelle 6 geht hervor, dass die oppositionellen Lagerbildungen nicht gleich blieben. War es in den 80er und 90er Jahren ausschliesslich die SP, welche mit ihrer liberalen Migrationspolitik abweichende Positionen einnahm, übernahm diese Rolle zuletzt vermehrt die auf eine restriktivere Politik ausgerichtete SVP. Seit 2000 scherte sie mitunter durch eigene Volksinitiativen sechsmal aus dem Parteienkonsens aus. Auch wenn aufgrund der SP schon früher bei ausländerpolitischen Vorlagen eine gescheiterte Konkordanz beobachtbar war, lässt sich damit dennoch aus mehreren Gründen eine Zunahme der Polarisierung auf elitärer Ebene feststellen: Erstens ergab sich mit der plötzlichen Oppositionsstrategie der SVP ein neues, bisher unbekanntes Bild der parteilichen Gegenüberstellung. An die Stelle

eines harmonischen Bürgerblocks, der geeint gegen die Linke kämpft, trat neu eine Mitte-Links-Koalition mit der SVP als Gegenpol. Zweitens stellt es in der Geschichte der Schweizer Politik ein Novum dar, dass mit der SVP eine etablierte bürgerliche Partei primär das Instrument der Volksinitiative verwendet, um seine Forderungen durchzubringen. Dies im Gegensatz zu früher, als Initiativen in der Ausländerpolitik vorwiegend von Rechtsausenparteien ausgingen (vgl. Romano 1998: 156). Drittens lässt sich die zunehmende Polarisierung anhand des Nationalrats empirisch beobachten. Eine Ratsgeschlossenheit von mehr als 90% hat sich in den letzten Jahren nie mehr eingestellt. Betrachtet man letztlich die Parolen der Bundesratsparteien, ist das Fazit noch eindeutiger: Einheitliche Parolen beobachtet man nur in den 80er und 90er Jahren. Seit 1994 wich immer mindestens eine Partei davon ab.

Tabelle 6: Entwicklung des Parteienkonsenses bei Volksabstimmungen im Bereich Migration

Nr.	Jahr	SP in Opposit.	SVP in Opposit.	Konsens im NR (%)	Nr.	Jahr	SP in Opposit.	SVP in Opposit.	Konsens im NR (%)
21	1987	X		69	30	2000		X	91
22	1987	X		71	31	2002		X	76
23	1989			98	32	2004		X	77
24	1994			88	33	2004		X	79
25	1994			90	34	2006	X		62
26	1994	X		69	35	2006	X		61
27	1996		X	79	36	2008		X	65
28	1999	X		66	37	2009		X	72
29	1999	X		66					

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl bei Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungs- wie auch bei Migrationsvorlagen im Zeitraum von 1985 bis 2009 selten eine funktionierende Konkordanz erkennbar war. Die empirischen Befunde im ersteren Politikbereich dürfen jedoch nicht überinterpretiert werden. Die Opposition zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager stellt eine Konstante in der Schweizer Parteiengeschichte dar, die sich insbesondere bei sozialstaatlichen Fragen zeigt. Stärker ins Auge fallen jedoch die Veränderungen im Bereich der Migrationspolitik. Die Oppositionsrolle der SVP ist ein neues Phänomen und kann als Indikator für eine zunehmende kulturelle Polarisierung auf der elitären Ebene interpretiert werden.

4.2 Ebene der Stimmbürger/innen

Um die Stärke sowie die Entwicklung der Cleavages zu analysieren, wird im Folgenden auf die Individualdaten der VOX-Umfragen zurückgegriffen. Das Kapitel unterscheidet wiederum zwischen den Bereichen Wirtschaft/Soziales und Migration.

4.2.1 Wirtschaft und Soziales

Tabelle 7 verschafft einen Überblick der Cleavage-Intensitäten bei den Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsvorlagen im Gesamtzeitraum von 1985-2008. Geschätzt wurde jeweils der Einfluss der vier Cleavage-Variablen auf die Wahrscheinlichkeit einem starken Sozialstaat zuzustimmen.²⁵ Auf individueller Ebene wurde für das Alter und das Geschlecht kontrolliert. Gleichzeitig stellt das Modell auch die Abhängigkeit der Fälle innerhalb einer Abstimmung in Rechnung.

Tabelle 7: Einfluss der Cleavage-Variablen auf die Zustimmung für einen starken Sozialstaat (1985-2008)

y = Zustimmung für einen starken Sozialstaat	Koef.	Koef.	Koef.	Koef.	dy/dx
Konstante	-.356* (.16)	-1.593*** (.329)	.031 (.183)	-1.24*** (.347)	
<i>Individuelle Faktoren</i>					
katholisch			-.063 (.048)	-.063 (.048)	-.015 (.012)
Westschweizer/in			.605*** (.055)	.605*** (.055)	.149*** (.014)
Tessiner/in			.727*** (.114)	.726*** (.114)	.179*** (.028)
ländliche Wohnregion			-.103* (.049)	-.102* (.049)	-.025* (.012)
oblig. Schule oder Berufslehre			.153** (.048)	.153** (.048)	.037** (.012)
männlich			-.12* (.046)	-.119* (.046)	-.029* (.011)
Alter			-.01*** (.001)	-.01*** (.001)	-.003*** (.0003)
<i>Kontextuelle Faktoren</i>					
Konsens im Nationalrat (%)		.033*** (.007)		.034*** (.008)	.008*** (.002)
SP in Opposition		-.73* (.365)		-.719+ (.375)	-.177+ (.092)
<i>Kontextuelle Varianz</i>					
	.653*** (.115)	.426*** (.076)	.667*** (.117)	.437*** (.078)	
-2x log likelihood	11417.518	11403.31	11198.9732	11184.936	
N / n: 8966 / 17					

*=p<.05, **=p<.01, ***=p<.001, +=p<.1

Anmerkungen: Standardfehler in Klammern; dy/dx gibt den marginalen Effekt von x+1 auf P(y=1) wieder.

Vorlagen 2 und 3 wurden nicht einbezogen, da die Variable „ländliche Wohnregion“ fehlte.

²⁵ Für eine Übersicht, welches Abstimmungsverhalten jeweils einem starken Sozialstaat entspricht, vgl. Tabelle 3.

Über den gesamten Zeitraum der Analyse haben alle Cleavage-Variablen mit Ausnahme der Konfession einen signifikanten Einfluss auf das Abstimmungsverhalten bei Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsvorlagen. Aufgrund der hohen Fallzahl sind die Standardfehler jedoch dermassen klein, dass sich statistische Signifikanzen schneller einstellen. Ein Blick auf die marginalen Effekte bringt hier mehr Aufschluss. Die Einflüsse einer ländlichen Wohnregion und einer geringeren Berufsqualifizierung fallen bei dieser Betrachtung schwächer aus. Eine beruflich schlechter qualifizierte Person stimmt einem starken Sozialstaat – ceteris paribus – nur mit einer um knapp 4% höheren Wahrscheinlichkeit zu. In die entgegengesetzte Richtung fällt der Effekt bei einer auf dem Land wohnhaften Person aus. Bedeutsamer erscheint jedoch der Sprachencleavage. Die lateinische Schweiz ist einem starken Sozialstaat gegenüber um einiges wohlwollender eingestellt als die Deutschschweiz. Die Westschweiz stimmt fast 15%, das Tessin fast 18% eher der sozialstaatlichen Option zu.

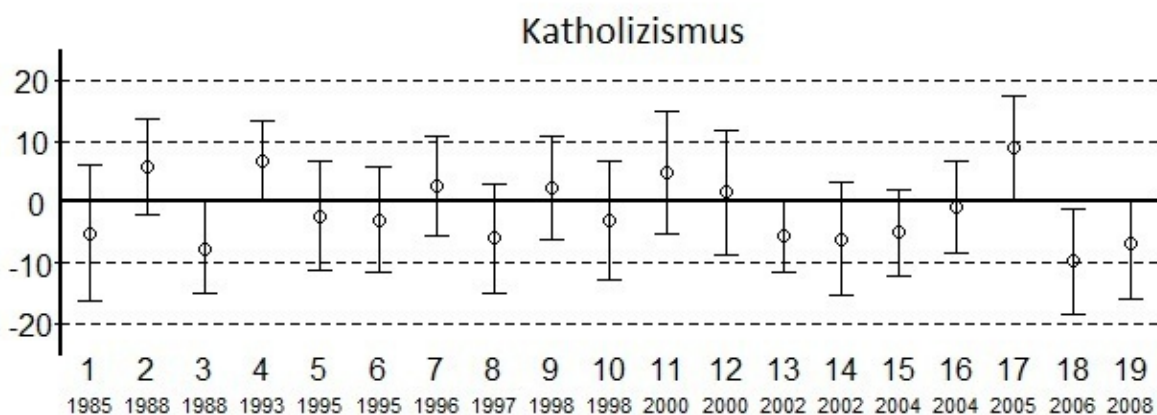
Inwiefern die einzelnen gesellschaftlichen Konflikte sich über den Zeitraum hinweg verändert haben, kann anhand einzelner Analysen innerhalb der Abstimmungen besser ermittelt werden. Grafik 3 zeigt die Entwicklung der marginalen Effekte der Cleavage-Dummy-Variablen mit den entsprechenden 95%-Konfidenzintervallen.

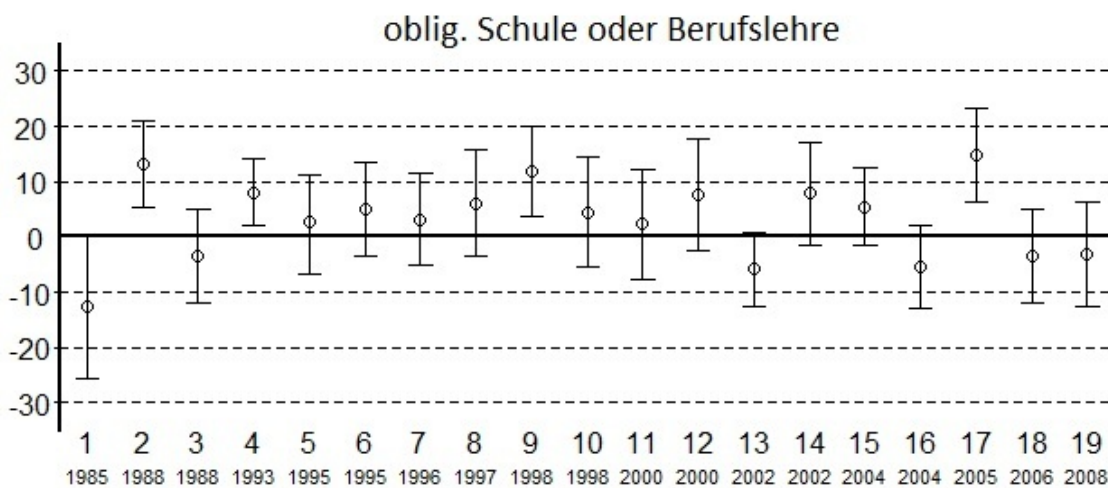
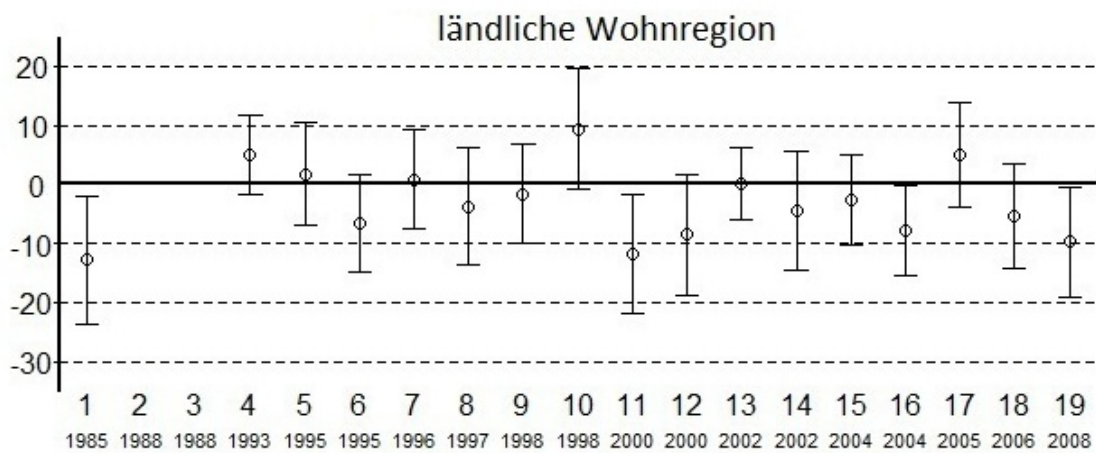
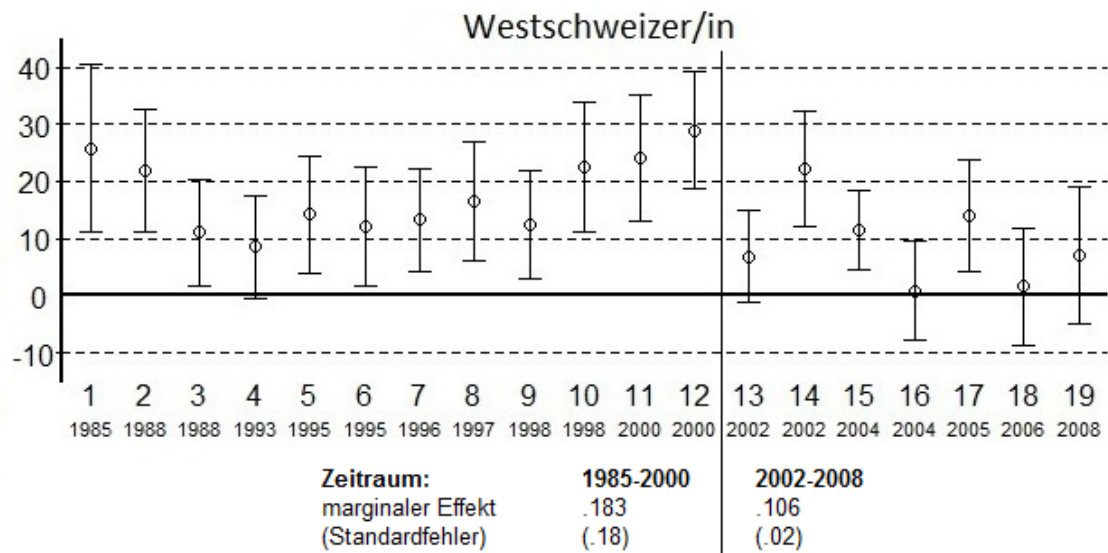
Grafik 3: marginaler Effekt der Cleavage-Variablen auf die Wahrscheinlichkeit einem starken Sozialstaat zuzustimmen

Lesebeispiel: Bei Abstimmung 1 stimmt eine katholische Person 5% weniger wahrscheinlich jenem Abstimmungsvotum zu, welches einem starken Sozialstaat entspricht. Der wahre Wert in der Grundgesamtheit liegt mit einer Sicherheit von 95% im Bereich von -16% bis +6%.

Anmerkungen:

- N variiert von 341 bis 686
- Kontrolliert wurde jeweils für das Tessin, das Geschlecht und das Alter.
- Für eine Übersicht über alle Regressionsmodelle siehe Anhang 3.





Beim Konfessionscleavage bestätigen sich die Erwartungen. Lediglich bei einer Abstimmung (Nr. 18, I: Nationalbankgewinne für AHV) unterschieden sich die Katholiken in ihrem Stimmverhalten markant vom Rest der Schweiz. Von einer Persistenz des Konfessionscleavages zu sprechen, ist demnach verfehlt. Interessanter erscheint der Blick auf die anderen Grafiken. Der zuvor identifizierte Graben zwischen

Stadt und Land muss relativiert werden. Orientiert man sich am 95%-Signifikanzniveau, kann nur bei vier Abstimmungen ein signifikanter Einfluss der Wohnregion auf das Abstimmungsverhalten festgemacht werden. Sowohl bei der Vorlage zur Verlängerung der bezahlten Ferien (Nr. 1) wie auch bei den anderen drei AHV-Vorlagen (Nr. 11,16 und 19) votierte das Land gegen eine Ausweitung des Sozialstaats. Bei allen anderen Abstimmungen sind keine statistisch abgesicherten Aussagen möglich, weswegen resümiert werden kann, dass der Stadt-Land-Konflikt bei wirtschafts- und sozialpolitischen Themen nur sehr sporadisch und eher moderat auftritt. Auch eine Entwicklungstendenz ist nicht erkennbar. Ein ähnliches Bild in die entgegengesetzte Richtung ergibt sich bei der Betrachtung der weniger qualifizierten Wählerschaft. Sie votiert in der Tendenz zwar eher für einen stärkeren Sozialstaat. Ein statistisch abgesicherter Effekt ist jedoch auch hier nur bei vier Vorlagen erkennbar ($p < .05$). Stimmbürger/innen mit einer obligatorischen Schulbildung oder einer Berufslehre widersetzten sich zweimal einer Erhöhung des Rentenalters (Nr. 2 und 9) sowie je einmal einer Kürzung der Arbeitslosengelder (Nr. 4) und einer Erweiterung der Ladenöffnungszeiten (Nr. 17). Letztere Vorlage stellt zwar ein jüngeres Beispiel dar, was darauf hindeutet, dass bei Wirtschaftsthemen Abstimmungsunterschiede zur qualifizierteren Gesellschaftsschicht noch heute möglich sind. Die Seltenheit des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital lässt jedoch den Schluss zu, dass der Cleavage in der Wirtschafts- und Sozialpolitik kaum noch eine grosse Bedeutung hat.

Umso stärker fällt jedoch der Sprachencleavage aus. Bis zur Jahrtausendwende stellt sich nur einmal kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Sprachregion und dem Abstimmungsverhalten ein. Eine Westschweizerin stimmte bisweilen – c.p. - bis zu 30% eher der sozialstaatlichen Option zu (Vorlage 12). Der „Röstigraben“ scheint somit nicht nur häufiger, sondern auch stärker als die anderen Cleavages aufzutreten. Seit der Jahrtausendwende muss diese Erkenntnis jedoch relativiert werden. Von seither sieben Abstimmungen kann nur noch bei drei Vorlagen mit einer Sicherheit von mehr als 95% von einem Effekt der Sprachregion gesprochen werden. Nimmt man alle Abstimmungen im Zeitraum von 2002 bis 2008 zusammen, stimmt eine französischsprachige Person nur noch 10.5% wahrscheinlicher einem starken Sozialstaat zu. Der marginale Effekt der Sprachregion hat sich demnach im Vergleich zum Zeitraum von 1985 bis 2000, als dieser Wert bei 18.3% lag, fast halbiert. Damit bewegte sich mit dem Sprachencleavage auch der letzte gesellschaftliche Konflikt bei wirtschaftlichen Themen auf ein moderates Niveau zu.

4.2.2 Migration

Tabelle 8 zeigt die Schätzungen des binär logistischen Mehrebenenmodells unter Einbezug aller Migrationsvorlagen im Zeitraum von 1987 bis 2009. Verglichen mit dem Bereich Wirtschaft und Soziales scheint die Asyl- und Ausländerpolitik noch mehr Konfliktpotenzial zu bergen. Mit Ausnahme der Konfession lässt sich bei allen Cleavages ein auf dem 99.9%-Niveau signifikanter Einfluss beobachten. Besonders die bildungsfernere Gesellschaftsschicht steht für eine Verschärfung der Ausländerpolitik ein. Eine Person mit obligatorischer Schulbildung oder Berufslehre stimmt um 21% wahrscheinlicher der restriktiveren Abstimmungsoption zu, als eine identische Person mit höherer Qualifikation. Ebenfalls stark fällt der Effekt beim Sprachencleavage aus. Ein Westschweizer votiert unter Kontrolle aller anderen Variablen mit einer um 13% höheren Wahrscheinlichkeit für eine liberale Migrationspolitik.

Tabelle 8: Einfluss der Cleavage-Variablen auf die Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik (1987-2009)

y = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	Koef.	Koef.	Koef.	Koef.	dy/dx
Konstante	.004 (.171)	-.394 (.24)	-1.245*** (.191)	-1.24*** (.347)	
<i>Individuelle Faktoren</i>					
katholisch			.088+ (.048)	.088+ (.048)	.022+ (.012)
Westschweizer/in			-.537*** (.056)	-.538*** (.056)	-.133*** (.014)
Tessiner/in			.112 (.113)	.11 (.113)	.027 (.028)
ländliche Wohnregion			.254*** (.049)	.254*** (.049)	.063*** (.012)
oblig. Schule oder Berufslehre			.843*** (.049)	.844*** (.049)	.208*** (.012)
männlich			.379*** (.047)	.38*** (.047)	.095*** (.012)
Alter			.011*** (.001)	.011*** (.001)	.003*** (.0003)
<i>Kontextuelle Faktoren</i>					
Konsens im Nationalrat (%)			-.006 (.006)	-.001 (.006)	-.0004 (.002)
SP in Opposition			1.44*** (.35)	1.34*** (.357)	.322*** (.08)
SVP in Opposition			.129 (.294)	.091 (.3)	.023 (.075)
<i>Kontextuelle Varianz</i>	.679*** (.122)	.291*** (.057)	.686*** (.124)	.297*** (.058)	
-2x log likelihood	11693.728	11677.907	11088.868	11063.361	
N / n: 9051 / 16					

***=p<.001, +=p<.1

Anmerkungen: Standardfehler in Klammern; dy/dx gibt den marginalen Effekt von x+1 auf P(y=1) wieder. Vorlage 23 wurde nicht einbezogen, da die Variable „ländliche Wohnregion“ fehlte.

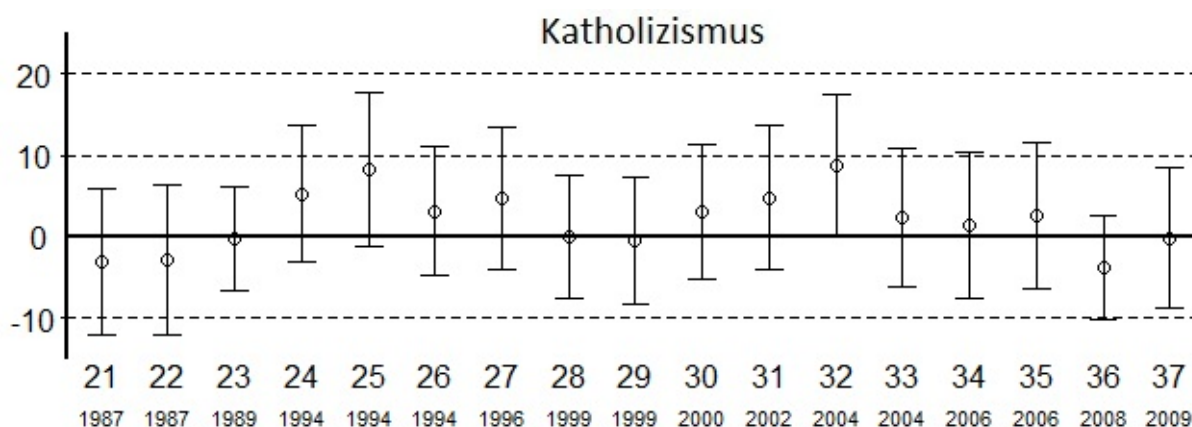
Ein Blick auf Grafik 4 ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der Cleavage-Entwicklungen. Analog zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Abstimmungen hat auch in der Migrationspolitik die Konfession praktisch nie eine Erklärungskraft. Beim Stadt-Land-Cleavage scheint die Landbevölkerung in der Tendenz zwar eher eine Verschärfung der Ausländerpolitik zu befürworten als die urbane Wählerschaft. Dieser Zusammenhang kann aber nur bei vier Abstimmungen mit einer Sicherheit von mehr als 95% bestätigt werden. Drei dieser vier Befunde fallen jedoch in den Zeitraum seit 2004. Vergleicht man den marginalen Stadt-Land-Effekt der Zeiträume 1987-2004 und 2004-2009, fällt auf, dass der Graben zwischen Stadt und Land zuletzt tatsächlich tiefer geworden ist. Zwar stimmte eine ländliche Person auch im Zeitraum nach 2004 nur mit einer um 9% höheren Wahrscheinlichkeit einer restriktiven Migrationspolitik zu. Vor 2004 war dieser Effekt mit 4% jedoch nicht einmal halb so gross. Dies kann als erstes Anzeichen für eine kleine Zunahme der Stadt-Land-Polarisierung im migrationspolitischen Bereich interpretiert werden.

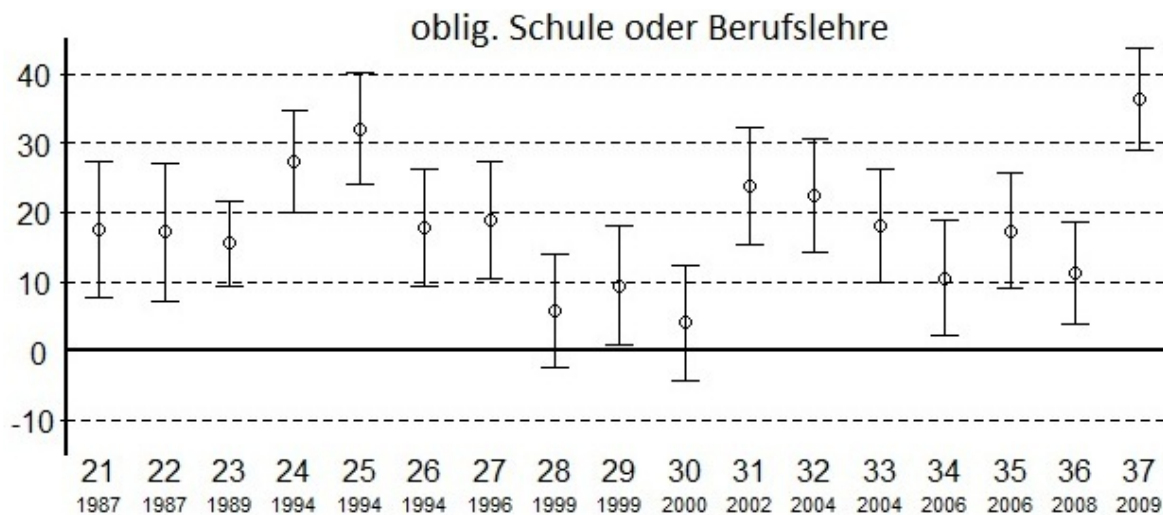
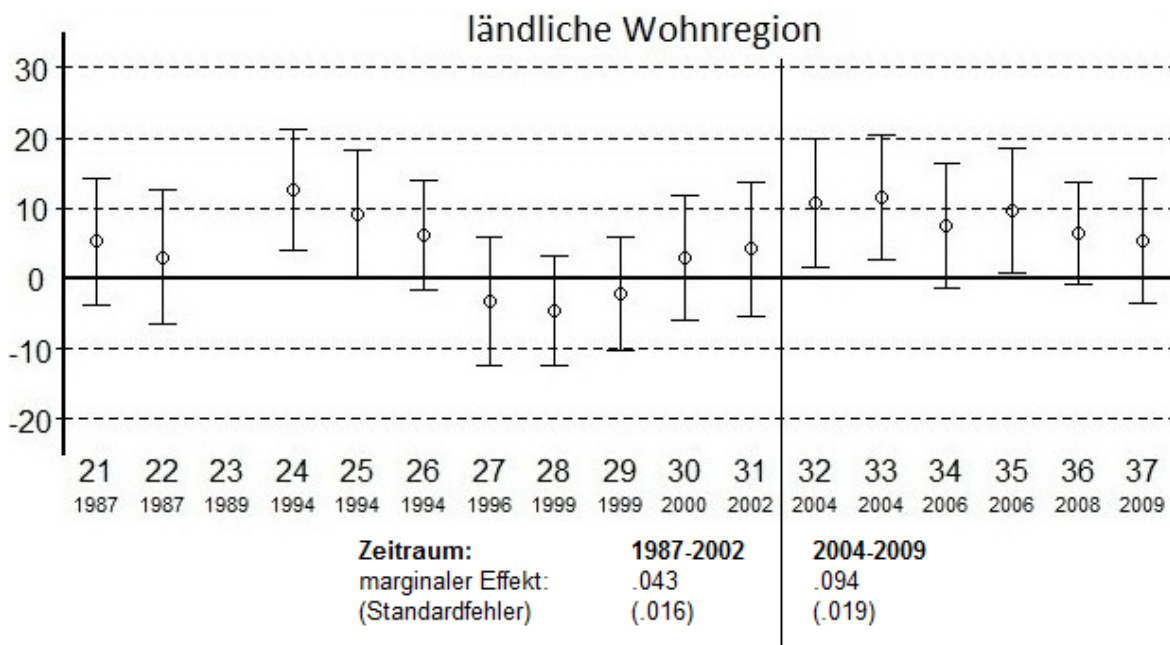
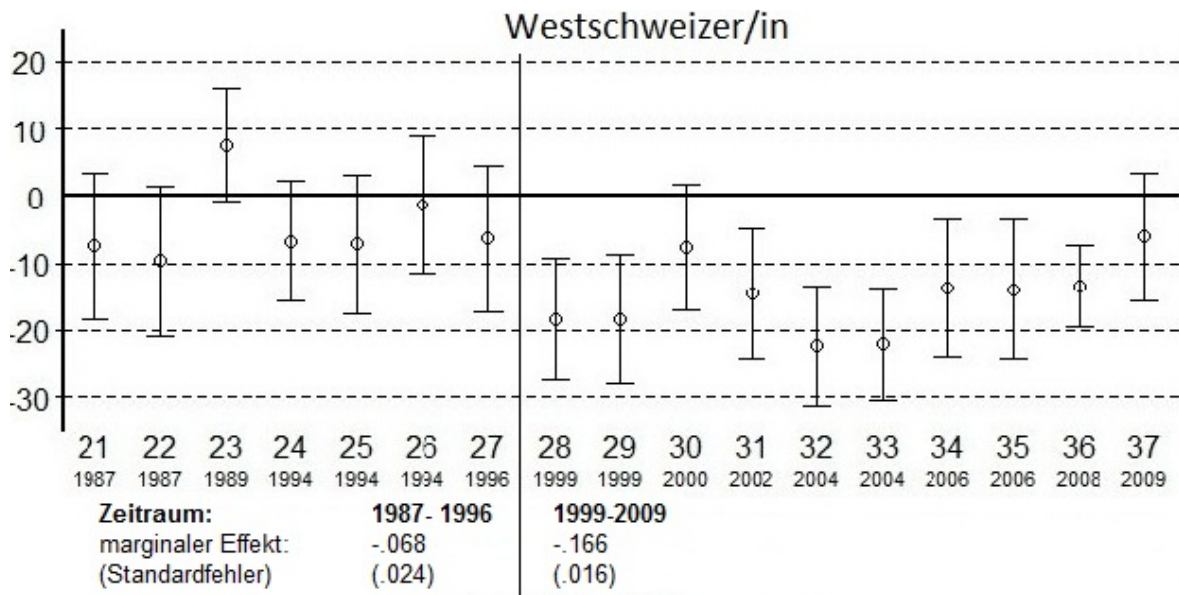
Grafik 4: marginaler Effekt der Cleavage-Variablen auf die Wahrscheinlichkeit einer restriktiven Migrationspolitik zuzustimmen

Lesebeispiel: Bei Abstimmung 21 stimmt eine katholische Person 3% weniger wahrscheinlich jenem Abstimmungsvotum zu, welches einer restriktiven Migrationspolitik entspricht. Der wahre Wert in der Grundgesamtheit liegt mit einer Sicherheit von 95% im Bereich von -12% bis +6%.

Anmerkungen:

- N variiert von 492 bis 680
- Kontrolliert wurde jeweils für das Tessin, das Geschlecht und das Alter.
- Für eine Übersicht über alle Regressionsmodelle siehe Anhang 3.





Eine ungleich stärkere Verschärfung lässt sich beim Sprachenkonflikt erkennen. Bis in die Mitte der 90er Jahre sind keine statistisch signifikanten Abstimmungsunterschiede zwischen der West- und der Deutschschweiz erkennbar. Seit 1999 brach der „Röstigraben“ jedoch auch in der Migrationspolitik vermehrt auf. Nur noch zweimal ergeben sich nicht signifikante Befunde. Vergleicht man alle Abstimmungen vor mit allen Abstimmungen nach 1999, lässt sich die Verschärfung des Konflikts noch stärker untermauern. Bei den Vorlagen vor 1999 stimmte eine Westschweizerin knapp 17% eher einer liberalen Einwanderungspolitik zu, als eine identische Frau aus der Deutschschweiz. Bei den Abstimmungen vor 1999 liegt dieser Wert nur bei knapp 7%. Besonders akut traten die Differenzen bei den Abstimmungen zum erleichterten Bürgerrechtserwerb der 2. und 3. Generation im Jahre 2004 auf. Die Wahrscheinlichkeit einer Lockerung des Bürgerrechtsgesetzes zuzustimmen, war bei einer Westschweizer Person – c. p. – über 20% höher als bei einem in der deutschsprachigen Schweiz wohnhaften Stimmbürger. Bei beiden obligatorischen Referenden wurde die zustimmende Westschweiz von der ablehnenden Deutschschweiz überstimmt (Rielle 2010).

Parallel zum Sprachencleavage zeigt sich bei ausländerpolitischen Vorlagen auch ein sozialer Graben zwischen qualifizierteren und weniger qualifizierten Gesellschaftsschichten. Im Gegensatz zum „Röstigraben“ existierte dieser Konflikt jedoch bereits in den 80er und 90er Jahren. Die Polarisierung fällt im Vergleich zum Sprachenkonflikt gar noch etwas stärker aus. Den Höhepunkt erreichte sie zuletzt mit der Abstimmung zum Minarettverbot im Jahre 2009. Bei zwei identischen Personen, die sich nur durch ihre Berufsqualifikation unterscheiden, stimmte die weniger qualifizierte Person um 36% wahrscheinlicher dem Verbot zu. Geht man in der Tradition des Arbeit-Kapital-Cleavages weiterhin von einer Arbeiterklasse aus, scheint sich diese eher durch ihre restriktive Haltung bei der Migrationspolitik als durch einen ausgeprägten Hang zum Sozialstaat abzugrenzen. Die Befunde weisen auf eine verstärkte Polarisierung zwischen Verlierern und Gewinnern der Globalisierung bei kulturell definierten Themen hin. Ein Graben, der jedoch nicht erst kürzlich, sondern schon seit mehreren Jahrzehnten aufgebrochen ist.

4.3 Konkordanz als Kontext

Nachdem die gesellschaftliche und die elitäre Ebene einzeln betrachtet wurden, geht der folgende Abschnitt auf die Interaktion zwischen den beiden Ebenen ein. Um herauszufinden, ob eine funktionierende Konkordanz gesellschaftliche Konflikte zu entschärfen vermag, bietet es sich wiederum an die Positionierung der Bundesratsparteien zu den einzelnen Vorlagen beizuziehen.

4.3.1 Wirtschaft und Soziales

Für den wirtschafts- und sozialpolitischen Themenbereich sind die Abstimmungsparolen der SP interessant. Das Zustandekommen eines elitären Konsenses hing stets von der sozialdemokratischen Positionierung ab. Inwiefern der Oppositionskurs der SP einen Einfluss auf die Cleavage-Intensitäten hat, zeigt Tabelle 9. Die Schätzungen der binär logistischen Regressionen beruhen einerseits auf den Sachvorlagen mit einer SP-Opposition, andererseits auf jenen ohne eine SP-Opposition.

Tabelle 9: Unterschied der Cleavage-Intensitäten zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsvorlagen mit und ohne SP-Opposition

y = Zustimmung für einen starken Sozialstaat	SP in Opposition		SP nicht in Opposition	
	Koef.	dy/dx	Koef.	dy/dx
Konstante	-2.339*** (.472)		-.079 (.276)	
<i>Individuelle Faktoren</i>				
katholisch	-.056 (.053)	-.014 (.013)	-.098 (.113)	-.022 (.025)
Westschweizer/in	.637*** (.062)	.158*** (.015)	.482*** (.124)	.112*** (.029)
Tessiner/in	.695*** (.128)	.172*** (.031)	.831** (.251)	.201** (.062)
ländliche Wohnregion	-.131* (.054)	-.032* (.013)	.041 (.114)	.009 (.026)
oblig. Schule oder Berufslehre	.178** (.053)	.044** (.013)	.019 (.112)	.004 (.025)
männlich	-.133** (.051)	-.033** (.013)	-.068 (.11)	-.015 (.025)
Alter	-.011*** (.002)	-.003*** (.0004)	-.007* (.003)	-.002* (.001)
<i>Kontextueller Faktor</i>				
Konsens im Nationalrat	.04*** (.007)	.01*** (.002)	-.011+ (.006)	-.002+ (.001)
-2x log likelihood	9186.177		1982.546	
N / n	7399 / 14		1567 / 3	

*=p<.05, **=p<.01, ***=p<.001, +=p<.1

Anmerkungen: Standardfehler in Klammern; dy/dx gibt den marginalen Effekt von x+1 auf P(y=1) wieder. Vorlagen 2 und 3 wurden nicht einbezogen, da die Variable „ländliche Wohnregion“ fehlte.

Zwischen den beiden Schätzungen lassen sich durchaus kleinere Unterschiede erkennen. Der Westschweiz-Effekt fällt bei Einstimmigkeit zwischen SP und Bürgerlichen etwas schwächer aus. Die Erklärungskraft der Berufsqualifikation fällt ganz weg. Auch der ohnehin schon schwache Einfluss der Wohnregion lässt sich in diesem Fall nicht mehr statistisch belegen. Trotz dieser Befunde gilt es festzuhalten, dass die Unterschiede nur sehr minimal ausfallen. Der marginale Effekt der Westschweiz auf die Wahrscheinlichkeit der sozialstaatlichen Option zuzustimmen fällt bei Vorlagen mit gescheiterter Parteienkonkordanz nur gerade 4.6 Prozentpunkte höher aus. Ähnlich verhält es sich bei den anderen Variablen. Statistisch abgesicherte Aussagen lassen sich damit keine machen. Dies fällt umso schwerer, da insgesamt nur bei drei Vorlagen ein Konsens zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten beobachtbar ist. Bei über 80% aller Vorlagen wählte die SP den Oppositionskurs. Dies macht einen aussagekräftigen Vergleich der beiden Schätzungen schwierig.

Vielsprechender erweist sich der Vergleich zweier ähnlicher Vorlagen, die sich nur hinsichtlich der Parteienkonkordanz fundamental unterscheiden. Ein solches *most-similar-cases-design* lässt sich anhand der beiden Sachabstimmungen zum Arbeits-, Industrie- und Gewerbegesetz in den Jahren 1996 und 1998 verwirklichen. 1996 verabschiedete die bürgerliche Parlamentsmehrheit eine Gesetzesrevision, welche weitreichende Liberalisierungen bei der Beschäftigungspolitik vorsah (Bolliger 2010a). Linke Parteien und Gewerkschaften ergriffen das Referendum, woraufhin sich die SP und die bürgerlichen Bundesratsparteien einen heftigen Abstimmungskampf lieferten.²⁶ Am 1.12.1996 stimmte der Souverän mit überwältigender Mehrheit gegen die Revision und brüskierte damit die rechte Ratsmehrheit. Zwei Jahre später nahm man einen neuen Anlauf. Da die Bürgerlichen in vielen Punkten den linken Forderungen entgegenkamen, stand diesmal auch die SP für die Revision ein (Bolliger 2010b). Das von links aussen ergriffene Referendum hatte keinen Erfolg und das Gesetz wurde von mehr als 60% der Stimmenden angenommen. Inwiefern der elitäre Konsens auch zu einer Veränderung der Cleavage-Intensitäten führte, zeigt Tabelle 10. Sie führt die Schätzungen für beide Arbeitsgesetzworlagen auf.

Der Vergleich dieser beiden Abstimmungen stellt die Wirkungskraft der Konkordanz in Frage. Bei keinem einzigen Cleavage lässt sich eine Abnahme der Abstimmungs-

²⁶ Die CVP gab jedoch als einzige bürgerliche Partei auf nationaler Ebene die Nein-Parole heraus. Allerdings wichen insgesamt 12 Kantonalparteien von dieser Linie ab (Bolliger 2010a).

unterschiede erkennen. Der „Röstigraben“ und das Stadt-Land-Gefälle haben bei intakter Parteienkonkordanz gar noch grössere Züge angenommen. Aus Sicht der Konkordanztheorie fällt das Fazit demnach ernüchternd aus. Selbst wenn Eliten einen Konflikt nicht öffentlich austragen, können gesellschaftliche Cleavages bei Abstimmungen tiefe Konturen annehmen. Dies trifft zumindest für den wirtschafts- und sozialpolitischen Themenbereich zu.

Tabelle 10: Unterschied der Cleavage-Intensitäten zwischen den Vorlagen zum Arbeitsgesetz I und Arbeitsgesetz II

y = Zustimmung für einen starken Sozialstaat	Arbeitsgesetz I, 1996 (kein Parteienkonsens)		Arbeitsgesetz II, 1998 (Parteienkonsens)	
	Koef.	dy/dx	Koef.	dy/dx
Konstante	.825* (.34)		-.216 (.415)	
katholisch	.123 (.198)	.026 (.041)	-.137 (.222)	-.031 (.05)
Westschweizer/in	.695* (.272)	.133** (.046)	.954*** (.242)	.226*** (.058)
Tessiner/in	.479 (.536)	.092 (.092)	.661 (.538)	.159 (.134)
ländliche Wohnregion	.037 (.203)	.008 (.043)	.412+ (.227)	.094+ (.052)
oblig. Schule oder Berufslehre	.147 (.198)	.031 (.042)	.201 (.227)	.045 (.051)
männlich	.048 (.194)	.01 (.041)	-.296 (.216)	-.067 (.049)
Alter	-.007 (.006)	-.001 (.001)	-.014* (.007)	-.003* (.001)
-2x log likelihood	647.69		520.738	
N	533		424	

*=p<.05, **=p<.01, ***=p<.001, +=p<.1

Anmerkungen: Standardfehler in Klammern; dy/dx gibt den marginalen Effekt von x+1 auf P(y=1) wieder.

4.3.2 Migration

Will man auch bei migrationspolitischen Vorlagen die Auswirkungen parteilicher Oppositionen auf gesellschaftliche Konflikte messen, muss man den Fokus nicht nur auf die SP, sondern auch auf die SVP legen. Die empirischen Ergebnisse in Abschnitt 4.1.2 zeigen, dass die heute grösste Schweizer Partei seit einigen Jahren einen konstanten Konfrontationskurs bei asyl- und ausländerpolitischen Sachvorlagen verfolgt. Aus diesem Grund werden sowohl der Einfluss der SP-, wie auch der Einfluss der SVP-Opposition auf die Intensitäten der Cleavages betrachtet. Während Tabelle 11 die Sachabstimmungen anhand des Kriteriums der SP-Opposition einteilt, unterscheidet Tabelle 12 nach dem Kriterium der SVP-Opposition.

Tabelle 11: Unterschied der Cleavage-Intensitäten zwischen migrationspolitischen Vorlagen mit und ohne SP-Opposition

y = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	SP in Opposition		SP nicht in Opposition	
	Koef.	dy/dx	Koef.	dy/dx
Konstante	-.066 (.408)		-1.995*** (.331)	
<i>Individuelle Faktoren</i>				
katholisch	.041 (.074)	.009 (.016)	.132* (.063)	.031* (.015)
Westschweizer/in	-.524*** (.084)	-.12*** (.02)	-.545*** (.076)	-.119*** (.016)
Tessiner/in	.044 (.177)	.01 (.038)	.145 (.146)	.034 (.035)
ländliche Wohnregion	.156* (.076)	.034* (.017)	.328*** (.064)	.077*** (.015)
oblig. Schule oder Berufslehre	.629*** (.075)	.141*** (.017)	1.01*** (.065)	.226*** (.016)
männlich	.37*** (.072)	.081*** (.016)	.402*** (.062)	.092*** (.015)
Alter	.012*** (.002)	.003*** (.0005)	.011*** (.002)	.003*** (.0004)
<i>Kontextueller Faktor</i>				
Konsens im Nationalrat (%)	-.006 (.007)	-.001 (.002)	.002 (.008)	.0004 (.002)
-2x log likelihood	4655.948		6382.042	
N / n	3818 / 7		5233 / 9	

*=p<.05, ***=p<.001

Anmerkungen: Standardfehler in Klammern; dy/dx gibt den marginalen Effekt von x+1 auf P(y=1) wieder. Vorlage 23 wurde nicht einbezogen, da die Variable „ländliche Wohnregion“ fehlte.

Der Oppositionskurs der SP hat kaum einen Einfluss auf die Intensität gesellschafts-interner Konflikte. Das Stadt-Land-Gefälle und der Konflikt zwischen den unterschiedlichen Bildungsniveaus fallen eher noch schwächer aus. Vergleicht man die auf die SVP bezogenen Schätzungen lässt sich erkennen, dass der „Röstigraben“ bei unterschiedlichen Parolen von Mitte-Links und SVP etwas grösser ausfällt. Auch wenn der Effekt nur knapp drei Prozent stärker wird, scheint das zunehmende Ausscheren der SVP durchaus ein Erklärungsansatz für die Verschärfung des Sprachencleavages zu sein. Interessant ist auch die Zunahme des Konflikts zwischen unqualifizierten und qualifizierten Wählern bei fehlendem bürgerlichem Konsens. Auch hier nimmt die Effektstärke jedoch nur minimal zu, weswegen der Konflikt zwischen „winners“ und „losers“ kaum als Ergebnis der zunehmend oppositionellen SVP gesehen werden kann. Dies deckt sich auch mit den Befunden in Abschnitt 4.2.2,

welche schon vor der Radikalisierung der SVP einen Konflikt zwischen gebildeten und weniger gebildeten Stimmbürgern feststellen.

Tabelle 12: Unterschied der Cleavage-Intensitäten zwischen migrationspolitischen Vorlagen mit und ohne SVP-Opposition

y = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	SVP in Opposition		SVP nicht in Opposition	
	Koef.	dy/dx	Koef.	dy/dx
Konstante	-1.663** (.515)		-2.022*** (.334)	
<i>Individuelle Faktoren</i>				
katholisch	.089 (.071)	.02 (.016)	.092 (.065)	.022 (.015)
Westschweizer/in	-.642*** (.086)	-.139*** (.019)	-.46*** (.074)	-.112*** (.018)
Tessiner/in	.216 (.164)	.051 (.039)	.025 (.154)	.006 (.036)
ländliche Wohnregion	.257*** (.074)	.06** (.017)	.242*** (.067)	.057*** (.016)
oblig. Schule oder Berufslehre	.906*** (.073)	.205*** (.018)	.79*** (.066)	.188*** (.016)
männlich	.29*** (.071)	.066*** (.016)	.453*** (.063)	.107*** (.015)
Alter	.009*** (.002)	.002*** (.0005)	.013*** (.002)	.003*** (.0005)
<i>Kontextueller Faktor</i>				
Konsens im Nationalrat (%)	.0005 (.011)	.0001 (.003)	.023*** (.006)	.005*** (.001)
-2x log likelihood	4971.238		6087.5134	
N / n	4058 / 7		4993 / 9	

=p<.01, *=p<.001

Anmerkungen: Standardfehler in Klammern; dy/dx gibt den marginalen Effekt von x+1 auf P(y=1) wieder.

Vorlage 23 wurde nicht einbezogen, da die Variable „ländliche Wohnregion“ fehlte.

Insgesamt vermag auch die Migrationspolitik das schlechte Fazit der Konkordanztheorie nicht zu revidieren. Weder die SP noch die SVP haben mit ihren Oppositionskursen zu einer markant stärkeren Polarisierung in der Gesellschaft beigetragen. Dies bestätigt sich auch beim Blick auf Tabelle 13. Sie zeigt die separaten Schätzungen für jene zwei Migrationsabstimmungen, bei denen alle Bundesratsparteien die gleiche Parole herausgeben. Einzig der Sprachenkonflikt fällt bei intakter Parteienkonkordanz etwas moderater aus. Bei den anderen Cleavages lassen sich hingegen keine Unterschiede feststellen. Ein Elitenkonsens scheint somit nicht nur bei wirtschafts-, sondern auch bei migrationspolitischen Vorlagen kaum einen Einfluss auf gesellschaftliche Konflikte zu haben.

Tabelle 13: Unterschied der Cleavage-Intensitäten zwischen migrationspolitischen Vorlagen mit und ohne Elitenkonsens

y = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	Kein Elitenkonsens		Elitenkonsens	
	Koef.	dy/dx	Koef.	dy/dx
Konstante	-1.931** (.618)		-2.193*** (.434)	
<i>Individuelle Faktoren</i>				
katholisch	.06 (.051)	.015 (.013)	.301* (.139)	.069* (.032)
Westschweizer/in	-.585*** (.06)	-.145*** (.015)	-.316* (.161)	-.07* (.035)
Tessiner/in	.141 (.121)	.035 (.03)	-.205 (.322)	-.046 (.069)
ländliche Wohnregion	.207*** (.053)	.052*** (.013)	.468*** (.137)	.108*** (.032)
oblig. Schule oder Berufslehre	.775*** (.052)	.191*** (.013)	1.43*** (.156)	.296*** (.028)
männlich	.324*** (.05)	.081*** (.013)	.756*** (.135)	.17*** (.03)
Alter	.01*** (.001)	.003*** (.0004)	.017*** (.004)	.004*** (.0009)
<i>Kontextueller Faktor</i>				
Konsens im Nationalrat (%)	.019 (.012)	.005 (.003)	-.043+ (.022)	-.01+ (.005)
-2x log likelihood	9663.149		1372.292	
N / n	7876 / 14		1175 / 2	

*=p<.05, **=p<.01, ***=p<.001, +=p<.1

Anmerkungen: Standardfehler in Klammern; dy/dx gibt den marginalen Effekt von x+1 auf P(y=1) wieder. Vorlage 23 wurde nicht einbezogen, da die Variable „ländliche Wohnregion“ fehlte.

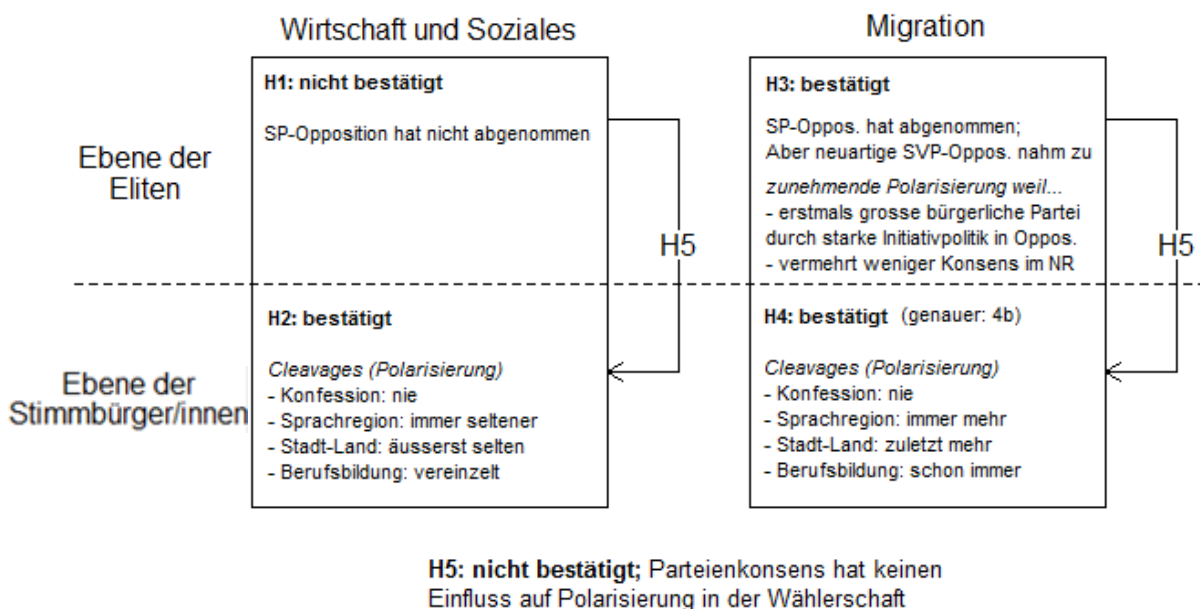
4.4 Fazit

Fasst man alle Erkenntnisse im Hinblick auf das Hypothesenmodell zusammen, lässt sich Hypothese 2 trotz Verwerfung von Hypothese 1 bestätigen. Die Entschärfung wirtschafts- und sozialpolitischer Gesellschaftskonflikte war auch ohne Konsens auf elitärer Ebene möglich. Im migrationspolitischen Themenbereich hat hingegen eine Polarisierung sowohl in der Wählerschaft wie auch bei den Eliten eingesetzt. Nebst Hypothese 4 lässt sich aufgrund der neuartigen SVP-Opposition auch Hypothese 3 bestätigen. Des Weiteren hat die kulturelle Öffnungs-Abgrenzungsdebatte nicht nur zu einem Cleavage zwischen „winners“ und „losers“ geführt, sondern auch die traditionellen Cleavages „Stadt vs. Land“ und „Westschweiz vs. Deutschschweiz“ zusehends polarisiert. Jene theoretischen Ansätze, die einen neuen Öffnungs-

Abgrenzungs-Cleavage *auf Kosten* traditioneller Konfliktlinien propagieren, müssen revidiert werden. Der neue kulturelle Themenkomplex hinterlässt seine Spuren auch bei länger existierenden Cleavages.

In Bezug auf Hypothese 5 lässt sich unabhängig von Themenbereich und Zeitraum kein Einfluss der elitären Ebene auf die gesellschaftsinternen Konflikte erkennen. Die Hypothese muss demnach verworfen werden. Grafik 5 fasst die empirischen Befunde im Hinblick auf die aufgestellten Hypothesen schematisch zusammen.

Grafik 5: Zusammenfassung der empirischen Befunde bezogen auf das Hypothesenmodell



Da sich diese Arbeit nicht auf die Parteiwahl, sondern auf das Abstimmungsverhalten fokussiert, ist eine abschliessende Beurteilung der Realignment-These nicht möglich. Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung bei der Migrationspolitik lässt jedoch erahnen, dass sich die Parteiwahl auch in Zukunft auf der kulturellen Öffnungs-Abgrenzungs-Achse abspielen wird. Eine Erkenntnis, die insbesondere auf bildungsfernere Gesellschaftsschichten zutrifft. Während diese bei migrationspolitischen Themen konstant auf der Linie der SVP abstimmten, war dies bei ökonomischen Themen im Hinblick auf die SP nicht der Fall.

5. Diskussion der Ergebnisse

Die empirischen Ergebnisse suchen nach Erklärungen und Interpretationen. Während die Abschnitte 5.1 bis 5.4 die einzelnen Cleavages behandeln, diskutiert Abschnitt 5.5 die Wirkungskraft der elitären Ebene.

5.1 Konfessionscleavage

Ein klares Bild ergibt sich bei der Analyse des Konflikts zwischen Katholiken und Protestanten. Von den insgesamt 36 untersuchten Abstimmungen hat die Konfession äusserst selten einen signifikanten Einfluss auf das Abstimmungsverhalten. Der zur Zeit der Staatsgründung äusserst intensive Graben zwischen den beiden Religionen scheint heute vollends verschwunden zu sein. Dies bestätigt sich auch beim Blick auf die elitäre Ebene. Keine der aus dem konfessionellen Kulturkampf entstandenen Parteien CVP und FDP hat bei den analysierten Abstimmungen je den Gang in die Opposition gewählt. Stattdessen nahmen sie die Position der mehrheitsbeschaffenden Mitte ein: bei wirtschaftspolitischen Vorlagen mit der SVP und seit der Jahrtausendwende bei migrationspolitischen Vorlagen hauptsächlich mit der SP.

Die empirischen Befunde entsprechen demnach weitgehend den theoretischen Erwartungen, wie auch den bisherigen Forschungsergebnissen zum Konfessionscleavage. Die Säkularisierung scheint nicht nur auf der Parteiebene, sondern auch bei der katholischen Basis ihre Spuren zu hinterlassen. Man mag zwar monieren, dass Einstellungen zu ethischen Themen, wie etwa der Gentechnologie, immer noch religiös bedingt sind (Hermann/Leuthold 2003: 53). Diese Konflikte treten jedoch nur sporadisch auf und vermögen das Bild einer konfessionell weitgehend unabhängigen Schweizer Abstimmungsdemokratie nicht zu trüben.

5.2 Sprachencleavage

Viel konfliktbehafteter erscheint der Gegensatz zwischen der französisch- und der deutschsprachigen Schweiz. Bei knapp der Hälfte aller analysierten Volksabstimmungen hatte die Sprachregion einen mindestens auf dem 95%-Niveau signifikanten Einfluss auf das Abstimmungsverhalten. Differenziert man die empirischen Befunde

nach den beiden Themenbereichen, ergibt sich ein noch interessanteres Bild. Bei Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsvorlagen zeigten sich bisweilen dramatische normative Differenzen zwischen der ökonomischen Eigenverantwortungsideologie in der Deutschschweiz und dem auf Staatsinterventionismus bedachten Prinzip in der Romandie. Der Konflikt hat sich seit der Jahrtausendwende jedoch entspannt und die Wirtschafts- und Sozialpolitik scheint in eine Zukunft ohne gravierende sprachregionale Differenzen zu blicken. Genau umgekehrt verhält es sich bei der Migrationspolitik. Unterschiedliche Einstellungen zur Ausländerpolitik deckten sich lange Zeit nicht mit der Sprachgrenze. Seit 1999 traten sie dafür umso intensiver auf. Dieser empirische Befund zeigt, dass der normative Gegensatz „kulturelle Öffnung vs. kulturelle Abgrenzung“ neues Konfliktpotenzial für den Sprachencleavage birgt. Der Gegensatz tritt jedoch nicht nur in der Ausländerpolitik auf. Gleichermassen kann auch die europäische Integrationsfrage West- und Deutschschweiz trennen, wie sich dies schon 1992 bei der Abstimmung zum EWR-Beitritt zeigte. Der gemeinsame Nenner dieser beiden Themenbereiche bildet die Frage nach der Identität bzw. der Rolle der Schweiz in einer zunehmend globalisierten und interdependenten Welt. In der Deutschschweiz scheint der Wunsch nach politischer und kultureller Isolation stärker verhaftet zu sein als in der Westschweiz.

Dieser Befund sucht nach Erklärungen. Ein Ansatz böte hierfür etwa die sprachregional organisierte Medienlandschaft der Schweiz. Unterschiede in der Berichterstattung liessen auch ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten erwarten. Allerdings fehlen empirische Befunde dafür, dass französischsprachige Medien eine entschieden andere Berichterstattung über ausländer- und aussenpolitische Themen pflegen (vgl. Tresch 2008). Dies hat sich auch in den letzten Jahren kaum verändert. Mehr zu verraten scheint ein kulturwissenschaftlicher Blick auf den Identitätsdiskurs der Schweiz. Schon immer war dieser stark von der Deutschschweiz geprägt. Neuere Debatten über die Bewahrung der Schweizerdeutschen Sprache verdeutlichen, dass die deutschsprachige Schweiz ihre Identitätsfindung primär auf ihre eigene Sprachregion bezieht. In einer zugespitzten Weise müsste man folglich das Bild einer Schweizer Identität fallen lassen und stattdessen von sprachregionalen Identitäten sprechen. Da die Romands in der Schweiz ohnehin in der Minderheit sind, haben sie eine kulturelle Öffnung der Schweiz kaum zu befürchten. Für die Deutschschweizer hingegen steht mit einer offeneren Aussen- und einer liberaleren Ausländerpolitik die Bewahrung ihres eigenen Kulturverständnisses auf dem Spiel. Diese normativen Dif-

ferenzen stellen für die Zukunft eine grosse Herausforderung dar. Anders als bei sozialpolitischen Themen kann hier der Föderalismus die unterschiedlichen Interessenslagen nicht bedienen. Die Debatte über das Identitätsverständnis der Schweiz wird national geführt und sucht nach nationalen Lösungen.

Ein letzter Ansatz zur Erklärung des auseinanderbrechenden „Röstigrabens“ liefert ein Blick auf die Ebene der Eliten. Die zunehmende Kluft zwischen West- und Deutschschweiz bei migrationspolitischen Vorlagen korreliert mit der vermehrten Oppositionsstrategie der SVP. Mit ihrer stark auf Christoph Blocher und seinem Zürcher Flügel ausgerichteten Politik der kulturellen Abgrenzung hat die heute grösste Schweizer Partei die deutschschweizer Politlandschaft weit mehr geprägt als jene in der Romandie. Die Interpretation liegt nahe, dass die Radikalisierung der SVP auch zu einer Radikalisierung der Deutschschweizer Wählerschaft beigetragen hat, während ähnliche Entwicklungen in der Westschweiz ausblieben. Die SVP als Interessensvertreterin der Deutschschweiz zu sehen, wäre jedoch überholt. Die politischen Eliten von links bis rechts haben die Sprachenvielfalt derart internalisiert, dass sie weiterhin als unantastbares Wesensmerkmal der Schweiz fortbesteht. Dies wird sich auch durch die neue kulturelle Polarisierung nicht ändern.

5.3 Stadt-Land-Cleavage

Die schwache Polarisierung zwischen Stadt und Land im wirtschafts- und sozialpolitischen Themenbereich erstaunt wenig. Unterschiedliche Einstellungen zum Sozialstaat standen noch nie im Zentrum der normativen Konflikte zwischen den beiden Wohnregionen. In der Tendenz stimmt das Land zwar ein bisschen wirtschaftsliberaler. Dermassen grosse Abstimmungsunterschiede, wie es sie früher bei ökonomischen Interessensgegensätzen zwischen produzierender Landwirtschaft und konsumierender Stadtbevölkerung gab, lassen sich jedoch keine erkennen.

Beim kulturellen Themenbereich der Migrationspolitik ist die Interpretation schwieriger. Über den gesamten Zeitraum hinweg lässt sich die sozialgeografische Theorie der unterschiedlichen politisch-mental Profile zwischen Stadt und Land bestätigen. Das Land stimmt eher konservativ, die Stadt eher öfnungsorientiert-liberal. Der Befund, dass drei der vier Signifikanzbefunde in den Zeitraum seit 2004 fallen, veranlasst weiter zur Vermutung, dass sich das Stadt-Land-Gefälle vor dem Hintergrund

der Globalisierungsentwicklungen noch weiter verstärkt hat. Allzu euphorisch sollte man diese Interpretation jedoch nicht vorantreiben. Immerhin liess sich bei drei der sechs Einwanderungsvorlagen seit 2004 kein statistisch signifikanter ($p < .05$) Effekt der Wohnregion erkennen. Dabei handelte es sich immerhin um drei Volksinitiativen der SVP, welche als Meilensteine der jüngsten Geschichte der Schweizer Migrationspolitik gelten. Die These einer neuen gesellschaftspolitisch-kulturellen Polarisierung zwischen Stadt und Land sollte demnach nur vorsichtig angebracht werden. Die empirischen Befunde weisen auf eine mögliche derartige Entwicklung hin. Es gilt jedoch die Zukunft abzuwarten und mit voreiligen Schlüssen vorsichtig zu sein.

Selbst wenn sich der Trend einer neuen kulturellen Stadt-Land-Polarisierung auch in Zukunft verfestigen sollte, bleibt die Frage nach den kausalen Mechanismen der weltanschaulichen Unterschiede. Mindestens drei theoretische Ansätze lassen sich hierbei erkennen. Erstens dürfte die Mobilität, welche den Wohnortsentscheid zunehmend zu einem Mentalitätsentscheid macht, durchaus seine Auswirkungen auf den Stadt-Land-Cleavage haben. Zweitens könnte der Verweis auf gesellschaftliche Makroprozesse weiterhelfen. Das agrarwirtschaftlich-gewerblich strukturierte Land nimmt Globalisierungsprozesse bedrohender wahr, als die stärker von der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft geprägten Städte. Drittens führen der niedrigere soziale Austausch, wie auch der tiefere Akademikeranteil in peripheren Regionen zu einer verstärkten Persistenz traditioneller Werte und Normen. Vor dem Hintergrund dieser Aspekte gilt es den Stadt-Land-Konflikt auch in Zukunft im Auge zu behalten und die Theorien allenfalls noch ausreifen zu lassen.

Keinen Erklärungsansatz für eine Verschärfung der Stadt-Land-Konflikte liefert die Radikalisierung der SVP. Zwar befürwortet sowohl die SVP auf elitärer Ebene, wie auch die Landbevölkerung auf gesellschaftlicher Ebene eine Verschärfung der Asyl- und Ausländerpolitik. Beide Ebenen funktionieren jedoch unabhängig voneinander. In den 90er Jahren zeigte sich schon einmal ein signifikant ($p < .05$) unterschiedliches Abstimmungsverhalten zwischen Stadt und Land, obwohl die SVP hinter der gleichen Parole wie die restlichen Bundesratsparteien stand. Umgekehrt kann bei den jüngeren SVP-Initiativen kein signifikant unterschiedliches Stimmverhalten zwischen Stadt und Land erkannt werden. Dies ist starke Evidenz dafür, dass die Positionierung der SVP für die Intensität des Stadt-Land-Gefälles keine Rolle spielt.

5.4 unqualifizierte WählerInnen – vom Klassenkampf zur Globalisierungsangst

Die empirischen Befunde der migrationspolitischen Vorlagen zeigen, dass die unterschiedlichen Berufsbildungsniveaus tatsächlich einen kulturell definierten Konflikt zwischen Globalisierungsgewinnern und –verlierern repräsentieren. Dass diese Entwicklung zwar schon früher und nicht erst seit der Globalisierungswelle nach dem Kalten Krieg eingesetzt hat, vermag die Theorie des Öffnungs-Abgrenzungs-Cleavages nicht zu entkräften. Bereits vor den 90er Jahren sind gesellschaftspolitische Themen neu aufgekommen und haben die Wählerschaft zusehends polarisiert. Diese sich vor allem in den postmaterialistischen Bewegungen manifestierende Entwicklung scheint bei den tieferen sozialen Schichten einen auf Tradition und Nationalismus ausgerichteten Gegentrend ausgelöst zu haben. Die in den 90er Jahren aufkommende Frage nach der internationalen Positionierung der Schweiz in neuem globalem Kontext kann demnach als neues normatives Element eines bestehenden strukturellen Konflikts zwischen Gesellschaftsschichten mit unterschiedlichen Berufsperspektiven aufgefasst werden. Diese Interpretation schliesst auch aus, dass der neue „winners vs. losers“-Konflikt auf die Radikalisierung der SVP in den 90er Jahren zurückzuführen ist. Die konservative Ideologie der schlechter qualifizierten Gesellschaftsschicht bestand schon vorher. Seit der Kursänderung der SVP stimmt sie bei migrationspolitischen Themen jedoch konstant auf der Linie der heute grössten Schweizer Partei. Ein Befund, der sich wohl auch auf andere gesellschaftspolitische Aspekte, wie etwa die europäische Integrationsfrage übertragen lässt.

Ein vergleichbares Alignment lässt sich bei arbeitsmarkt- und sozialversicherungspolitischen Vorlagen im Hinblick auf die SP nicht erkennen. Zwar stimmen bildungsfernere Schichten bei diesen Themen tendenziell eher links. Der Befund, dass dieser Zusammenhang über den gesamten Zeitraum gesehen jedoch nur viermal statistisch signifikant war ($p < .05$), bestätigt jene Theorien, die von einer Entschärfung des Arbeit-Kapital-Konflikts ausgehen. Die Erfüllung zentraler Arbeitnehmeranliegen, wie auch die fortwährende Erosion der Arbeiterklasse in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben diese gesellschaftliche Polarisierung scheinbar vorgebeugt. Dies, obwohl die SP auf elitärer Ebene weiterhin eine wirtschafts- und sozialpolitische Oppositionsstrategie verfolgt.

5.5 Konkordanz: kaum konfliktlindernde Wirkung

Wenig Erklärungsleistung zur Unterschiedlichkeit der Cleavage-Intensitäten birgt die Konkordanztheorie. Sowohl im wirtschafts- wie auch im migrationspolitischen Themenbereich vermochte ein elitärer Konsens kaum konfliktlindernd zu wirken. Auch wenn man die Analyse auf die Oppositionsstrategien einzelner Parteien bezieht, erkennt man kaum einen Zusammenhang zwischen elitären und gesellschaftlichen Entwicklungen. Einzig beim „Röstigraben“ deuten die empirischen Befunde auf einen Zusammenhang zwischen der Radikalisierung der SVP und der Konfliktverschärfung zwischen den Sprachregionen hin. Dieser Befund fällt allerdings nicht allzu stark aus und reicht für eine vollumfängliche Erklärung des neuen kulturellen Sprachenkonflikts nicht aus.

Insgesamt lässt sich somit festhalten, dass die gesellschaftliche Ebene weitgehend unabhängig von der elitären Ebene funktioniert. Soziale Konflikte von Parteipositionierungen abzuleiten, ist verfehlt. Stattdessen rühren sie eher von gesellschaftlichen Umständen her. Beispielhaft zeigt sich dies beim Öffnungs-Abgrenzungs-Cleavage und der SVP. Es war nicht die Radikalisierung der SVP, welche zur neuen Konfliktlinie zwischen „winners“ und „losers“ beigetragen hat. Stattdessen lässt sich der Konflikt auf makrosoziologische- und -ökonomische Veränderungen, worunter insbesondere die Globalisierung fällt, zurückführen. Der neue Kurs der SVP kann als politische Antwort auf die entstandene Nachfrage nach einer kulturellen Abgrenzungspolitik interpretiert werden.

Trotzdem sollten die bisherigen theoretischen Ansätze zur Konkordanz nicht vollends verworfen werden. Im internationalen Vergleich sind gesellschaftliche Konflikte in der Schweiz immer noch eher schwach ausgeprägt. Autonomieforderungen kultureller Gruppen lassen sich keine erkennen und die Sprachenvielfalt bleibt ein tief verankertes Grundprinzip der Schweiz. Nebst wichtigen institutionellen Voraussetzungen, wie der Föderalismus oder das Proporzwahlrecht, trug sicherlich auch die politisch breit abgestützte Exekutive in der Schweiz dazu bei. Dass die Konkordanz ihre Wirkungskraft innerhalb von Volksabstimmungen verliert, soll ihren Wert nicht schmälern.

6. Konklusion

Die empirischen Befunde bestätigen die Thesen einer neuen kulturellen Polarisierung in der Gesellschaft. Die normativen Konflikte der heutigen Cleavage-Strukturen spielen sich nicht mehr primär auf einer ökonomischen Links-Rechts-Achse, sondern auf einer gesellschaftspolitischen Öffnungs-Abgrenzungs-Dimension ab. Exemplarisch zeigt sich dies bei der beruflich unqualifizierteren Wählerschaft. Die ehemals traditionelle Arbeiterklasse zeichnet sich verstärkt durch eine konservative statt einer sozialstaatlich-linken Ideologie aus.

Insgesamt lässt sich somit festhalten, dass die Schweiz nach wie vor nicht frei von gesellschaftlichen Konflikten ist und dies wohl auch nicht so schnell sein wird. Die Charakteristik der Cleavages hat sich jedoch endgültig verändert. Bezieht man die Überlegungen von Bartolini und Mair (1990) mit ein, kann man zwar eine Persistenz der strukturellen Teilungsachsen beobachten. Mit Ausnahme der Konfession lassen sich auch heute noch alle von Lipset und Rokkan (1967) erkannten Cleavages erkennen. Durch den neuen gesellschaftspolitisch-kulturellen Themenkomplex haben sich deren normativen Konfliktpunkte jedoch verändert. Noch sucht die Forschung nach den Kausalitäten, die dieser Entwicklung zugrunde liegen. Auch diese Arbeit vermag diesem Anspruch nicht vollends gerecht zu werden. Die vorliegenden Befunde zeigen jedoch erste Tendenzen auf, welche neue, interessante Fragestellungen für weitere Forschungsarbeiten aufwerfen. Noch ist etwa zu wenig klar, warum gerade der Sprachenkonflikt dermassen stark von der neuen kulturellen Polarisierung geprägt wurde. Auch beim Stadt-Land-Gefälle gilt es Entwicklungen abzuwarten und theoretische Erklärungsansätze auszuarbeiten. Kaum einen Ansatz dürften die Entwicklungen auf der elitären Ebene bieten. Die vorliegenden Befunde sind starke Evidenz dafür, dass das strukturelle und normative Element eines Cleavages nicht als abhängige Variable des organisatorischen Elements interpretiert werden darf. Die politische Organisation von Cleavages muss als Antwort auf und nicht als Auslöser für gesellschaftliche Entwicklungen gesehen werden. Diese Sichtweise schliesst aber nicht aus, dass die Cleavage-Theorie auch weiterhin ein zentraler Bestandteil der Parteienforschung sein wird. Gerade die Entwicklung der SVP in den letzten Jahren kann man mit dem Verweis auf die neue gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen „winners“ und „losers“ in theoretisch umfassender Weise verstehen.

Schwieriger erweist sich der Cleavage-Ansatz bei der Erklärung der fortwährenden Links-Rechts-Polarisierung auf der elitären Ebene. Gesamthaft betrachtet lässt sich nämlich eine Entschärfung der gesellschaftlichen Polarisierung in ökonomischen Themenbereichen erkennen. Dieser paradoxe Umstand sucht nach Erklärungen. Ein erster Ansatz lässt sich in der Parteienforschung bereits erkennen. Sozialdemokratische Parteien werden vermehrt als linksliberale Parteien gesehen, welche gesellschaftsliberale und traditionell linke Positionen vereinen. Die Wählerbasis setzt sich dabei nicht mehr primär durch die Arbeiterklasse, sondern durch die Klasse der sogenannten soziokulturellen Professionellen zusammen. Trotz deren Fokus auf post-materialistische Wertorientierungen, weist ihnen die Forschung auch traditionell linke normative Grundhaltungen zu. Dies ermöglicht es der Sozialdemokratie nebst progressiv-gesellschaftsliberalem Profil weiterhin den Links-Rechts-Gegensatz zu forcieren. Gut möglich, dass ein Fokus auf diese neue urbane Mittelschicht ein Fortbestand einer ökonomisch definierten Polarisierung in der Gesellschaft aufgezeigt hätte.

Die Erkenntnis, dass soziale Gräben auch im 21. Jahrhundert ein wichtiger Bestandteil der Schweizer Politik bleiben, sollte nicht zur Beunruhigung veranlassen. Politik war schon immer durch unterschiedliche Meinungen geprägt. Die fortwährende Existenz politischer Debatten darf als Zeichen einer funktionierenden und gesunden Demokratie aufgefasst werden. Trotzdem muss man Grabenentwicklungen erkennen und sich ihnen früh genug annehmen. Die neue kulturelle Polarisierung gilt es darum besonders im Auge zu behalten. Seit dem Ende des Kalten Kriegs befindet sich die Schweiz in einem Prozess der Selbstfindung. Hier darf keine Mehrheit über eine Minderheit bestimmen. Weder darf sich die Deutschschweiz über die öfnungsorientierte Westschweiz hinwegsetzen, noch dürfen die Metropolregionen ländliche Interessen ignorieren. Im Wissen darum, dass die politische Entscheidungsfindung in der Konkordanzdemokratie Schweiz stets von der gesellschaftlichen Heterogenität profitiert hat, darf jedoch optimistisch in die Zukunft geblickt werden. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen denn auch nicht das Bild einer zerstrittenen Schweiz wiedergeben. Sie plädieren dafür, sich den Konfliktstrukturen hierzulande bewusst zu werden, um damit auch in Zukunft politische Herausforderungen erfolgreich meistern zu können.

7. Bibliographie

- Altermatt, Urs (1989): *Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert.* Zürich: Benziger.
- Altermatt, Urs (1996): *Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa.* Zürich: NZZ.
- Alvarez, Michael, Jonathan Nagler und Shaun Bowler (2000): *Issues, Economics, and the Dynamics of Multiparty Elections: The British 1987 General Election.* In: *The American Political Science Review* 94(1): 131-149.
- Andrey, Georges (1986): *Auf der Suche nach dem neuen Staat (1798-1848).* In: Im Hof, Ulrich et al. (Hrsg.): *Geschichte der Schweiz und der Schweizer.* Basel: Helbing & Lichtenhahn. 527-637.
- Armingeon, Klaus (2006): *Wirtschafts- und Finanzpolitik der Schweiz.* In: Klöti Ulrich et al. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik.* 4. Aufl.. Zürich: NZZ. 677-707.
- Bächtiger, André und Jürg Steiner (2004): *Switzerland: Territorial Cleavage Management as Paragon and Paradox.* In: Amoretti, Ugo (Hrsg.): *Federalism and Territorial Cleavages.* Baltimore: John Hopkins University Press. 27-54.
- Bartolini, Stefano und Peter Mair (1990): *Identity, competition and electoral availability. The stabilisation of european electorates 1885-1985.* Cambridge: University Press.
- Baumann, Werner und Peter Moser (1999): *Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918-1968.* Zürich: Orell Füssli.
- Beck, Ulrich (1983): *Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten.* In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2.* Göttingen: Otto Schwartz & Co. 35-74.
- Bolliger, Christian (2007): *Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, 1945 bis 2003. Parteienkooperation, Konfliktdimensionen und gesellschaftliche Polarisierungen bei den eidgenössischen Volksabstimmungen.* Bern: Haupt.
- Bolliger, Christian (2010a): *Wirtschaftsvertreter überspannen bei der Nacht- und Sonntagsarbeit den Bogen.* In: Ders., Wolf Linder und Yvan Rielle (Hrsg.): *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848-2007.* Bern: Haupt. 551-552.
- Bolliger, Christian (2010b): *Nacht- und Sonntagsarbeit: Die zweite Gratwanderung des Parlaments führt ans Ziel.* In: Ders., Wolf Linder und Yvan Rielle (Hrsg.): *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848-2007.* Bern: Haupt. 569-570.
- Bolliger, Christian und Regula Zürcher (2004): *Deblockierung durch Kooptation? Eine Fallstudie zur Aufnahme der Katholisch-Konservativen in die schweizerische Landesregierung 1891.* In: *Swiss Political Science Review* 10(4): 59-92.

- Bornschiefer, Simon und Marc Helbling (2005): Stabilität und Wandel von Parteiensystemen und die Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung: der theoretische Ansatz. In: Kriesi, Hanspeter et al. (Hrsg.): Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich. Zürich: NZZ. 11-40.
- Brügger, Beatrix, Rafael Lalive und Josef Zweimüller (2009): Does Culture Affect Unemployment? Evidence from the Röstigraben. IZA Discussion Papers 4283.
- Büchi, Christophe (2003): "Röstigraben". Das Verhältnis zwischen deutscher und französischer Schweiz. Geschichte und Perspektiven. Zürich: NZZ.
- Clarke, Harold und Marianne Stewart (1984): Dealignment of Degree: Partisan Change in Britain, 1974-83. In: Journal of Politics 46(3): 689-718.
- Crewe, Ivor und Bo Särilvik (1983): Decade of dealignment. The Conservative victory of 1979 and electoral trends in the 1970s. Cambridge: University Press.
- Dalton, Russell J. (2002): Political Cleavages, Issues, and Electoral Change. In: LeDuc, Lawrence, Richard G. Niemi und Pippa Norris (Hrsg.): Comparing Democracies 2: New Challenges in the Study of Elections and Voting. London: Sage. 189-209.
- Diaz-Bone, Rainer (2006): Statistik für Soziologen. Konstanz: UVK.
- Geissbühler, Simon (1999): Are Catholics Still Different? Catholicism, Political Attitudes and Party Attachments in Switzerland, 1970-95. In: West European Politics 22(3): 223-240.
- Geissbühler, Simon (2001): Zwischen Klassenkampf und Integration. Die soziopolitischen Einstellungen von Arbeitnehmern in der Schweiz im internationalen Vergleich (1971-1998). Bern: Haupt.
- Gruner, Erich (1977): Die Parteien in der Schweiz. Bern: Francke Verlag.
- Hall, Peter A. (1986): Governing the Economy: The Politics of State Intervention in Britain and France. New York, Oxford: University Press.
- Heidenreich, Martin (1996): Die subjektive Modernisierung fortgeschrittener Arbeitsgesellschaften. In: Soziale Welt 47(1): 24-43.
- Hermann, Michael und Heinrich Leuthold (2002): Stadt-Land-Cleavages einer urbanisierten Gesellschaft. Arbeitspapier zum Jahreskongress der Schweizerischen Vereinigung für Politikwissenschaft 2002 in Freiburg.
- Hermann, Michael und Heinrich Leuthold (2003): Atlas der politischen Landschaften. Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz. Zürich: vdf.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Politics. Princeton: University Press.
- Inglehart, Ronald (1997): Modernization and postmodernization. Cultural, economic, and political change in 43 societies. Princeton: University Press.
- Inglehart, Ronald und Pippa Norris (2004): Sacred and Secular. Religion and Politics Worldwide. Cambridge: University Press.

- Jost, Hans-Ulrich (1986): Bedrohung und Enge (1914-1945). In: Im Hof, Ulrich et al. (Hrsg.): Geschichte der Schweiz und der Schweizer. Basel: Helbing & Lichtenhahn. 731-820.
- Junker, Beat (1977): Bauernparteien in der Schweiz. In: Gollwitzer, Heinz (Hrsg.): Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert. Stuttgart, New York: Gustav Fischer. 507-523.
- Kitschelt, Herbert und Anthony J. McGann (2003): Die Dynamik der schweizerischen Neuen Rechten in komparativer Perspektive: Die Alpenrepubliken. In: Sciarini, Pascal, Sibylle Hardmeier und Adrian Vatter (Hrsg.): Schweizer Wahlen 1999. Bern: Haupt. 183-216.
- Kriesi, Hanspeter (1998): The transformation of cleavage politics. The 1997 Stein Rokkan lecture. In: European Journal of Political Research 33: 165-185.
- Kriesi, Hanspeter (2005): Zusammenfassung und Schlussfolgerungen. In: Ders. et al. (Hrsg.): Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich. Zürich: NZZ. 256-270.
- Kriesi, Hanspeter et al. (1996): Le clivage linguistique. Problèmes de compréhension entre les communautés linguistiques en Suisse. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Kriesi, Hanspeter et al. (2006): Globalization and the transformation of the national political space: Six european countries compared. In: European Journal of Political Research 45: 921-956.
- Kriesi, Hanspeter et al. (2008): Globalization and its impact on national spaces of competition. In: Ders. et al. (Hrsg.): West European Politics in the Age of Globalization. Cambridge: University Press. 3-22.
- Kriesi, Hanspeter und Pascal Sciarini (2004): The Impact of Issue Preferences on Voting Choices in the Swiss Federal Elections, 1999. In: British Journal of Political Science 34: 725-758.
- Kunz, Matthias und Pietro Morandi (1998): Zwischen Nützlichkeit und Gerechtigkeit. Zur Entwicklung der sozialpolitischen Debatte in der Schweiz im Lichte ihrer Argumente. In: Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft AGGS (Hrsg.): Krisen und Stabilisierung. Die Schweiz der Zwischenkriegszeit. Die Schweiz 1798-1998: Staat - Gesellschaft - Politik. Bd. II. Zürich: Chronos. 145-161.
- Ladner, Andreas (2004): Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ladner, Andreas (2006): Politische Parteien. In: Klöti, Ulrich et al. (Hrsg.): Handbuch der Schweizer Politik. 4. Aufl.. Zürich: NZZ.
- Ladner, Andreas und Michael Brändle (2001): Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen? Zürich: Seismo.
- Lijphart, Arend (1968): Typologies of Democratic Systems. In: Comparative Political Studies 1(1): 3-44.
- Lijphart, Arend (1969): Consociational Democracy. In: World Politics 21(2): 207-225.
- Lijphart, Arend (1999): Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries. New Haven: Yale University Press.

- Linder, Wolf (2005): Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven. Bern: Haupt.
- Linder, Wolf (2006): Politische Kultur. In: Kriesi, Hanspeter et al. (Hrsg.): Handbuch der Schweizer Politik. 4. Aufl. Zürich: NZZ. 15-34.
- Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hrsg.) (2010): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848 bis 2007. Bern: Haupt.
- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Dies. (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross National Perspectives. New York: Free Press. 1-64.
- Magin, Raphael, Adrian Vatter und Markus Freitag (2009): Cleavage Structures and Voter Alignments within Nations. Explaining Electoral Outcome in Germany's Counties, 1998 to 2005. In: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft 3(2): 231-256.
- Mair, Peter (2001): The freezing hypothesis. An evaluation. In: Karvonen, Lauri und Kein Stuhle (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments Revisited. London: Routledge. 27-44.
- Maslow, Abraham (1943): A Theory of Human Motivation. In: Psychological Review 50: 370-396.
- Menzi, Brigitte (2010): Schicksalshafte Europafrage: Das Volk sagt Nein zum EWR. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hrsg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848-2007. Bern: Haupt. 499-500.
- Moos, Carlo (1997): "Im Hochland fiel der erste Schuss". Bemerkungen zu Sonderbund und Sonderbundskrieg. In: Hildbrand, Thomas und Albert Tanner (Hrsg.): Im Zeichen der Revolution. Der Weg zum schweizerischen Bundesstaat 1798-1848. Zürich: Chronos. 161-177.
- Neidhart, Leonhard (1970): Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums. Bern: Francke.
- Oesch, Daniel und Line Rennwald (2010): The Class Basis of Switzerland's Cleavage between the New Left and the Populist Right. In: Swiss Political Science Review 16(3): 343-371.
- Rielle, Yvan (2010): Die erleichterte Einbürgerung für Jugendliche scheitert zum dritten Mal. In: Ders., Wolf Linder, Christian Bolliger (Hrsg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848 bis 2007. Bern: Haupt. 647-649.
- Romano, Gaetano (1998): Die Überfremdungsbewegung als „Neue soziale Bewegung“. Zur Kommerzialisierung, Oralisierung und Personalisierung massenmedialer Kommunikation in den 60er Jahren. In: Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft AGGS (Hrsg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Die Schweiz 1798 – 1998: Staat – Gesellschaft – Politik. Bd. III. Zürich: Chronos. 143-160.
- Stadler, Peter (1996): Der Kulturkampf in der Schweiz. Eidgenossenschaft und katholische Kirche im europäischen Umkreis 1848-1888. Zürich: Chronos.
- Steenbergen, Marco R. und Bradford S. Jones (2002): Modeling Multilevel Data Structures. In: American Journal of Political Science 46(1): 218-237.

- Steinbach, Peter (1992): Das Ende der Arbeiterkultur. In: Zeitgeschichte 19: 67-91.
- Trechsel, Alexander H. und Pascal Sciarini (1998): Direct democracy in Switzerland: Do elites matter? In: European Journal of Political Research 33: 99-124.
- Tresch, Anke (2008): Öffentlichkeit und Sprachenvielfalt. Medienvermittelte Kommunikation zur Europapolitik in der Deutsch- und Westschweiz. Baden-Baden: Nomos.
- Vatter, Adrian (2008): Vom Extremtyp zum Normalfall? Die schweizerische Konsensdemokratie im Wandel: Eine Re-Analyse von Lijpharts Studie für die Schweiz von 1997 bis 2007. In: Swiss Political Science Review 14(1): 1-47.
- von Beyme, Klaus (2000): Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- von der Weid, Nicolas, Roberto Bernhard und François Jeanneret (2002): Bausteine zum Brückenschlag zwischen Deutsch- und Welschschweiz - Eléments pour un trait d'union entre la Suisse alémanique et la Suisse romande. Biel: Editions Libertas.
- Widmer, Jean (2004): Constitutions d'une Suisse plurilingue. Une introduction. In: Ders. et al. (Hrsg.): Die Schweizer Sprachenvielfalt im öffentlichen Diskurs/La diversité des langues en Suisse dans le débat public. Bern: Peter Lang. 1-30.
- Wigger, Bernhard (1997): Die Schweizerische Konservative Volkspartei 1903-1918. Politik zwischen Kulturkampf und Klassenkampf. Freiburg: Universitätsverlag.
- Zürcher, Regula (2006): Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz: eine Überprüfung der Konkordanztheorie aufgrund qualitativer und quantitativer Analysen der eidgenössischen Volksabstimmungen von 1848 bis 1947. Bern: Haupt.
- Zürcher, Regula (2007): Von der mehrheitskonformen Standespartei zur oppositionellen Volkspartei. In: Traverse - Zeitschrift für Geschichte 1: 65-80.

Internetressourcen

- Altermatt, Urs (2010): Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), in: Historisches Lexikon der Schweiz (Online-Version). Version vom 29.12.2011, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17377.php>.
- Année Politique Suisse / www.swissvotes.ch (2012): Datensatz der eidgenössischen Volksabstimmungen ab 1848. Bern: Institut für Politikwissenschaft, Version vom 20.1.2012, URL: <http://www.swissvotes.ch>.
- Swiss foundation for research in social sciences FORS (2012): Voxit. Die standardisierten Nachabstimmungsumfragen. Version vom 20.1.2012, URL: <http://forsdata.unil.ch/projects/voxit/>.

8. Anhang

Anhang 1: Datenquellen für die Analysen

Daten	Quelle
Parteiparolen und Schlussabstimmung im Nationalrat zu den einzelnen Abstimmungen	Swissvotes, die Online-Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen, herausgegeben vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern, 1985-2009. (Online-Zugriff auf www.swissvotes.ch , Version vom 20.1.2012)
Individualdaten zu den Cleavage-Variablen und dem Abstimmungsverhalten	VoxIt, Die standardisierten Nachabstimmungsumfragen, herausgegeben vom Forschungsinstitut gfs.bern, 1985-2009. (Online-Zugriff auf http://forsdata.unil.ch/projects/voxit/sondages.asp?lang=d , Version vom 20.1.2012)

Anhang 2: Informationen zu den ausgewählten Volksabstimmungen

Wirtschaft und Soziales		Ja in %	Beteiligung in %	SP in Opposition?	Mehrheit NR (%)	Ja = starker Sozialstaat
Nr.	Titel					
1	I: für eine Verlängerung der bezahlten Ferien (10.3.1985)	34	34.6	X	66	JA
2	I: Herabsetzung Rentenalter (12.6.1988)	35.1	42	X	76	JA
3	I: Herabsetzung Arbeitszeit (4.12.1988)	34.3	52.9	X	68	JA
4	FR: BB Arbeitslosenversicherung (26.9.1993)	70.4	39.7	X	92	NEIN
5	FR: BG über AHV (25.6.1995)	60.7	40.4		84	NEIN
6	I: Ausbau AHV und IV (25.6.1995)	27.6	40.3	X	71	JA
7	FR: BG Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (1.12.1996)	33	46.7	X	53	NEIN
8	FR: BB Finanzierung Arbeitslosenversicherung (28.9.1997)	49.2	40.6	X	62	NEIN
9	I: 10. AHV Revision ohne Erhöhung Rentenalter (27.9.1998)	41.5	51.6	X	62	JA
10	FR: BG Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel II (29.11.1998)	63.4	38.1		92	NEIN
11	I: Flexibilisierung AHV (26.11.2000)	39.5	41.7	X	62	JA
12	I: Rentenalter 62 für Frau und Mann (26.11.2000)	41.5	41.7	X	62	JA
13	I: kürzere Arbeitszeit (3.3.2002)	25.4	58.3	X	70	JA
14	FR: BG obligatorische Arbeitslosenversicherung (24.11.2002)	56.1	47.6	X	66	NEIN
15	FR: 11. AHV-Revision (16.5.2004)	32.1	50.8	X	60	NEIN
16	OR: BB Finanzierung AHV durch Anhebung der MWST (16.5.2004)	31.4	50.8		75	JA
17	FR: Arbeitsgesetz Ladenöffnungszeiten (27.11.2005)	50.6	42.4	X	63	NEIN
18	I: Nationalbankgewinne für AHV (24.9.2006)	41.7	48.9	X	67	JA
19	I: flexibles AHV-Alter (30.11.2008)	41.4	47.6	X	68	JA

Migration

Nr.	Titel	Ja in %	Beteiligung in %	SP in Opp.?	SVP in Opp.?	Mehrheit NR (%)	Ja = restr. Migrationsp.
21	FR: Asylgesetz (5.4.1987)	67.3	42.4	X		69	JA
22	FR: BG Aufenth. und Niederl. der Ausländer (5.4.1987)	65.7	42.2	X		71	JA
23	I: Begrenzung Einwanderung (4.12.1988)	32.7	52.8			98	JA
24	OR: BB erleichterte Einbürg. junge Ausländer (12.6.1994)	52.8	46.8			88	NEIN
25	FR: Verbot Rassendiskriminierung (25.9.1994)	54.6	45.9			90	NEIN
26	FR: Zwangsmassnahmen Ausländerrecht (4.12.1994)	72.9	44	X		69	JA
27	I: gegen illegale Einwanderung (1.12.1996)	46.3	46.7		X	79	JA
28	FR: Asylgesetz (13.6.1999)	70.6	45.6	X		66	JA
29	FR: Massnahmen Ausländer- und Asylbereich (13.6.1999)	70.8	45.6	X		66	JA
30	I: Regelung der Zuwanderung (24.9.2000)	36.2	45.3		X	91	JA
31	I: gegen Asylrechtsmissbrauch (24.11.2002)	49.9	47.9		X	76	JA
32	OR: BB erleicht. Einbürgerung 2. Generation (26.9.2004)	43.2	53.8		X	77	NEIN
33	OR: BB Bürgerrechtserwerb 3. Generation (26.9.2004)	48.4	53.8		X	79	NEIN
34	FR: BG über AusländerInnen (24.9.2006)	68	49	X		62	JA
35	FR: Änderung Asylgesetz (24.9.2006)	67.8	49.1	X		61	JA
36	I: demokratische Einbürgerungen (1.6.2008)	36.2	45.2		X	65	JA
37	I: Minarettverbot (29.11.2009)	57.5	53.8		X	72	JA

Anhang 3: Regressionsmodelle zu den einzelnen Abstimmungen (Abschn. 4.2)

Anhang 3.1: Wirtschaft und Soziales

<i>y</i> = Zustimmung für einen starken Sozialstaat	(1) Verlängerung bezahlte Ferien				(2) Herabsetzung AHV-Rententalter			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	1.44** (.429)				-.259 (.324)			
katholisch	-.219 (.247)	-.051 (.057)	-.163	.061	.272 (.191)	.057 (.04)	-.021	.136
Westschweizer/in	1.063** (.313)	.258** (.075)	.112	.404	.958*** (.229)	.219*** (.054)	.112	.325
Tessiner/in					2.638*** (.481)	.569*** (.067)	.437	.701
ländliche Wohnregion	-.553* (.239)	-.128* (.055)	-.236	-.021				
oblig. Schule oder Lehre	-.526+ (.274)	-.126+ (.067)	-.256	.004	.662** (.218)	.13** (.04)	.052	.208
männlich	.182 (.251)	.043 (.058)	-.072	.157	.11 (.188)	.023 (.039)	-.054	.01
Alter	-.031** (.008)	-.007*** (.002)	-.011	-.004	-.032*** (.006)	-.007*** (.001)	-.009	-.004
-2x log likelihood	414.887				686.334			
N	341				625			

<i>y= Zustimmung für einen starken Sozialstaat</i>	(3) Herabsetzung Arbeitszeit				(4) BB Massnahmen AL-Versicherung			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	.272 (.296)				-2.205*** (.465)			
katholisch	-.37* (.18)	-.077* (.037)	-.149	-.005	.569* (.274)	.068* (.033)	.003	.133
Westschweizer/in	.5* (.205)	.11* (.047)	.018	.202	.637* (.301)	.086 (.046)	-.004	.175
Tessiner/in	1.63*** (.379)	.385*** (.084)	.221	.549	-.429 (.788)	-.043 (.068)	-.176	.09
ländliche Wohnregion					.41 (.273)	.05 (.035)	-.018	.118
oblig. Schule oder Lehre	-.165 (.199)	-.035 (.043)	-.12	.05	.702* (.284)	.08* (.031)	.019	.14
männlich	.106 (.175)	.022 (.037)	-.05	.094	.381 (.271)	.044 (.031)	-.017	.105
Alter	-.023*** (.005)	-.005*** (.001)	-.007	-.003	-.012* (.008)	-.002* (.0009)	-.004	-.00009
-2x log likelihood N	787.064 671				376.474 470			
<i>y= Zustimmung für einen starken Sozialstaat</i>	(5) BG AHV				(6) Ausbau AHV und IV			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-.099 (.342)				-.635 (.409)			
katholisch	-.096 (.195)	-.023 (.046)	-.113	.067	-.155 (.231)	-.03 (.044)	-.117	.057
Westschweizer/in	.589** (.214)	.143** (.052)	.04	.245	.586* (.244)	.121* (.053)	.018	.225
Tessiner/in	1.297** (.449)	.312** (.098)	.121	.503	.775+ (.469)	.172 (.113)	-.05	.394
ländliche Wohnregion	.075 (.185)	.018 (.044)	-.068	.104	-.336 (.22)	-.065 (.042)	-.147	.017
oblig. Schule oder Lehre	.096 (.19)	.023 (.045)	-.066	.111	.254 (.223)	.05 (.043)	-.035	.135
männlich	-.084 (.188)	-.02 (.045)	-.107	.067	-.179 (.221)	-.035 (.043)	-.119	.049
Alter	-.011* (.006)	-.003* (.001)	-.005	-.00009	-.008 (.007)	-.0016 (.001)	-.004	.001
-2x log likelihood N	677.166 521				516.153 452			
<i>y= Zustimmung für einen starken Sozialstaat</i>	(7) Arbeitsgesetz I				(8) Finanzierung Arbeitslosenvers.			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	.825* (.34)				1.414*** (.349)			
katholisch	.123 (.198)	.023 (.041)	-.055	.107	-.238 (.186)	-.059 (.046)	-.149	.031
Westschweizer/in	.695* (.272)	.133** (.046)	.043	.223	.687** (.234)	.164** (.053)	.061	.268
Tessiner/in	.479 (.536)	.092 (.092)	-.088	.271	.854 (.534)	.195+ (.106)	-.013	.402
ländliche Wohnregion	.037 (.203)	.008 (.043)	-.076	.092	-.149 (.203)	-.037 (.051)	-.136	.062
oblig. Schule oder Lehre	.147 (.198)	.031 (.042)	-.052	.114	.246 (.196)	.061 (.049)	-.034	.156
männlich	.048 (.194)	.01 (.041)	-.07	.09	-.559** (.192)	-.138** (.047)	-.229	-.046
Alter	-.007 (.006)	-.001 (.001)	-.004	.001	-.023*** (.006)	-.006*** (.001)	-.008	-.003
-2x log likelihood N	647.69 533				692.942 529			

<i>y</i> = Zustimmung für einen starken Sozialstaat	(9) AHV-Rev. ohne Erhöh. Rentenalter				(10) Arbeitsgesetz II			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-.3 (.347)				-.216 (.415)			
katholisch	.097 (.178)	.023 (.043)	-.061	.107	-.137 (.222)	-.031 (.05)	-.128	.067
Westschweizer/in	.508* (.196)	.124* (.048)	.03	.218	.954*** (.242)	.226*** (.058)	.112	.339
Tessiner/in	-.89 (.585)	-.187* (.101)	-.385	.011	.661 (.538)	.159 (.134)	-.103	.422
ländliche Wohnregion	-.066 (.18)	-.016 (.043)	-.1	.068	.412+ (.227)	.094+ (.052)	-.008	.197
oblig. Schule oder Lehre	.499** (.181)	.118** (.042)	.036	.2	.201 (.227)	.045 (.051)	-.054	.145
männlich	-.339+ (.174)	-.081* (.041)	-.162	-	-.297 (.216)	-.067 (.049)	-.164	.029
Alter	-.007 (.005)	-.002 (.001)	-.004	.0008	-.014* (.007)	-.003* (.001)	-.006	-.0002
-2x log likelihood N	772.904 593				520.738 424			
<i>y</i> = Zustimmung für einen starken Sozialstaat	(11) Flexibilisierung AHV				(12) flexibles Rentenalter ab 62			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	.564 (.367)				.329 (.37)			
katholisch	.199 (.207)	.049 (.051)	-.051	.15	.065 (.208)	.016 (.052)	-.086	.118
Westschweizer/in	.988*** (.24)	.242*** (.056)	.132	.352	1.2*** (.239)	.289*** (.052)	.186	.391
Tessiner/in	1.779*** (.499)	.393*** (.08)	.236	.549	2.083*** (.576)	.422*** (.071)	.283	.561
ländliche Wohnregion	-.488* (.217)	-.118* (.051)	-.218	-.018	-.345 (.216)	-.085 (.053)	-.188	.018
oblig. Schule oder Lehre	.093 (.205)	.023 (.05)	-.076	.121	.308 (.208)	.076 (.051)	-.024	.176
männlich	-.104 (.195)	-.026 (.048)	-.12	.069	-.113 (.195)	-.028 (.049)	-.123	.067
Alter	-.02* (.006)	-.005* (.002)	-.008	-.002	-.017** (.006)	-.004** (.0015)	-.007	-.001
-2x log likelihood N	632.616 495				631.568 495			
<i>y</i> = Zustimmung für einen starken Sozialstaat	(13) kürzere Arbeitszeit				(14) BG Arbeitslosenversicherung			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	.076 (.375)				.485 (.353)			
katholisch	-.358+ (.207)	-.054+ (.031)	-.114	.006	-.246 (.192)	-.061 (.047)	-.154	.032
Westschweizer/in	.415+ (.232)	.069+ (.041)	-.011	.149	.91*** (.219)	.223*** (.051)	.122	.324
Tessiner/in	.734+ (.437)	.136 (.094)	-.047	.32	-.193 (.489)	-.048 (.119)	-.281	.186
ländliche Wohnregion	.008 (.204)	.001 (.032)	-.061	.063	-.181 (.207)	-.045 (.051)	-.145	.055
oblig. Schule oder Lehre	-.366+ (.21)	-.058+ (.034)	-.124	.009	.314 (.195)	.078 (.048)	-.017	.172
männlich	.113 (.201)	.018 (.031)	-.044	.079	.278 (.194)	.069 (.048)	-.025	.163
Alter	-.026*** (.006)	-.004*** (.009)	-.006	-.002	-.02** (.006)	-.005** (.001)	-.008	-.002
-2x log likelihood N	662.659 686				663.573 503			

y= Zustimmung für einen starken Sozialstaat

(15) 11. AHV-Revision

	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	1.367*** (.343)			
katholisch	-.272 (.196)	-.05 (.037)	-.122	.021
Westschweizer/in	.689** (.239)	.115** (.036)	.045	.185
Tessiner/in	1.486* (.624)	.183*** (.045)	.095	.27
ländliche Wohnregion	-.145 (.206)	-.027 (.039)	-.103	.049
oblig. Schule oder Lehre	.293 (.195)	.054 (.036)	-.017	.124
männlich	-.536** (.194)	-.098** (.035)	-.166	-.029
Alter	-.004 (.006)	-.0007 (.001)	-.003	.001
-2x log likelihood	674.632			
N	621			

(16) Finanz. AHV durch Anhebung MwSt

	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-.864** (.323)			
katholisch	-.039 (.185)	-.008 (.039)	-.084	.068
Westschweizer/in	.041 (.209)	.008 (.044)	-.077	.094
Tessiner/in	.547 (.386)	.124 (.093)	-.058	.306
ländliche Wohnregion	-.389+ (.202)	-.078* (.039)	-.155	-.002
oblig. Schule oder Lehre	-.252 (.183)	-.053 (.038)	-.128	.022
männlich	.103 (.18)	.021 (.037)	-.052	.095
Alter	.004 (.005)	.0007 (.001)	-.001	.003
-2x log likelihood	749.632			
N	622			

y= Zustimmung für einen starken Sozialstaat

(17) Arbeitsgesetz (Ladenöffnungsz.)

	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-.675* (.323)			
katholisch	.356* (.176)	.088* (.044)	.003	.174
Westschweizer/in	.56** (.202)	.139** (.05)	.042	.236
Tessiner/in	.59 (.416)	.146 (.1)	-.05	.341
ländliche Wohnregion	.202 (.181)	.05 (.045)	-.038	.138
oblig. Schule oder Lehre	.595** (.177)	.147** (.043)	.062	.231
männlich	.173 (.172)	.043 (.043)	-.041	.127
Alter	-.004 (.005)	-.001 (.001)	-.0035	.0015
-2x log likelihood	798.759			
N	601			

(18) Nationalbankgewinne für AHV

	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-.741* (.322)			
katholisch	-.417* (.193)	-.097* (.044)	-.184	-.011
Westschweizer/in	.066 (.216)	.016 (.052)	-.085	.117
Tessiner/in	.399 (.464)	.098 (.115)	-.129	.324
ländliche Wohnregion	-.227 (.196)	-.053 (.045)	-.142	.036
oblig. Schule oder Lehre	-.142 (.181)	-.034 (.043)	-.118	.05
männlich	-.587** (.181)	-.139** (.042)	-.221	-.056
Alter	.016** (.005)	.004** (.001)	.001	.006
-2x log likelihood	720.567			
N	559			

y= Zustimmung für einen starken Sozialstaat

(19) für flexibles AHV-Alter

	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	.732* (.348)			
katholisch	.277 (.195)	-.068 (.047)	-.161	.025
Westschweizer/in	.28 (.246)	.07 (.061)	-.051	.19
Tessiner/in	1.38** (.464)	.32*** (.088)	.147	.493
ländliche Wohnregion	-.4* (.198)	-.098* (.048)	-.191	-.004
oblig. Schule oder Lehre	-.125 (.194)	-.031 (.048)	-.125	.063
männlich	-.081 (.186)	-.02 (.046)	-.11	.07
Alter	-.014* (.006)	-.0035* (.001)	-.006	-.0008
-2x log likelihood	693.536			
N	521			

(Analyse über längeren Zeitraum; Grafik für Sprachencleavage)

<i>y</i> = Zustimmung für einen starken Sozialstaat	Zeitraum 1985-2000				Zeitraum 2002-2008			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-.776** (.254)				-5.478*** (.831)			
katholisch	.013 (.065)	.003 (.016)	-.028	.034	-.158* (.07)	-.038* (.017)	-.072	-.005
Westschweizer/in	.747*** (.075)	.183*** (.018)	.147	.22	.429*** (.081)	.106*** (.02)	.067	.145
Tessiner/in	.797*** (.161)	.197*** (.039)	.121	.273	.623*** (.162)	.154*** (.04)	.077	.232
ländliche Wohnregion	-.091 (.066)	-.022 (.016)	-.053	.009	-.137+ (.073)	-.033+ (.018)	-.068	.001
oblig. Schule oder Lehre	.229*** (.066)	.055*** (.016)	.024	.086	.068 (.07)	.017 (.017)	-.017	.05
männlich	-.154* (.063)	-.037* (.015)	-.067	-.007	-.065 (.069)	-.016 (.017)	-.049	.017
Alter	-.014*** (.002)	-.003*** (.0005)	-.004	-.0025	-.0056** (.002)	-.001** (.0005)	-.002	-.0004
Konsens im NR (%)	.035*** (.005)	.008*** (.001)	.006	.011	.11*** (.018)	.027*** (.004)	.018	.036
SP in Opposition	-1.163*** (.303)	-.283*** (.07)	-.42	-.146	-1.422** (.439)	-.338*** (.091)	-.518	-.158
-2x log likelihood	6020.981				5119.561			
N / n	4853 / 10				4113 / 7			

Anhang 3.2: Migration

<i>y</i> = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	(21) Asylgesetz				(22) BG Aufenth. u. Niederl. Ausländer			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-1.089** (.34)				-.852* (.338)			
katholisch	-.144 (.214)	-.031 (.046)	-.121	.059	-.13 (.215)	-.029 (.047)	-.121	.064
Westschweizer/in	-.336 (.243)	-.074 (.056)	-.183	.034	-.423+ (.242)	-.096+ (.057)	-.208	.015
Tessiner/in	1.389** (.525)	.221*** (.055)	.113	.33	.906+ (.468)	.167* (.069)	.032	.303
ländliche Wohnregion	.248 (.222)	.052 (.046)	-.038	.143	.14 (.224)	.03 (.048)	-.064	.125
oblig. Schule oder Lehre	.781*** (.22)	.175** (.051)	.076	.274	.752** (.221)	.171** (.051)	.071	.272
männlich	.212 (.2)	.045 (.043)	-.039	.13	.323 (.201)	.071 (.044)	-.016	.157
Alter	.024*** (.006)	.005*** (.001)	.003	.008	.019** (.006)	.004** (.001)	.001	.007
-2x log likelihood	593.146				589.671			
N	509				492			

<i>y</i> = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	(23) Begrenzung Einwanderung				(24) Erleicht. Einbürg. junge Ausländer			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-2.984*** (.389)				-2.2926*** (.352)			
katholisch	-.018 (.197)	-.003 (.032)	-.066 (.032)	.06 (.032)	.238 (.193)	.052 (.043)	-.031 (.043)	.136 (.043)
Westschweizer/in	.434+ (.227)	.077+ (.043)	-.007 (.043)	.16 (.043)	-.317 (.224)	-.067 (.046)	-.157 (.046)	.023 (.046)
Tessiner/in	.394 (.422)	.071 (.083)	-.092 (.083)	.235 (.083)	-.403 (.469)	-.082 (.088)	-.254 (.088)	.089 (.088)
ländliche Wohnregion					.57** (.194)	.127** (.044)	.041 (.044)	.212 (.044)
oblig. Schule oder Lehre	1.12*** (.281)	.156*** (.031)	.095 (.031)	.217 (.031)	1.37*** (.216)	.275*** (.038)	.201 (.038)	.348 (.038)
männlich	.197 (.195)	.032 (.032)	-.03 (.032)	.095 (.032)	.549** (.19)	.119** (.041)	.04 (.041)	.199 (.041)
Alter	.013* (.006)	.002* (.0009)	.0003 (.0009)	.004 (.0009)	.017** (.005)	.004** (.001)	.001 (.001)	.006 (.001)
-2x log likelihood	668.48				696.801			
N	659				604			

<i>y</i> = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	(25) Antirassismugesetz				(26) Zwangsmassnahmen Ausländerrecht			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-2.927*** (.345)				-1.377*** (.345)			
katholisch	.348+ (.203)	.083+ (.049)	-.012 (.049)	.178 (.049)	.167 (.214)	.032 (.04)	-.047 (.04)	.111 (.04)
Westschweizer/in	-.311 (.232)	-.072 (.052)	-.174 (.052)	.031 (.052)	-.067 (.267)	-.013 (.052)	-.114 (.052)	.088 (.052)
Tessiner/in	-.06 (.456)	-.014 (.107)	-.223 (.107)	.195 (.107)	-.926 (.598)	-.207 (.147)	-.495 (.147)	.081 (.147)
ländliche Wohnregion	.381+ (.195)	.091+ (.047)	-.0007 (.047)	.182 (.047)	.332 (.218)	.062 (.04)	-.017 (.04)	.141 (.04)
oblig. Schule oder Lehre	1.51*** (.226)	.321*** (.041)	.241 (.041)	.401 (.041)	.894*** (.214)	.178*** (.044)	.092 (.044)	.264 (.044)
männlich	.948*** (.195)	.219*** (.043)	.135 (.043)	.304 (.043)	.543** (.208)	.103** (.039)	.026 (.039)	.181 (.039)
Alter	.016** (.005)	.004** (.001)	.001 (.001)	.006 (.001)	.03*** (.006)	.006*** (.001)	.003 (.001)	.008 (.001)
-2x log likelihood	672.216				579.958			
N	571				541			

<i>y</i> = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	(27) gegen illegale Einwanderung				(28) Asylgesetz II			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-1.27*** (.335)				.605+ (.354)			
katholisch	.198 (.188)	.047 (.045)	-.041 (.045)	.135 (.045)	-.001 (.188)	-.0003 (.038)	-.075 (.038)	0.75 (.038)
Westschweizer/in	-.271 (.246)	-.063 (.056)	-.173 (.056)	.046 (.056)	-.836*** (.204)	-.183*** (.047)	-.274 (.047)	-.091 (.047)
Tessiner/in	.046 (.481)	.011 (.116)	-.215 (.116)	.238 (.116)	-.359 (.476)	-.078 (.109)	-.291 (.109)	.135 (.109)
ländliche Wohnregion	-.137 (.195)	-.032 (.046)	-.123 (.046)	.058 (.046)	-.226 (.19)	-.046 (.04)	-.124 (.04)	.031 (.04)
oblig. Schule oder Lehre	.815*** (.197)	.189*** (.044)	.103 (.044)	.275 (.044)	.283 (.199)	.058 (.042)	-.023 (.042)	.14 (.042)
männlich	.565** (.19)	.134** (.044)	.047 (.044)	.221 (.044)	.344+ (.191)	0.693+ (.038)	-.005 (.038)	.144 (.038)
Alter	.002 (.006)	.0004 (.001)	-.002 (.001)	.003 (.001)	.005 (.006)	.001 (.001)	-.001 (.001)	.003 (.001)
-2x log likelihood	684.155				711.525			
N	529				611			

<i>y</i> = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	(29) Massn. Asyl- u. Ausländerrecht				(30) Regelung der Zuwanderung			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	.358 (.373)				-2.04*** (.414)			
katholisch	-.022 (.196)	-.005 (.04)	-.083	.074	.152 (.206)	.031 (.042)	-.051	.113
Westschweizer/in	-.836*** (.213)	-.184*** (.049)	-.28	-.088	-.402 (.269)	-.077 (.048)	-.171	.017
Tessiner/in	-.148 (.503)	-.031 (.108)	-.244	.181	-.071 (.566)	-.014 (.111)	-.231	.203
ländliche Wohnregion	-.107 (.199)	-.022 (.041)	-.103	.059	.144 (.217)	.029 (.045)	-.059	.117
oblig. Schule oder Lehre	.451 (.205)*	.094* (.044)	.009	.18	.201 (.213)	.04 (.042)	-.042	.122
männlich	.239 (.199)	.049 (.04)	-.03	.128	.525* (.209)	.105* (.041)	.025	.184
Alter	.008 (.006)	.0015 (.001)	-.0009	.004	.013* (.006)	.003* (.001)	.0002	.005
-2x log likelihood N	650.5241 558				602.281 515			
<i>y</i> = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	(31) gegen Asylrechtsmissbrauch				(32) Erleicht. Einbürg. 2. Generation			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-1.714*** (.355)				-1.289*** (.316)			
katholisch	.198 (.187)	.048 (.045)	-.041	.137	.354+ (.182)	.087+ (.045)	-.0006	.1746
Westschweizer/in	-.632** (.227)	-.145** (.049)	-.242	-.049	-.969*** (.218)	-.223*** (.045)	-.312	-.134
Tessiner/in	.415 (.45)	.102 (.112)	-.118	.322	-.01 (.403)	-.024 (.097)	-.215	.167
ländliche Wohnregion	.171 (.201)	.042 (.049)	-.054	.137	.437* (.188)	.108* (.046)	.017	.199
oblig. Schule oder Lehre	1.018*** (.194)	.238*** (.043)	.154	.323	.935*** (.183)	.225*** (.042)	.142	.307
männlich	.43* (.191)	.103* (.045)	.014	.192	.068 (.18)	.017 (.044)	-.07	.103
Alter	.011+ (.006)	.0025+ (.0014)	-.00008	.005	.009+ (.005)	.002+ (.001)	-.0002	.005
-2x log likelihood N	697.21 549				763.44 610			
<i>y</i> = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	(33) Bürgerrechtserw. 3. Generation				(34) BG über AusländerInnen			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-1.401*** (.322)				-.181 (.319)			
katholisch	.101 (.184)	.024 (.044)	-.062	.109	.057 (.189)	.014 (.045)	-.075	.103
Westschweizer/in	-1.023*** (.228)	-.22*** (.043)	-.304	-.135	-.555** (.211)	-.136** (.052)	-.238	-.034
Tessiner/in	.008 (.405)	.002 (.095)	-.185	.189	-.7 (.443)	-.173 (.109)	-.386	.04
ländliche Wohnregion	.479* (.189)	.115* (.046)	.025	.204	.313 (.194)	.074 (.045)	-.014	.163
oblig. Schule oder Lehre	.782*** (.187)	.181*** (.042)	.099	.263	.438* (.181)	.105* (.043)	.021	.189
männlich	.068 (.182)	.016 (.043)	-.068	.1	.339+ (.18)	.081+ (.043)	-.003	.166
Alter	.01* (.005)	.002* (.001)	.00006	.005	.004 (.005)	.001 (.001)	-.001	.003
-2x log likelihood N	745.584 604				725.57 552			

*y= Zustimmung für eine
restriktive Migrationspolitik*

(35) Änderung Asylgesetz

	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI	
			u. Gr.	o. Gr.
Konstante	-.291 (.32)			
katholisch	.106 (.19)	.025 (.046)	-.064	.115
Westschweizer/in	-.564** (.214)	-.138** (.053)	-.242	-.035
Tessiner/in	-.452 (.459)	-.112 (.114)	-.336	.113
ländliche Wohnregion	.404* (.196)	.095* (.045)	.007	.184
oblig. Schule oder Lehre	.734*** (.183)	.174*** (.042)	.091	.257
männlich	.535** (.182)	.128** (.043)	.044	.213
Alter	.0009 (.005)	.0002 (.001)	-.002	.003
-2x log likelihood	715.196			
N	555			

(36) für demokratische Einbürgerungen

	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI	
			u. Gr.	o. Gr.
Konstante	-2.579*** (.438)			
katholisch	-.266 (.232)	-.038 (.033)	-.102	.026
Westschweizer/in	-1.058*** (.287)	-.134*** (.031)	-.195	-.074
Tessiner/in	.332 (.407)	.052 (.07)	-.085	.189
ländliche Wohnregion	.428+ (.231)	.065+ (.037)	-.007	.137
oblig. Schule oder Lehre	.735** (.235)	.113** (.037)	.039	.186
männlich	.87*** (.235)	.128*** (.035)	.06	.196
Alter	.012+ (.007)	.0016+ (.001)	-.0002	.0035
-2x log likelihood	525.487			
N	571			

*y= Zustimmung für eine
restriktive Migrationspolitik*

(36) Minarettverbot

	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI	
			u. Gr.	o. Gr.
Konstante	-1.034** (.309)			
katholisch	-.009 (.176)	-.002 (.044)	-.088	.084
Westschweizer/in	-.244 (.198)	-.061 (.049)	-.157	.035
Tessiner/in	.762+ (.418)	.184+ (.094)	-.0002	.369
ländliche Wohnregion	.214 (.179)	.054 (.045)	-.034	.141
oblig. Schule oder Lehre	1.523*** (.172)	.363 (.037)	.29	.436
männlich	-.11 (.168)	-.028 (.042)	-.11	.055
Alter	.006 (.005)	.0015 (.001)	-.001	.004
-2x log likelihood	841.762			
N	680			

(Analyse über längeren Zeitraum; Grafik für Stadt-Land-Cleavage)

<i>y</i> = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	Zeitraum 1987-2002				Zeitraum 2004-2009			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-2.276*** (.147)				1.767* (.897)			
katholisch	.118+ (.062)	.029+ (.015)	-0.007	.059	.056 (.076)	.014 (.019)	-.023	.051
Westschweizer/in	-.436*** (.073)	-.109 (.018)	-.144	-.073	-.689*** (.088)	-.163*** (.02)	-.202	-.124
Tessiner/in	.169 (.15)	.042 (.037)	-.03	.113	.014 (.173)	.003 (.043)	-.08	.087
ländliche Wohnregion	.173** (.064)	.043** (.016)	.021	.074	.38*** (.078)	.094*** (.019)	.056	.132
oblig. Schule oder Lehre	.806*** (.064)	.199*** (.015)	.168	.229	.883*** (.075)	.214*** (.018)	.179	.25
männlich	.471*** (.061)	.117*** (.015)	.087	.146	.24** (.074)	.059** (.018)	.023	.095
Alter	.014*** (.002)	.0034*** (.00045)	.0025	.004	.007** (.002)	.002** (.0005)	.0007	.0028
Konsens im NR (%)	.017*** (.004)	.004*** (.001)	.0024	.006	-.033** (.013)	-.008** (.003)	-.014	-.002
SP in Opposition	.763*** (.166)	.187*** (.04)	.109	.265				
SVP in Opposition	-.316** (.12)	-.079** (.03)	-.137	-.02	-1.523*** (.329)	-.363*** (.071)	-.503	-.224
-2x log likelihood N / n	6610.201 5479 / 10				4407.078 3572 / 6			

(Analyse über längeren Zeitraum; Grafik für Sprachencleavage)

<i>y</i> = Zustimmung für eine restriktive Migrationspolitik	Zeitraum 1987-1996				Zeitraum 1999-2009			
	Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.		Koef.	dy/dx	dy/dx-95%-KI u. Gr. o. Gr.	
Konstante	-2.629*** (.274)				-.133 (.659)			
katholisch	.113 (.082)	.028 (.02)	-.012	.068	.063 (.059)	.016 (.015)	-.013	.045
Westschweizer/in	-.272** (.097)	-.068** (.024)	-.116	-.02	-.685*** (.069)	-.166*** (.016)	-.198	-.135
Tessiner/in	.272 (.189)	.067 (.046)	-.023	.156	.008 (.142)	.002 (.035)	-.068	.072
ländliche Wohnregion	.268** (.084)	.067** (.021)	.026	.107	.232*** (.062)	.058*** (.015)	.028	.088
oblig. Schule oder Lehre	.988*** (.085)	.242*** (.02)	.203	.281	.749*** (.06)	.184*** (.014)	.156	.213
männlich	.523*** (.079)	.13*** (.019)	.092	.168	.286*** (.059)	.071*** (.015)	.043	.1
Alter	.017*** (.002)	.004*** (.0006)	.003	.005	.008*** (.0017)	.002*** (.0004)	.001	.003
Konsens im NR (%)	.016 (.013)	.004*** (.003)	-.002	.01	-.0017 (.0096)	-.0004 (.0024)	-.005	.004
SP in Opposition	.883* (.385)	.216* (.091)	.038	.395				
SVP in Opposition	-.189 (.298)	-.047 (.074)	-.193	.099	-1.244*** (.316)	-.301*** (.072)	-.442	-.161
-2x log likelihood N / n	3885.62 3246 / 6				7132.802 5805 / 10			

Anmerkungen:

*=p<.05; **=p<.01; ***=p<.001; +=p<.1

Standardfehler in Klammern

dy/dx gibt den marginalen Effekt von x+1 auf P(y=1) wieder.

KI = Konfidenzintervall